

Wormwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 7. Dezember 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Marinebureaukratie auf der Anklagebank.

Ueber die preussisch-deutsche Bureaucratie ist eine Reihe böser Tage hereingebrochen. Ihr morsches Prunkgewand zerreißt bald hier, bald dort, so daß ihr dürres Gebein abschreckend durch die Löcher schimmert. Noch sind die Blamagen unergessen und ungeschützt, die die höchsten Spitzen der Reichsverwaltung mit samt der Diplomatenclique im Auswärtigen Amt im Herbst vorigen Jahres sich zugezogen hatten. Noch klingt uns in den Ohren das jammervolle Gestammel, mit dem die Leiter der Reichsfinanzen unter dem barschen Gebote junckerlicher Uebermuth die Preisgebung ihrer eigenen Finanzpolitik zu beschönigen versuchten. Und jetzt ist schon wieder ein neuer Verwaltungszweig auf die Anklagebank geraten! Der Kieler Werftprozeß hat in den mehrwöchigen Verhandlungen eine derartige Schlamperie des bureaukratischen Betriebes enthüllt, daß es schwer wird, zu entscheiden, ob den Diplomaten, den Finanzpolitikern oder den Marinebureaukraten die Palme der Unfähigkeit gebührt. Im Reichstag hat die Abrechnung begonnen. Sie wird morgen fortgesetzt werden, aber damit darf es nicht abgetan sein. Denn auch der Kieler Skandal ist nur ein Teilvorgang in dem ruhmreichen Zusammenbruch eines ganzen vermorsten Regierungssystems.

Zu Beginn der Verhandlungen erhielt zunächst der Abgeordnete Dr. Leonhardt das Wort zur Begründung der freisinnigen Interpellation. Auf Grund der Prozeßverhandlungen bemühte er sich nachzuweisen, welche nachteilige Folgen der Ineffizienz und der Mangel an kaufmännischer Schulung in der Marineverwaltung zur Folge haben müsse. Die heretisch bekannt gewordenen Schlamperien ergänzte er durch Mitteilung einer Anzahl von Einzelvorgängen, beeinträchtigte aber seine Darlegungen einigermaßen durch patriotische Betonung der Notwendigkeit einer starken Flotte.

Schärfer und umfassender gestaltete sich die Kritik des Genossen Legien, der dann zur Begründung der sozialdemokratischen Interpellation das Wort erhielt. Er führte die Verantwortung für die entlarvten Mißstände über die Nachschubdienste weiter empor bis zu den höheren Beamten einschließlich des Marineministers v. Tirpitz selbst und schloß an, daß die sozialdemokratische Partei, da leider die Geschäftsordnung gegenwärtig noch nicht die Stellung von Anträgen bei Interpellationen ermöglichte, bei der Etatsberatung den Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zur gründlichen Aufdeckung der Mißstände in der Marineverwaltung stellen werde. Legien machte aber auch kein Hehl daraus, daß auf die Majorität des Reichstages ein gut Teil der Mißschuld an den enthüllten Mißständen entfalle, da die bürgerlichen Parteien insgesamt der Marineverwaltung in freudigem Eifer alle Forderungen zu bewilligen pflegten. Das verleihe natürlich die Verwaltung dazu, so recht aus dem Vollen mit den verfügbaren Mitteln zu wirtschaften. Auch unser Redner brachte einige ergänzende Enthüllungen vor, die um so wertvoller waren, da sie sich auf Mitteilungen von Werftarbeitern stützten, die mit eigenen Augen die Vorgänge beobachtet hatten. So sei einer der schlimmsten Krebsgeschäden, daß die bureaukratische Verwaltung die Ablieferung von Material, das im Schiffsbetrieb gekostet, nicht verwendet worden sei, nicht wünsche. Sei es doch vorgekommen, daß die Annahme von zurückgelieferter Lackfarbe von der Verwaltung einfach verweigert sei. Den Arbeitern sei so nichts anderes übrig geblieben, als die beiden Tonnen bei Nacht und Nebel ins Meer zu schütten.

Die Mißschuld des Marineministers an allen solchen Mißständen führte Legien insbesondere darauf zurück, daß dieser hochgestellte Herr Beschwerden aus Arbeiterkreisen über Mißstände gleichfalls kurzerhand über Bord werfe. Es sei doch allgemein bekannt, daß Arbeiter ihre Stellung riskierten, wenn sie direkt über Mißwirtschaft im Betriebe durch ihre Vorgesetzten Beschwerde führten. Es bleibe ihnen deshalb nichts anderes übrig, als durch Mittelsmänner in solchen Fällen vorstellig zu werden. Herr v. Tirpitz pflege aber die Eingaben der Metallarbeiterorganisation über solche Mißstände schroff zurückzuweisen. Ja, als er selbst in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter für Kiel im September 1908 eine Eingabe über vorhandene Mißstände gemacht habe, hätte der Minister in der nämlichen schroffen Weise es abgelehnt, darauf einzugehen. Welch schwere Schuld er durch solches Verfahren auf sich geladen habe, gehe schon daraus hervor, daß ein Teil der Enthüllungen der Metallarbeiterorganisation über Mißstände im Werftbetriebe nachträglich in diesem Prozeß vollauf bestätigt worden sei. Er habe allerdings nicht die Hoffnung, daß Herr v. Tirpitz seine Mißschuld eingestehen werde oder auch nur das bureaukratische System preisgebe; er werde vielmehr die enthüllten Mißstände als vereinzelte Schönheitsfehler einer im ganzen unübertrefflichen Verwaltung hinzustellen suchen.

Herr v. Tirpitz erfüllte diese Voraussetzung Legiens bis auf das Löffelchen über dem L. Zunächst entseffelte er

stürmische Heiterkeit auf der Linken, als er unter Anwendung des beliebten Schema F der Reichsverwaltung erklärte: Erstens handle es sich doch eigentlich gar nicht um Unterseife auf der Werft, da ja die Angeklagten vom Schwurgericht freigesprochen seien, und zweitens wären auch alle anderen Betriebe außer der Verwaltung des Altmaterials eigentlich aus der Debatte auszuschalten, da in dem Prozeß die Zustände in anderen Betrieben gar nicht zur Verhandlung gestanden hätten. Unter strenger Beobachtung dieses Schemas hätte dieser bureaukratisierende Admiral es ja überhaupt gar nicht nötig gehabt, sich auf die ganze Erörterung einzulassen, sondern hätte nach bewährten früheren Mustern würdevoll mit seiner Aktenmappe unter dem Arm vom Schauplatz abtreten können. Er war aber doch so gnädig, einige kräftige Worte an den Reichstag zur Verteidigung der „viel verleumdete Werft in Kiel“ zu richten.

Wörtlich sagte er: „Viel verleumdete Werft!“ Der Herr Admiral v. Tirpitz hat also offenbar von dem Althändler Fränkenthal wenigstens soviel gelernt, daß man mit einem gehörigen Maß von Schuzze in dieser täuschungsbedürftigen Welt am weitesten kommt.

Daß da mancherlei Mängel in Marinebetriebe vorhanden seien — nun ja, wer wolle sich darüber wundern! Die kommen eben in jedem größeren Betriebe vor. Aber wo sie zutage getreten sei, habe er stets mit „eiserner Faust“ eingegriffen. Den Vorwurf, daß die Marineverwaltung zu sehr aus dem Vollen wirtschaftete, wußte er durch die kühne Behauptung zu parieren, daß die Verwaltung ja durch das Staatsgesetz genebelt sei.

Er sagte wörtlich: „Genebelt durch das Staatsgesetz!“

Es scheint also diesem bureaukratisierten Admiral der völlige Verzicht auf die Etatierung der Ausgaben für die Marine in Einzelpositionen das beste Schutzmittel gegen die Verschwendung der bewilligten Gelder zu sein. Die von Herrn Leonhardt zitierte Kritik eines Kapitäns A. Perinus tat der Herr Admiral auf dem Ministerstisch ab mit den wegwerfenden Worten: „Man könne ihm nicht zumuten, sich „mit einem Herrn Perinus“ auf eine Polemik einzulassen. Ganz wie das der verflozene Herr v. Einem „mit einem Herrn Gaebele“ zu machen pflegte. Besonders schroff kochte Herr v. Tirpitz sich aber dagegen, daß er verpflichtet sei, auf Eingaben von Arbeiterorganisationen überhaupt sich einzulassen. Die Werftarbeiter hätten nur das Recht, sich durch ihre Arbeiterausschüsse an die Verwaltung zu wenden. „Eingaben der Organisationen des Herrn Legien“ lehne er rundweg ab. Der kühne Seebeld umschiffte indes in dieser Antwort flug die Klippe, daß es sich außer den Eingaben der Organisationen des Herrn Legien auch um eine Eingabe des Herrn Legien selbst in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter gehandelt hat. Es wird morgen Aufgabe unseres zweiten Redners sein, auch hierüber Herrn Tirpitz die Zunge zu lösen.

Nachdem dann der Herr Admiral soweit zu seiner eigenen Zufriedenheit jonnensklar erwiesen hatte, daß bis auf die unvermeidlichen Schönheitsfehler eigentlich alles in Ordnung sei in seiner Verwaltung, daß mindestens er selbst das Menschenmögliche getan habe, mit eiserner Faust Ordnung zu schaffen, erging er sich in einer gequälten Lobrede, um zu beweisen, daß um die deutsche Marine es immerhin besser bestellt sei, als in denen fremder Länder. Als diese halbherberische Logik auf den Gesichtern der wachstesten Patrioten nur ein ungläubiges oder verlegenes Lächeln hervorbrachte, griff der Admiral zu dem für Reichsminister in Schwülstigkeiten beliebtesten Mittel: er trommelte auf der großen patriotischen Pauke herum. Erregt freischte er in den Saal hinein, daß die Flotte zum Wohl und Schutze des Vaterlandes geleitet werde und daß er die verallgemeinerten Angriffe auf seine Beamten energisch zurückweise. Dabei schlug er mit den Fingerknöcheln auf, daß die Kullplatte nur so klapperte. Natürlich lösten diese Bräsen automatisch den üblichen Weisfall rechts aus, doch ließ der hohle Ton des Bravos erkennen, daß es nicht echt war.

Die Debatte wurde eröffnet durch den konservativen Redner Kretsch, der in geradezu würdiger Weise über den Ernst der enthüllten Mißstände durch antisemitische Späßchen und Schimpfereien über die Verlogenheit einer gewissen Presse hinwegzutäuschen suchte. Sachlicher und gründlicher waren die Ausführungen des Zentrumsredners Erzberger, der sich indes doch sorglich bemühte, dem Vären den Pelz zu waschen, ohne ihn noch zu machen. Er verurteilte allerdings die bureaukratische Verwaltungsmethode, sprach aber Herrn Tirpitz persönlich von jeder Mißschuld frei. Im einzelnen bestätigte er Legiens Mitteilungen, daß unbrauchbares Material nicht zurückgeliefert, sondern ins Wasser geworfen oder verbrannt werde. Seiner Rede war aber deutlich anzumerken, daß die Zentrumspartei, seitdem sie wieder Dreiviertel-Regierungspartei geworden ist, auch ihren oppositionslästerischen Rednern Zügel anlegt. Noch weniger Opposition machte der nationalliberale Herr Semler und der freikonservative Herr v. Camp. Herr Semler fand, daß eigentlich die Mängel, die im Kieler Gerichtsverfahren zutage getreten sind, viel schlimmer seien, als die Mißstände der Werftverwaltung, und Herr v. Camp entgleiste sehr bald in die Erörterung von Beschwerden, die er als

Holzlieferant gegenüber der Eisenbahnverwaltung auf dem Herzen hat.

Herr v. Tirpitz nahm noch einmal das Wort, um seinen Darlegungen einige belanglose Ergänzungen anzuhängen, wobei der milde und gewinnende Ton, den er gegenüber Herrn Erzberger anschlug, in einen auffälligen Gegensatz trat zu der Schroffheit seines vorherigen Auftretens gegenüber den Interpellanten.

Der neue Staatssekretär des Reichsjustizamts, Herr Disco, hatte aufmerksam den Verhandlungen gefolgt, er griff aber nicht das Wort zur Abwehr Semlers auf die Justizverwaltung. Das überließ er Herrn Spahn, der als Oberlandesgerichtspräsident von Kiel sich gedrungen fühlte, den Untersuchungsrichter und die Staatsanwaltschaft im Kieler Prozeß zu verteidigen. Diese Rettungssaktion wird dem Zentrum höheren Orts sicher wohlwollend gebucht werden.

Morgen findet die Debatte ihre Fortsetzung. Dann wird die schärfere Opposition in Vertretern der interpellierenden Parteien abermals zum Wort kommen.

Niemand reizt mich ungestraft!

In Kattowitz sind ein Rektor und fünf Lehrer gemahregelt worden, weil sie gewagt hatten, bei der Stadtverordnetenwahl für polnische Kandidaten zu stimmen. Einer größeren Anzahl von Post- und Eisenbahnbeamten soll das gleiche Schicksal noch bevorstehen.

Nach Meldungen der Zentrumspresse soll dieser unerhörte Akt des politischen Terrorismus sich unter interessanten Begleitumständen abgespielt haben. Das Gleiwitzer Zentrumsblatt berichtete darüber:

„Fürst Densel bemühte jedenfalls den Besuch des Kaisers in Reudel, um den Monarchen gegen die polnische katholische Bevölkerung Oberschlesiens wegen der Kattowitzer Stadtverordnetenwahlen stark zu machen. Er ließ sich zu diesem Zweck dem Regierungspräsidenten kommen, und dieser wählte den bekannten Spezialisten für polnische Sachen, den Grenzkommissar Wädler, in ein Gespräch mit dem Kaiser zu bringen. Wie trefflich Herr Wädler seine Aufgabe gelöst hatte, bewies der Umstand, daß der Kaiser vor dem Diner dem Regierungspräsidenten sein Bild mit der Unterschrift: „Nemo me impunitum laessit“ überreichte. Niemand reizt mich ungestraft. Diese Worte unter dem kaiserlichen Wilde gaben dem Regierungspräsidenten die vom Fürsten Densel gewünschte Richtschnur und stärkten sein Rückgrat. Daher die „Mahregelung“ der Kattowitzer Lehrer! Aber das ist nur der Anfang einer gründlichen Aufräumungsarbeit!“

Die „Kattowitzer Zeitung“ nennt diese Darstellung eine Zarennachricht, der sie den wahren Sachverhalt gegenüberstellen wolle. Dieser wahre Sachverhalt soll der folgende gewesen sein:

„Der Kaiser sah in Reudel nach dem Diner mit verschiedenen Herren in zwangloser und angeregter Unterhaltung beisammen, darunter Herr Regierungspräsident v. Schwerin und eine Anzahl Beamte des Fürsten. Bei dieser Gelegenheit verteilte der Kaiser eine Anzahl Photographien, wovon auch eine dem Herrn Regierungspräsidenten zugehört war. Herr Regierungspräsident von Schwerin hat den Kaiser, ihm eine Widmung auf sein Bild zu schreiben, da es dann noch einen höheren Wert besäße. Der Kaiser bemerkte scherzend, diese Anreizung zu neuen Taten dürfe nicht ungestraft bleiben, ging an den Schreibtisch und schrieb nun „Nemo me impunitum laessit“ unter das Bild. Das war das furchtbare Verbrechen“, das in Reudel an der Zentrumspartei begangen worden ist.“

Diese Darstellung klingt denn doch gar zu „harmlos“. Auch verstehen wir nicht, wie jemand die Witte um eine Widmung als „Anreizung“ empfinden und deshalb das bekannte und mehr als einmal eigenartig glossierte Motto „Niemand reizt mich ungestraft“ wiederholen könnte. Auch bestreitet die „Kattowitzer Zeitung“ mit keinem Wort den wichtigsten Umstand der Anwesenheit des Grenzkommissars Wädler und der Unterredung Wilhelms II. mit ihm.

Wie aber auch das Kaiserwort gemeint sein mag, der Regierungspräsident v. Schwerin glaubte es jedenfalls derart deuten zu können, daß sein terroristisches Vorgehen gegen die polnischen Lehrer und Beamten wegen „pflichtwidrigen, unpatriotischen Verhaltens“ an der ihm wichtigsten Stelle vollen Weisfall finden würde! Ein eigenartiges Zusammentreffen übrigens, daß von solcher Mahregelung gerade die Wähler der Partei betroffen wurden, die gemeinsam mit den Konservativen und dem Zentrum die Reichsfinanzreform des Schnapblochs hatte zustande bringen helfen. Wenn freilich ein liberales Blatt von den Polen als den „Verrätern“ spricht, so verrät das eine ziemlich oberflächliche Auffassung vom Wesen der polnischen Partei. Die Polen sind agrarisch und reaktionär und sie blieben sich deshalb nur selbst tren, als sie mit dem Schnapbloch gemeinsame Sache machten. So sehr die Polen ihres protestantischen Anhangs wegen gleich dem Zentrum auch manchmal sozialpolitische Interessen heucheln, so entschieden werden sie im Ernstfalle doch stets da stehen, wo funkerliche und pfäffische Interessen den Ausschlag geben. Der Nationalismus ist für die Polen nur das Reklamemittel, die Massen für ihre agrarisch-reaktionäre Politik einzufangen!

Das kann uns natürlich nicht abhalten, die Mahregelung polnischer Beamten und Lehrer als brutalen Terrorismusakt zu brandmarken. Die Junker und Pfaffen, die bei den Polen die Führung haben, werden selbst freilich die Mahregelung, die sich gegen ihre „pflichtwidrige, unpatriotische“ Haltung richtet, weniger schmerzlich empfinden, wenn nur die Interessen der Junker und des Merkantilismus gerettet werden!

Die Inserions-Gebühr
Besteht für die sechsstelligen Nummern-
zeile ober deren Raum 50 Pfg., für
polnische und gewerkschaftliche Vereins-
und Berammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (seit-
gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere
Wort 10 Pfg., Stellenangebote und Stellen-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
16 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Das bayerische Umlagengesetz angenommen.

München, 4. Dezember.

Es war eine richtige Jungengeburt. Und Geburtshelfer waren zwei liberale Doktoren, Casselmann und Günther. Der dritte Doktor, Professor Duidde, hat auffallenderweise im letzten Stadium des Geburtsaktes seine ärztliche Mitwirkung versagt.

Ein richtiger Wechselbalg, dieses mißgestaltete Kind aus der „Mische“ einer katholischen Mehrheit und eines protestantischen Finanzministers! Und liberale Doktoren mußten es sein, die der Mißgeburt zur Welt verhalfen.

Und liberale Abgeordnete waren es, die nach gewaltsam vollzogener Geburt den Ministern zu dem Kinde gratulierten. Sie haben Patenschaft übernommen.

Zwei Tage noch tobte der Kampf. Sozialdemokratische Grundsätze stellte die Schuld der Regierung und der Mehrheitspartei auf eine harte Probe. Am Freitag füllte das Referat unseres Genossen Segitz die ganze Morgen Sitzung aus. In 2 1/2 Stunden bot er ein interessantes Bild der Vorgänge der letzten Wochen im Steuerministerium! Die verschiedenen Phasen des sehr schwierigen Aushandels zwischen den bürgerlichen Parteien einerseits und ihnen und der Regierung andererseits sind dem ganzen Lande bekannt gegeben und in den stenographischen Berichten der Nachwelt überliefert. Das war der Hauptzweck des gründlichen Referats und dieser Zweck ist erreicht. Es wird bei der Agitation vorzügliche Dienste leisten.

In der Freitagmorgensitzung sprach Genosse Dr. v. Haller in mehr als dreistündiger lebhafter und wirkungsvoller Rede über das Kompromiß der bürgerlichen Parteien. Er wies an Beispielen nach, wie die ursprüngliche Regierungsvorlage werden die wirtschaftlich Schwachen stärker belastet, die wirtschaftlich Starken dagegen entlastet. Noch einmal charakterisierte der Redner das ganze Gesetzwerk in seiner Wirkung auf die unteren Volksschichten, insbesondere auf die Arbeiter, Witwen und Waisen. Das Einkommensteuergesetz sei wegen des Tarifs und das Umlagengesetz wegen der zu hohen Belastung der Berufseinkommen für die Sozialdemokraten unannehmbar.

Genosse Dr. v. Haller kam ebenfalls auf den ultramontan-liberalen Kaufhandel zu sprechen und griff die Liberalen wegen ihrer Haltung scharf an. Es sei nicht zu begreifen, wie diese Partei dem Zentrum so bereitwillig Handlangerdienste leisten könne, wo die gesamte liberale Presse und eine große Anzahl liberaler Organisationen ganz energisch die Ablehnung des Gesetzentwurfes verlangten.

Diese Polemik rief lange Ausführungen der Herren Dr. Duidde, Dr. Casselmann und Held hervor. Sachlich konnten diese Herren so wenig wie später der Finanzminister gegen die Berechnungen unseres Genossen Dr. v. Haller etwas sagen. Sie suchten um die unangenehmen Tatsachen durch Angriffe auf unsere Partei und unsere Redner herumzukommen.

Die Annahme des Entwurfs erfolgte mit 119 gegen 90 Stimmen. Der „geizige“ Liberalismus war wie gewöhnlich gespalten. Das Gesetz geht jetzt an die Kammer der Reichsräte, aus der es jedenfalls verschlechtert wieder an die Kammer der Abgeordneten zurückkommen wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Dezember 1909

Uebers Ziel hinaus!

Wir berichteten kürzlich über einen gegen den Straßburger Professor Dr. Martin Spahn gerichteten Artikel der „Germania“, in dem unter Berufung auf eine in der Münchener Zeitschrift „Dochland“ erschienene Kritik des Herrn Spahn junior dieser offen des „Modernismus“ bezichtigt wurde. Gegen diesen Artikel legten der ebenfalls darin angeführte katholische Volksverein und der katholische Frauenbund sofort Verwahrung ein; die liberale Presse aber schwieg — wahrscheinlich, um sich erst beim hohen Nexus die nötige Erläuterung zu holen. Erst jetzt wagt die „Ndn. Volkszeitung“ ihrer Berliner Parteikollegin zu widersprechen. Sie veröffentlicht unter dem Titel „Uebers Ziel hinaus!“ einen längeren Artikel, in welchem sie zwar Herrn Martin Spahns Aufsatz für nicht den geschichtlichen Tatsachen entsprechend und einseitig erklärt, die Kritik der „Germania“, aber als über das Ziel hinauschießend bezeichnet. Sie meint:

„Verdient also die mit den geschichtlichen Tatsachen nicht übereinstimmende bzw. einseitige Darstellung in dem Spahn'schen Aufsatz eine Zurückweisung, so muß andererseits die Art und Weise, in der Verfasser des Artikels in der „Germania“ den Text des Spahn'schen Aufsatzes behandelt, entschieden mißbilligt werden, und dies um so mehr, als er gleich zu Beginn sagt: „Wir führen den Dr. Martin Spahn mit seinen eigenen Worten an.“ Zunächst ist schon der aus Spahns Aufsatz herausgezogene Passus nicht wörtlich wiedergegeben, ohne daß dies irgendwie angedeutet wäre. Auch einzelne Ausdrücke sind geändert; aus dem von Spahn übernommenen Titel die „Uebermacht des Objektiven“ macht der Verfasser des Artikels Uebermacht und bezieht sich auf Anknüpfung daran Spahns Uebermaß von Liebe zur Kirche.

Noch bedenklicher ist es, daß der Verfasser des „Germania“-artikels von dem Wortlaut der Spahn'schen Ausführungen, worin dieser den vollen und ungeschwächten Einfluß der Kirche, ihrer Lehre wie ihrer Praxis, auf die Mitarbeit der Katholiken in allen Gebieten des wissenschaftlichen, literarischen und sozialen Lebens bespricht drei Sätze von wesentlicher Bedeutung einfach ausläßt, um aus dem übrigen seine Folgerungen zu ziehen. Wo Spahn von der Schaffung der Voraussetzungen für die Erläuterung eines ebenbürtigen Anteils der Katholiken an den öffentlichen Ämtern, der Ueberwindung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rückständigkeit spricht, hebt er ausdrücklich hervor: „Alle waren allmählich reich und mude geworden, alle sollten allmählich wieder aufgerichtet und in Tätigkeit gesetzt werden, ohne daß aber der kirchliche Geist irgendwie verschleht wurde.“ ... Deshalb nahm man eine angelegentlich apologetische Aufklärungs- und Vertiefungsarbeit zugleich mit der sozialen und wirtschaftlichen Ergänzungsarbeit in Angriff.“ Alle literarisch-künstlerische Tätigkeit soll darauf hinauslaufen: „dem Katholizismus als Weltanschauung seine erodernde Kraft auch auf dem Gebiete der Dichtung und Kunst wieder zu sichern.“

Diese für die Gesamtaufassung Spahns wichtigen Sätze werden in dem Gegenartikel nicht erwähnt; dagegen die von Rühl übernommenen Worte, die die in jenen Sätzen bezeichneten Aufgaben und Programme umschreiben sollen („den Boden zu bereiten und zu erweitern für eine zukunftsverheißende Ausfaat“, — die geistige Schwerkraft zu stärken, die seelischen Horizonte zu erweitern usw.) werden durch die Bemerkung: „alles das finden wir in der zweideutigen Phrasologie des Modernismus“igmatisiert, ein Vorzeichen, dessen Bedenlichkeit durch die Folgerungen, die alsdann in bezug auf Zentrum, Volksverein und Frauenbund gezogen werden, noch vermehrt wird.“

Danach scheint der fromme Verfasser des in der „Germania“ erschienenen Artikels die Spahn'schen Ausführungen einfach seinen

kritischen Absichten entsprechend „korrigiert“, richtiger gefüllt zu haben. Das für unsaubere Manipulationen doch die religiöse Flagge decken muß!

Die Reichstagswahlwahl in Eisenach.

Die Reichstagswahlwahl im 2. Weimarschen Wahlkreise Eisenach-Dornburg findet am Sonnabend, den 20. Januar, statt. Dieser frühe Termin ist vornehmlich wegen der Ende Januar erfolgenden Eröffnung des Weimarschen Landtages gewählt.

Entrüstete Monarchisten.

Wilhelm II. war neulich bei dem Fürsten Hendel v. Donnermard zu Gast; der Fürst hatte zur Unterhaltung des Kaisers die französische Schauspielerin Granier kommen lassen. Dies war wohl nötig, um nicht hinter dem Fürsten Fürstenberg zurückzubleiben, der, um den kaiserlichen Gast während der Novemberreise angemessen zu unterhalten, beflissen ein Kabarett — aber nur aus Berlin — hatte kommen lassen. Das Amüsement war in beiden Fällen groß. Wir haben ja vor ein paar Tagen an anderer Stelle von der „Conférence“ erzählt, worin die Schauspielerin ihren Zuhörern von der Liebe erzählte, und die mit einem vielsagenden: „Gute Nacht! Majestät!“ geschlossen haben sollte. Das hat nun eine Anzahl von patriotischen Monarchisten sehr entrüstet. Sie haben einen Brief geschrieben, in dem auch sie die Frage stellen: Was ist die Liebe? Aber als deutsche und monarchische Männer fällt ihre Antwort ganz anders aus, als die der leichtsinnigen Französin. Zwar schreden sie vor dem Neuhexen zurück und ihre Abhandlung über die Liebe schließt mit keinem „Gute Nacht, Majestät!“ was in ihrem Munde ja auch keine Verheißung, sondern eine böse Drohung wäre. ... Ja, die langweiligen Herren läben wenigstens noch so viel Rücksicht, sich nicht direkt an Wilhelm II. zu wenden, sondern adressieren ihren Brief an den Gastgeber. Aber freilich, der Verdacht läßt sich nicht abweisen, daß diese Adresse nur eine — Dekadence ist und daß die Herren zwar vielleicht nichts von Liebe, sicher aber nichts vom Mut vor Königs-thronen wissen. Und nun lese man, was deutsche Liebe ist:

„Durchlaucht! Die Lokalpresse durchläuft ein Artikel, in welchem der Vortrag, den die Pariserin Frau Granier zu Schloß Reuders über „Die Liebe“ hielt, wiedergegeben wird. Es wird ein Stimmungsgebild entworfen, wie in einem feudalen Schloß zur Winterzeit inmitten eines Kreises fürstlicher Jäger die Frau mit ihrem „einladendsten“ Lächeln ihre Gastin über die Liebe vorträgt. Herr v. Donnermard, Sie haben den vielen Schlägen, die das monarchische Prinzip in den letzten Jahren erlitten, einen neuen Schlag hinzugefügt, und werden in gut deutsch klingenden Männer- und Frauenherzen viel Widerspruch heraufzureden. Was sagt denn Ihre Frau Gemahlin, und was sagen die Gemahlinnen Ihrer fürstlichen Gäste dazu, daß Sie mit Ihren Herren sich von der Französin die Liebe in solch häßlichen Worten vorführen lassen! Es ist doch ein Glück, daß in den breiten Schichten des deutschen Volkes eine andere Ansicht über die Liebe herrscht; wie häufig ist die innige, tiefe Liebe und Treue der deutschen Frau gelobt und besungen worden, und sie hören der Französin zu, die in schamloser Weise einzig die Sinnlichkeit der Liebe zu preisen weiß. Wäre es nicht ratham gewesen, daß die solch lockeren, losen Reden erscheinende Männer den Saal verlassen hätten? Also: „Der Mann hat nicht wahrhaft gelebt, so lange er nicht die Sühligkeit einer Stunde des Triumphes bei einer französischen Frau genossen. ... Und belagert ist der, der nicht die Pariser Frau kennt.“ Wir möchten sagen: Belagert ist der, der nicht seine gemüthliche deutsche Hauslichkeit über alles geht, in der er sein höchstes Glück bei seiner treu liebenden deutschen Frau findet. Es ist doch ein großes Glück, daß die Mehrzahl der deutschen Männer und Frauen nicht ein „glückliches Vergessen bei den „Amoureuosen“ suchen muß.“ Wir würden sich doch bessere Menschen.“

Bessere Menschen vielleicht, aber sicher schlechtere Muskatanten, wird Wilhelm II. denken. Und Wilhelm II. liebt gute Musik. Freilich auch hier nach seinem eigenen Geschmack. ...

Aber die Herren mögen sich beruhigen. Wozu die Heuschrecke, wozu der verstaubte Appell an die Kaiserin? Wilhelm II. hat noch genug Zeit für die Regierungsgeschäfte übrig behalten und hat — trotz der Conférence — sein Tagewort pünktlich erledigt. Beweis dessen: sein Interesse für die Abstimmung der Beamten in Antowich. Also die Sorge um den Staat berechtigt die Herren nicht, sich einzumischen, und private Schmäherei darf sich Wilhelm II. wohl verbitten — von den deutschnationalen Heuchlern sowohl wie von den kirchlichen Pharisäern. Denn auch die brave „Germania“ ist entrüstet. Sie besennt, die Mitteilungen zuerst für eine Satire gehalten zu haben, da es ihr „undenkbar schien, ein französisches Frauenzimmer könne die Frechheit haben, vor dem deutschen Kaiser so frivole Dinge vorzutragen, und ein deutscher Fürst seinen kaiserlichen Gast mit solchen Unterhalten könne.“ Aber, aber! So gern wir der „Germania“ auf allen anderen Gebieten ihre Unwissenheit glauben wollen, gerade auf diesem wird sie sich das Richtige schon gedacht haben. Die Herren sind doch in diesen und noch ganz anderen Dingen gewiegte Fachmänner.

Deshalb war es auch gar nicht nötig, daß Fürst Donnermard — man weiß nicht, ob zur Verhütung der entrüsteten Pharisäer oder der angerufenen „Frau Gemahlinnen“ ein leibhaftiges Dementi losließ, das also lautet:

„Madame Granier hat den Monolog Conférence sur l'amour von André Beaunier im Reuderschen Schloß vorgetragen, den sie früher gleichfalls vor Ihren Majestäten dem König und der Königin von England vorgetragen hat. Der Wortlaut des Monologs ist jederzeit aus dem Original festzustellen und ist selbstredend hier zu vor geprüft worden. Die Mitteilungen des „Ni Was“ über diesen Vortrag sind von Anfang bis zu Ende erfunden.“

Das Dementi ist ja sicher interessant. Zwar die Verungung auf König Eduard können wir nicht als vollständigen Beweis anerkennen. König Eduard liebt einst — sehr gute Musik. Aber um so überzeugender wirkt die Versicherung der vorhergegangenen genauen Prüfung. Denn sicherlich war sich Fürst Donnermard der Schwere der Verantwortung bewußt, die mit der fegeulichen Zustimmung selbst erwachsener Monarchen verknüpft ist. Wilhelm II., freilich wird es vielleicht ungern hören, daß er, ohne es zu wissen, ein Opfer der Theaterzensur geworden. Daß man für Reden, die er selbst hält, vorherige Zensur verlangt, weiß er und er hat sich ja seit einiger Zeit der traurigen Notwendigkeit anerkennend gefügt. Aber daß auch, wenn er sich unterhalten will, die böse Zensur sich einmischt, braucht er sich wirklich nicht gefallen zu lassen!

Eine agrarische Größe.

Im Herzogtum Braunschweig regieren unbeschränkt die Agrarier, deren Wünschen sich die Regierung nach jeder Richtung hin fügt. Einer dieser Mächtigen ist der Landwirt Schliephake, Landtagsabgeordneter und Abgeordneter der Landesynode, Vertrauensmann des Bundes der Landwirte usw. Dieser „Kotteibende“ betreibt die Viehzucht im großen. Fast alle Geschäfte, besonders die Viehhändler und Fleischermeister, die von Schliephake Vieh kaufen, machten nun die eigenartige Beobachtung, daß das Vieh auf anderen Wägen fast immer erheblich leichter war, als auf der eigenen Wage des Herrn Schliephake, auf der den Händlern das Vieh zugewogen wurde. So haben Städte Kluddeich nach einem einstündigen

Marsche von Uehde, wo Schliephake wohnt, nach Schöppenstedt um 80 bis 100 Pfund abgenommen. Schmelze hatten um 30 bis 40 Pfund weniger Gewicht als Schliephake berechnet, und bei dem Verkauf von Hammeln, der gleich in großer Zahl (über 100) erfolgte, fehlten an jedem Tiere etwa 5 Pfund Gewicht. Die Viehhändler waren über das Gewichtsergebnis nach dem Schlachten der Tiere immer sehr erstaunt, alle Geschäfteleute aber brachten dem angefahrenen Verkäufer unbedingt Verströmen entgegen.

Erst im März dieses Jahres nannte ein Viehhändler Herrn Schliephake in einem Briefe einen Betrüger. Wenn er (Schliephake) sich nicht mit ihm, dem Viehhändler, auseinandersetze, werde gegen ihn Anzeige erstattet. Herr Landtagsabgeordneter Schliephake quittierte anderen Tages — mit einem Händedruck und mit der Zahlung von 604 M., wobei er sagte, er tue dies nur mit Rücksicht auf seine kranke Frau. Einem Fleischermeister, dem Schmelze um 30 bis 40 Pfund zu hoch berechnet worden waren, zahlte Schliephake 30 M. zurück. Die Gerüchte von den Verströmen des Agrariers drangen aber doch zu den Behörden und so wurde Anzeige wegen Betrugs erhoben.

Am letzten Donnerstag und Freitag wurde vor der Strafkammer zu Braunschweig gegen Schliephake verhandelt. Eine ganze Anzahl Zeugen sagten höchst ungünstig über Schliephake aus. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Betruges und Betrugsversuches zu sechs Monaten Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe. Es betonte in der Urteilsbegründung, daß Schliephake lediglich aus gemeiner Habgier gehandelt habe, obgleich er ein schwerreicher Mann sei.

Sein Mandat als Abgeordneter der Landesynode hat der Verurteilte niedergelegt, als die Untersuchung gegen ihn im Gange war. Landtagsabgeordneter ist er heute noch.

Konservativer Parteitag.

Am Sonnabend, den 11. Dezember, findet in Berlin im Kaiser-Saale des Weinhauses „Reingold“ der Delegiertentag der konservativen Partei statt.

Auf der Tagesordnung stehen: Referate über die Haltung der konservativen Fraktion in der Frage der Reichsfinanzreform, erstattet von dem Reichstagsabgeordneten Dietrich und Graf Westarp, ein Vortrag des Oberbürgermeisters Dr. Beutler-Dresden über „Politische Parteien und wirtschaftliche Vereinigungen“, ein Referat des Reichstagsabgeordneten Grafen v. Schwerin-Dömitz über die „wirtschaftlichen Aufgaben der konservativen Partei“ und ein solches des Reichstagsabgeordneten Kallewig über „Mittelstand und politische Parteien“.

Ein Jubiläum des Verfassungselends.

Heute am Montag, das heuete Bürgerium Hamburgs feiert sein Verfassungselend. Am 6. Dezember sind 50 Jahre verfloßen, seit Hamburg eine aus „Wahlen“ hervorgehende Volksvertretung — „Bürgerchaft“ genannt — besitzt. Schon vor mehr als 200 Jahren setzte in Hamburg eine demokratische Bewegung ein, die an Stelle der Patrizierherrschaft die Anteilnahme des Volkes an der Regelung seiner Geschicke verlangte. In diesem Kampf wie auch bei den ihm später folgenden Versuchen, eine Anteilnahme der unteren Volksschichten am Regiment zu erzwingen, behielten jedoch stets die Patrizier die Oberhand.

Erst am 6. Dezember 1859 kam die Spottgeburt einer „Volksvertretung“, die Bürgerchaft, zustande, zusammengesetzt aus Vertretern der Grundeigentümer, der Notabeln und „allgemeinen“ Wähler. Letztere mußten für den Erwerb des Bürgerrechts zehn blanko Taler opfern. So regierte der mit monarchischen Befugnissen ausgerüstete Senat, dessen 18 Mitglieder auf Lebenszeit gewählt wurden, bis zum Jahre 1892 draußlos, bis die furchtbare Choleraepidemie dieses Jahres die verrotteten Zustände dieses Verwaltungssystems vor den Augen der ershöckten Kulturwelt aufdeckte.

In der Angst versprach die in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedrohte Gesellschaft eine Reform des Staatswesens an Haupt und Gliedern. Kaum war der unheimliche asiatische Gast aus Hamburg's Mauern verschwunden, als man jedoch auch schon in den alten Schlendrian zurückverfiel und sich den Teufel um die in schlotternder Angst gemachte Verheißung kümmerte. Die Verfassungsreform von 1896 behielt den Grundeigentümer- und Notabelnwahlskörper bei, denen 80 Abgeordnetenitze zustehen, während das „allgemeine“ Wahlrecht an einen Jensus von 1200 M. geknüpft wurde, und zwar mußten die Hamburger Staatsangehörigen dieses Einkommens fünf Jahre hintereinander versteuert haben, um in den Besitz des Wahlrechts zu gelangen.

Als es unter diesem Wahlsystem den Sozialdemokraten gelungen war (1904), zwölf Abgeordnete — von 160 — zu wählen, trat im Sommer 1905 eine aus Mitgliedern der drei alten Bürgerchaftsfraktionen bestehende Wahlrechtsverschönergesellschaft zusammen, um in „vertraulichen“ Zusammenkünften ein Wahlrecht auszusuchen, das der Arbeiterchaft „entsprechend ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für das Staatswesen“, die ihr „gebührende“ Vertretung im Staatsparlament verleihe. Der Plan der Wahlrechtsänderung erhielt am Abend des 17. Januar 1906 seine parlamentarische Sanktion. Unter Verbeibaltung der 80 Privilegierten (Grundeigentümer und Notable) und Vorbeibaltung von 8 Abgeordneten für das Landgebiet, wurden die verbleibenden 72 Sitze unter die allgemeinen Wähler in der Weise verteilt, daß 48 Abgeordnete auf die erste Klasse mit einem Einkommen von über 2500 Mark und 24 Abgeordnete auf die „Armenede“ von 1200 bis 2500 Mark Einkommen fielen — gemindert durch den Proporz, damit diese 24 Sitze nicht nach dem Majoritätsprinzip sämtlich von der Sozialdemokratie eingeheimst werden können. Die eine Stabihälfte hat bereits unter diesem elenden Wahlsystem gewählt, im Januar 1910 wählt die andere Stabihälfte. Die Sozialdemokratie, die bei den letzten Reichstagswahlen zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt hat und seit 1890 sämtliche drei Reichstagsmandate Hamburgs inne hat, wird also mit einem Wahlrecht abgepreist, das ihr unter den obergünstigsten Umständen (es müssen dann noch einige Grundeigentümer- und erstklassige Mandate erobert werden) 24 bis 25 Sitze zuweist!

Eine freudige Verhöhnung der Mehrwertverärgerter ist nicht denkbar. Daher hat die sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion es selbstverständlich abgelehnt, an der Festigung von Senat und „Volksvertretung“ am Montag teilzunehmen. Vielmehr hat die sozialdemokratische Parteileitung Hamburgs am Abend des Verfassungstages 16 große Volksversammlungen einberufen, die gegen das zur Unterdrückung der Arbeiterklasse ausgeklügelte Wahlsystem des Hamburger Klassenstaates protestierten.

Wahlrechtsdemonstrationen in Hessen.

Zu gewaltigen Kundgebungen für das gleiche, direkte Landtagswahlrecht ohne Kautelen gefallerten sich die Versammlungen, die am Sonntag im Wahlkreise Dissenbach-Dieburg und in Mainz stattfanden. Im ersteren Wahlkreise tagten starkbesuchte Versammlungen zu Dissenbach, Neu-Isenburg, Sprendlingen und Langen. Die Versammlung in Dissenbach war von mehreren tausend Personen besucht. An sie knüpfte sich eine imposante Strahendemonstration. Die Demonstranten zogen unter Hochrufen auf das freie Wahlrecht vor das Kreisamt und die Wohnung

des Zentrumsabgeordneten v. Brentano. Polizei war in großer Zahl aufgebaut, verhielt sich aber passiv.

Auch in Mainz schloß sich an die starkbesuchte Versammlung eine wichtige Straßenzugung. Die Demonstranten durchzogen die Stadt. Auch hier hielt sich die Polizei verständnisvoll zurück, so daß es zu keinerlei Störungen kam.

Die Landtagswahlen im Großherzogtum Sachsen.

Die Sozialdemokratie von Sachsen-Weimar hat beschlossen, bei den Stichwahlen am 17. Dezember in zwei Wahlkreisen für die Liberalen gegen die Kandidaten der rechtsstehenden Parteien einzutreten. Für einen Wahlkreis, in dem ein Liberaler mit einem Wähler in Stichwahl steht, wurde Stimmenthaltung empfohlen, weil schwerwiegende Gründe dagegen sprechen, diesen Liberalen zu unterstützen.

Wenn kurz vor Weihnachten die Privilegiertenwahlen der Großgrundbesitzer und Höchstdenken sowie zwischen Weibachern und Neujahr die Wahlen der Ständevertretungen, Handelskammer, Handwerkskammer usw. stattgefunden haben, dann wird der weimariische Landtag immer noch nicht vollständig sein. Der den Arbeitern als dauernde Vertretung im Gesetz zugestandene Abgeordnete, der aus den Arbeitermitgliedern der Arbeitskammer zu wählen ist, kann nicht gewählt werden, weil überhaupt noch keine Arbeitskammer besteht.

Kommunalwahlen.

Erfolge in Württemberg.

In Ulm gelang es der Sozialdemokratie, von den vier zur Wahl stehenden Mandaten eins zu erobern. — In Duffingen waren drei Mandate zu besetzen, von denen der Sozialdemokratie eins zufiel. — In Unterweihenbach gelang es, sämtliche Wahlberechtigten zur Urne zu bringen. Die beiden Kandidaten der sozialdemokratischen Vereins wurden mit 82 und 77 Stimmen gewählt, während die Gegner nur 52 bzw. 51 Stimmen erhielten. — In Weutelsbach, wo die Arbeiterklasse mit dem freisinnigen Bürgertum zusammenhing, waren vier Mandate zu vergeben, von denen eins durch einen organisierten Arbeiter besetzt wurde. — In Regingen waren fünf Sitze erledigt; vier fielen den vereinigten bürgerlichen Parteien zu, eins eroberte die Sozialdemokratie.

Einen schönen Erfolg erzielte die Sozialdemokratie bei der Stadtverordnetenwahl in Stollberg im Erzgebirge. Sämtliche sechs Kandidaten unserer Liste wurden mit erheblicher Majorität gewählt. Die Wahlbeteiligung war eine rege.

Eine Novelle zum Reichsstempelgesetz

Beauftragt der Vorstand des Deutschen Städtetages in einer Eingabe an den Bundesrat und Reichstag. Es wird die Festsetzung der Steuerpflicht der Zinsbogen von Renten und Schuldverschreibungen der öffentlich-rechtlichen Verbände verlangt. In der Begründung des Antrages führt der Vorstand aus, es sei Absicht der Reichstagsmehrheit gewesen, mit dieser Steuer die Besitzer der Schuldverschreibungen zu treffen. Das Gesetz habe aber keine Handhabe, die Besitzer zur Erstattung des von den Angehörigen der Vogen ausgelegten Stempels heranzuziehen. Die Gemeinden seien deshalb gezwungen, die Steuer auf ihren Etat zu nehmen. Zur Deckung des Steueraufwandes müssen sie neue Einnahmen schaffen, d. h. sie müssen die Kommunalsteuern erhöhen. Und zwar in beträchtlichem Maße; so hätten z. B. im Laufe der nächsten zehn Jahre aufzu-

Berlin	zirka 850 000 M.
München	450 000 .
Dresden	330 000 .
Frankfurt a. M.	340 000 .

Dieser Mehraufwand muß von der Gesamtbürgerschaft getragen werden, trifft also auch die nichtbesitzenden Klassen.

Folgen der neuen Tabaksteuer.

Der „Südd. Tabakztg.“ (Unternehmerorgan) wird aus Hamburg geschrieben:

Die Not, in welche ungezählte Tabakarbeiter durch das neue Tabaksteuergesetz geraten sind, zeigt sich jetzt auch in gerichtlichen Verhandlungen, in denen mehrfach Tabakarbeiter wegen Bettelns angeklagt worden. Alle erklärten unbestritten, daß sie durch die Tabaksteuer in große Not geraten seien, keine Beschäftigung finden könnten und schließlich die Wildtätigkeit fremder Personen in Anspruch nehmen mußten. Das Gericht trug diesem Umstande auch Rechnung, indem es nicht veranlaßte, daß viele Tabakarbeiter durch das Tabaksteuergesetz in Not geraten sind. Eine geringe Bestrafung mußte nach dem Gesetze leider dennoch erfolgen, doch wurde in jedem einzelnen Falle nur auf eine Haftstrafe von drei Tagen erkannt, die durch die erlassene Untersuchungshaft als verbüßt angesehen wurde.

Die Feigheit der Merkmalen Steuermacher.

Der Zentrumsabgeordnete Damerow-Berlin bereist zurzeit seinen Wahlkreis Köln-Land, um die wegen der Steuerarten des konservativ-merkmaler Blockes erregten Gemüter zu beruhigen. Dieser Tage redete er auch in Poulheim bei Adla. Ein in dem Orte wohnender Arbeiter (siehe an den Vorständen der Zentrums- partei, ob in der Versammlung freie Diskussion gewählt werde. Darauf erhielt er folgende charakteristische Antwort:

Auf Ihre Anfrage diene zur Erinnerung, daß bei der am nächsten Sonntag hier tagenden Versammlung der Zentrums- partei eine Diskussion nicht stattfinden wird. Wohl aber wird der referierende Abgeordnete, Herr Cornelius Damerow, auf etwaige Anfragen aus der Mitte der Parteimitglieder, die sich innerhalb der Tagesordnung bewegen, bereitwillig Antwort bzw. Aufklärung geben.

Hochachtungsvoll
Wahlaustrag der Zentrums- partei
in Poulheim
Dillender, Pfarret.

Wie so oft schon, werden auch hier wieder die Zentrums- wähler von den Merkmalen Führern lediglich als Stimmvieh eingeschätzt.

Frankreich.

Ein Schachzug der Merkmalen!

Die Vertreibung von der Staatsfrage und der bevorstehende Kampf um die Seele haben die hohe französische Geistlichkeit, die bisher zu den festen Säulen der „sozialen Ordnung“ gehört hat, plötzlich ihr arbeiterfeindliches Herz entdecken lassen. Ganz un- vermutet hat der Bischof De La Motte in Lille, wo ein Streik der Textilarbeiter ausgebrochen ist, die gelbe Organisation veranlaßt, mit der roten Gewerkschaft gemeinsame Sache zu machen, sehr zum Mißvergnügen der Unternehmer, die das Verlangen der Arbeiter, dem Minister Viviani die Vermittlung im Lohnkampf zu übertragen, brüsk abgelehnt haben. Nun kommt gar der Erz- bischof von Paris hinzu. Monseigneur Umette hat an die Geistlichkeit seines Sprengels die Aufforderung gerichtet, den seit einer Reihe von Jahren ergebnislos geführten Kampf der Wä- rgerhelfen um Abschaffung der Nachtarbeit und Einführung eines

wöchentlichen Ruhetages zu unterstützen. Der Sekretär der Wä- der hat darauf den Erzbischof zu einer Versammlung, in der als Re- ferent der Anarchist Sebastian Faure sprechen sollte, eingeladen, natürlich ohne ihn als Gast begrüßen zu können. Daß die so plö- zlich entdeckte Arbeiterfeindlichkeit der Kirchenfürsten gerade kurz vor den Wahlen und zur selben Zeit, da man sich mit der Gründung einer Zentrums- partei in Frankreich abgibt, ins Leben getreten ist, ist natürlich nur ein peinlicher Zufall, der niemand über die Ech- tigkeit des warmen Arbeiterherzens unter der Bischofskutte täuschen wird. Die Arbeiter werden sich auch die Unterstützung in einem Kampfe, in dem die kirchenfeindliche radikale Demokratie bisher so lässig verjagt hat, gerne gefallen lassen. Es sie darum nach 75 Jahren Klassenkampf und Aufklärungsarbeit wieder unter den Krampfnäsen zurückzuführen werden, ist freilich eine andere Frage. Um so mehr aber werden die bisher kirchenfeindlichen Unter- nehmer an der Sache Anstoß nehmen. Ein nettes Gespräch mit einem Fabrikanten aus dem Norden erzählt in seiner wichtigen Art Genosse Sembat in der „Humanité“. „Na, Sie sind jetzt zu- frieden, die Bischöfe auf Ihrer Seite zu haben?“ „Wissen Sie, ich spreche darauf. Ich habe es dem hochwürdigsten Herrn Dela- moire deutlich gesagt. „Monseigneur“, sagte ich, „in der Kirche sind Sie zu Hause. Da gehorche ich Ihnen. Aber in der Fabrik bin ich zu Hause. Und da befehle ich.“ „Aber meine Besteuer- ung wird er sich diesmal wundern. Es ist freilich wahr, wenn man immer die Kirche unterstützt hat, den Bischof im Streit als Gegner zu finden.“ „Sind Sie sicher“, fragte ich, „daß dieser Ungehorsam nicht Ihrem Seelenheil schadet? Möchten Sie dabei nicht, in die Hölle zu kommen?“ „Er hielt plötzlich an und sah mich an. „Sie machen sich wohl über mich lustig? Sie halten mich wohl für einen Dummkopf?“ „Für einen Dummkopf? Weit entfernt. Aber, entschuldigen Sie, ich habe Sie bisher für einen guten Christen ge- halten.“

Italien.

Die Krise.

Rom, 4. Dezember. (Fig. Ver.) Giolittis Sturz hat in zweifacher Weise eine schwierige Situation geschaffen. Einmal in rein konstitutioneller Beziehung. Da das Ministerium, wie seiner- zeit das Kabinett Saracco, gleichzeitig den Stimmen des Fortschritt- und der Reaktion erliegen ist, so fehlt der Krone eine klare Anwei- sung zur Wahl des Nachfolgers. Die Kammer hat nicht gesagt, das Ministerium ist mit zu reaktionär oder zu fortschrittlich; dem einen Teile des Parlaments war es das eine, dem anderen das andere.

Die andere Schwierigkeit ist wesentlich ernstlicher. Die Regie- rungsentwürfe sind einer Mehrheit von nur 25 Stimmen erlegen. Die vereinigten Oppositionen haben also keineswegs eine breite Basis. Weiter fand ihre Vereinigung auf einem rein negativen Gebiete statt, das unmöglich die Grundlage für eine Regierung bieten kann. Die Kräfte, mit denen man ein Kabinett stützt, ge- nügen lange nicht, um ein neues am Leben zu erhalten. Außerdem ist die heutige Kammer ganz und gar nach dem Ebenbilde Giolittis ge- schafften; sie ist wie ein Kleid, das er sich selbst ganz genau auf die Figur gearbeitet hat. Wer wird es unternehmen, mit dieser Kammer zu regieren? In ihr haben zweifellos die reaktionären Elemente das Übergewicht über die fortschrittlichen. Wenn sich der König nach links wenden will, so wird er gleichzeitig mit dem Auftrag, das Kabinett zu bilden, die Möglichkeit, eventuell die Kammer aufzulösen, geben müssen. Daß er dies nicht ohne schwere Bedenken tut, ist begreiflich bei einem Parlament, das erst eben auf 9 Monate Existenz zurückblickt.

Die Kammer seines Herzens ist eine Art Nessjagewand, das Giolitti seinem Nachfolger hinterläßt. Weiter besteht der Nach- laß aus einer stattlichen Reihe von Schwierigkeiten und Problemen. Da sind die Konventionen für die Handelsmarine, deren Ablauf- termin bevorsteht, während die neuen von einem neuen Kabinett auf keinen Fall unbescholen übernommen werden können. Da sind die Abgabenreformen, die Giolitti, ohne seine parlamentarische Stellung zu erschüttern, fünf Jahre lang vernachlässigen konnte, die aber jetzt, nachdem sie einmal dem Lande angeboten wurden, von keinem Ministerium links liegen gelassen werden können. Giolitti hat gewissermaßen einen Wechsel angestellt, den seine Nach- folger einlösen müssen, und die Masse des Volkes hat durch den dringenden Druck ihrer Notlage die Verfallzeit dieses Wechsels recht kurz bemessen.

Das neue Ministerium.

Rom, 6. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Es gewinnt immer größere Wahrscheinlichkeit, daß Son- nino die Kabinettsbildung gelingen wird. Sonnino hat bereits Verhandlungen mit den Parteien eingeleitet. Das neue Ministerium würde sich vornehmlich auf die bisherige Majorität mit Einschluß der konstitutionellen Demokraten, aber mit Ausschluß der äußersten Linken, Republikaner und Sozialdemokraten, stützen.

Spanien.

Ferrers Unschuld.

Paris, 5. Dezember. Frau Soledad de Villafraanca, die Freundin Ferrers, erklärte in einem Interview, Beweise für die völlige Unschuld Ferrers zu besitzen. Sie teilte mit, daß sie vorige Woche, Montag, vom Kabinettschef Moret empfangen worden sei, der ihr erklärt habe, daß er eine Untersuchung anordnen werde, um festzu- stellen, welches Verfahren während des Prozesses Ferrers ver- folgt worden ist. Er erteilt ferner den Befehl, die Wirkung der Beschlagnahme der Güter Ferrers aufzuheben. Er soll schließlich versprochen haben, den Cortes die Annahme eines Gesetzes zu empfehlen, worin alle Personen, welche während der jüngsten Ereignisse in Barcelona verurteilt worden sind, amnestiert werden sollen.

Außerung der Reservisten.

Madrid, 5. Dezember. Das Blatt „N. E.“ bringt aus amt- licher Quelle eine Bestätigung der Nachricht über die Heimbe- rufung der Reservisten aus Marokko und bemerkt dazu, daß sich deren Zahl insgesamt auf 13 000 belaufe.

England.

Die Arbeiterpartei und die Wahlen.

London, 4. Dezember. (Fig. Ver.) Die Presse veröffent- lichte folgende Mitteilung über die Beratungen der Arbeiterfraktion: Der Vorstand der Arbeiterpartei hielt gestern eine weitere Sitzung ab, um die Kandidaten- liste und die Taktik bei den kommenden Wahlen zu er- wägen. Die Sitzung währte vier Stunden, worauf mitgeteilt wurde, daß weitere Beratungen am 17. Dezember in Manchester stattfinden werden. Der Vorstand hat die Kan- didatenliste sorgfältig revidiert zum Zwecke der Vermei- dung von aussichtslosen Wahlkämpfen. Die Partei wird bei den kommenden Wahlen nur solche Kan- didaturen berücksichtigen, die eine Aussicht auf Erfolg haben und gleichzeitig dreieckigen Wahlkämpfen mög- lichst vorbeugen, bei denen die Anhänger der Lords durchkommen könnten. Bei der Revision der Kandidatenliste wurde die Zurückziehung von 20 bis 30 Kan- didaten empfohlen. Diese Maßregel wird einzig und allein im Interesse der Arbeiterpartei ergriffen. Der Vor- stand hat indes nicht die Macht, die Ausführung dieser Maß- regel den Wahlvereinen vorzuschreiben, da die lokalen Orga-

nisationen ziemlich autonom sind. Er kann ihnen nur den Standpunkt der Fraktion nahelegen und ihnen empfehlen, demgemäß zu handeln. In den nächsten zwei Wochen wird der Vorstand zu diesem Zwecke mit den lokalen Organisationen in Verbindung treten und am 17. dieses Monats in Manchester eine Sitzung abhalten, um endgültig über die Kandidatenliste zu beschließen.

Der Finanzwittwar.

London, 6. Dezember. Die „Daily News“ melden, haben fast alle Kaufleute, die am Sonnabend Tabak aus dem Zollamt ab- holten, nur die im früheren Budget vorgesehenen Zölle entrichtet. Ungeheure Mengen Rum sind auf ähnliche Weise ausgeliefert worden. Die Kaufleute schiden sich an, große Quantitäten Tee einzubringen, ohne irgend welchen Zoll zu zahlen.

Rußland.

Ein tapferer Beschluß.

Petersburg, 6. Dezember. Anlaßlich der Eidesleistung der 130 Studenten der Militär- medizinischen Akademie, die jetzt die Akademie verlassen, nahmen dieselben folgende Resolution an: Der Jahrgang 1909 der Militär- medizinischen Akademie pro- testiert bei Gelegenheit des Eides gegen die Beteiligung von Ärzten bei der Vollstreckung von Todesstrafen, da er solche mit der Würde des Arztes und Menschen un- einbar finde. Diese Resolution wurde gefaßt mit 110 Stimmen, 2 votierten dagegen und 18 enthielten sich einer Stimmabgabe.

China.

Ein Protest gegen Rußland.

Peking, 5. Dezember. Die chinesische Regierung über- mittelte den austörrigen Gesandtschaften ein Rundschreiben, in welchem sie gegen die neuerliche Mitteilung Rußlands bezüglich der Rechte der Städte in der russischen Eisenbahngone der Mandchurei protestiert und erklärt, das Vorgehen Rußlands sei eine Verletzung des Vertrages von Portsmouth und des russisch- chinesischen Übereinkommens von Chardin vom 10. Mai, welches die Zuständigkeit der betreffenden Behörden in den Eisenbahngonen festsetzt.

Aus der Partei.

Zum preussischen Parteitag.

Eine Parteiverammlung in Breslau, die sich mit dem preussischen Parteitage beschäftigte, nahm folgende Resolution an:

„Die Versammlung erwartet vom Parteitage, daß er die Fortführung des Kampfes um ein freies Wahlrecht in Preußen mit verschärften Mitteln beschließt. Insbesondere soll das Volk aufgerufen werden, sich für die Erringung des Wahl- rechts durch eventuelle Arbeitseinstellung zu rufen.“

In Frankfurt a. M. wurden in acht Sitzungsversammlungen die Aufgaben des Parteitages besprochen. Es wurde beschlossen, dem Parteitag folgenden Antrag zu unterbreiten:

„Der Parteitag wolle beschließen, daß der Wahlrechts- kampfs durch zentrale Demonstrationen, die bei gegebenen Momenten durch den Parteivorstand zu organisieren sind, energisch aufgenommen wird.“

Eine außerordentliche Generalversammlung des Sozialdem- ocratischen Vereins für den Reichstagswahlkreis Diefeld- Wiedenbrück nahm am Sonntag Stellung zum preussischen Parteitage. Der Kreis entsendet zwei Delegierte.

Die Untersuchungshaft gegen Rottebohm aufgehoben.

In der Strafsache gegen Genossen Rottebohm in Dortmund, der wegen Sittlichkeitsverbrechens in Untersuchungshaft genommen wurde, hat der Untersuchungsrichter dem Angeklagten folgenden Beschluß zugestellt:

„In der Strafsache gegen den Redakteur Adolf Rottebohm aus Dortmund, zurzeit hier in Untersuchungshaft wegen Sittlichkeitsverbrechens, wird auf Antrag des Angeklagten der Haftbefehl des Herrn Untersuchungsrichters beim königl. Land- gericht Dortmund vom 6. November 1909 aufgehoben, da ein Tatverdacht bezüglich des Verbrechens gegen § 176, Absatz 3 Strafgesetzbuches nicht mehr in Frage kommt und be- züglich des Verbrechens gegen § 177, Absatz 43 Strafgesetzbuches kein hinreichender dringender Tatverdacht vorliegt, überdies Pflicht- verdacht nach dem bisherigen Verhalten des Angeklagten nicht begründet ist.“

Genosse Rottebohm befindet sich noch nicht auf freiem Fuße, da er zurzeit noch eine Gefängnisstrafe abzudienen hat, die er in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur erhielt.

Rechts von der bürgerlichen Demokratie!

Aus München wird uns geschrieben:

Hier referierte am Donnerstagnabend der Demokrat Dr. Breit- schied vor einer öffentlichen Versammlung der freien Studenten- schaft über „Demokratie, die Zukunft Deutschlands“. Nach einem kurzen Rückblick über die Entwicklung der Demokratie ging der Redner zu den politischen Tagesfragen über. Er legte dar, daß bisher einzig und allein die Sozialdemokratie zuverlässig im Kampfe gegen die Reaktion gewesen sei, und daß sich das wahrhaft liberal gestimmte Bürgertum mit dieser verbinden müsse, um in Preußen-Deutschland ferretische Zustände zu schaffen. In der hochinteressanten Diskussion sprach als erster Redner „Genosse“ Dr. Artur Schulz. Als die schwersten Fehler, die die bürgerliche Demokratie in der Vergangenheit gemacht habe, bezeichnete er ihr Verfehlen in der nationalen Frage — die Ab- lehnung von Bismarcks Militärforderungen — und ihre Gegnerschaft gegen den Schutzoll. In Zukunft würde die Demokratie nicht auf Erfolge rechnen können, wenn sie sich nicht durch Schutzölle der Bauern annehme. Nur die Sozialdemokratie und die Bauern vereint vermöchten die Macht der Reaktion zu brechen. Von den folgenden Rednern mußte sich Dr. Schulz sagen lassen, daß er mit seiner Auffassung in der Sozialdemokratie allein stünde, daß die große Masse der kleinen Bauern vom Schutzoll absolut weiter nichts habe als neue Lasten. Eine geradezu vernichtende Kritik seiner Ideen brachte aber das Schlusswort Dr. Breitschieds. Man erliebe hier das interessante Schauspiel, daß ein Vertreter des Bürgertums in klarer überzeugender Weise die Mienen des Genossen Dr. Schulz bis ins kleinste Detail zerstückte und nachwies, daß sie voller Widersprüche und Konsequenzlosigkeit seien. Nach Dr. Schulz habe die Sozialdemokratie in wichtigen Fragen nur Fehler gemacht und müsse doch daher eigentlich bald vom Erdboden verschwinden sein. Statt dessen beobachtet man ihren fortwährenden Aufstieg, der sich gerade immer noch den Kämpfen gegen die Schutzollgesetzgebung am stärksten äußert. Wo dürfte die Rechnung von Dr. Schulz wohl ein Loch haben. Dr. Breitschied ist der Überzeugung, daß man den Militär- forderungen schweigend Halt bieten muß. Er erwartet nur vom Frei- handel und der Abschaffung der Schutzölle eine weitere glänzige Entwicklung des gesamten Wirtschaftslebens.

Es geht aus dem Bericht nicht hervor, ob Dr. Artur Schulz auch der Sozialdemokratie ihr Verhalten zu den „nationalen Forde- rungen“, d. h. ihre Bekämpfung des Militarismus als Fehler an- rechnet. Aber es sollte uns nicht wundern, wenn's so wäre. Freilich wäre das mehr kurios als von Bedeutung.

Gewerkschaftliches.

Eine neue Aufgabe für die Gewerkschaften.

Genosse Adolf Braun propagiert in der Monatszeitschrift „Der Kampf“ ein neues Lohnsystem auf der Grundlage des korporativen Arbeitsvertrages. Er weist zunächst darauf hin, daß bei dem früheren Naturallohnsystem, das naturgemäß in der modernen entwickelten Wirtschaft keine Anwendung mehr finden kann, die Arbeiter wenigstens immer vor direkten Nahrungsjorgen geschützt waren. Die Kosten periodischer Lebensmittelverwertung infolge von Mähernten, Krieg usw. trug der Unternehmer. Heute, unter der Herrschaft des Geldlohnsystems, sei es der Arbeiter, der nicht nur die aus Naturereignissen, sondern auch die aus der künstlichen Lebensmittelverwertung resultierenden Kosten zu tragen habe. Dadurch würden die Voraussetzungen bei Abschluß von Tarifen oft gegenstandslos. Der festgesetzte Lohn soll eine gewisse Höhe der Lebenshaltung garantieren. Wende während der Dauer des Tarifvertrages durch wirtschaftspolitische Maßnahmen plötzlich der Preis wichtiger Lebensmittel hinaufgeschraubt, garantiere der Vertragslohn nicht mehr die veranschlagte Lebenshaltung; die Kaufkraft des Lohnes verändere sich zumungunsten der Arbeiter. Darauf, meint Genosse Braun, müsse und könne bei Abschluß von Tarifen Rücksicht genommen werden. Damit werde den Gewerkschaften eine neue, in den Rahmen ihrer Tätigkeit passende Aufgabe gestellt. Wir lassen nun den Autor selbst sprechen, indem wir aus seinen Darlegungen die Hauptpartien wiedergeben; er schreibt:

Die Gewerkschaften sind infolge ihrer ganzen Entwicklung wesentlich auf den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit und um die Erhöhung des Geldlohnes gerichtet. Sie sind aber nicht imstande, oder sie waren wenigstens bisher nicht imstande, den Arbeitern die Garantie zu schaffen, daß die Erhöhung des Geldlohnes auch zu einer Sicherung einer verbesserten Lebenshaltung führe. Fast überall vermögen wir festzustellen, daß dank der gewerkschaftlichen Aktion die Löhne der Arbeiter, in Ruß und Finnigen, in Frank und Gentimes, in Kronen und Heller ausgedrückt, gestiegen sind; aber vielfach müssen wir mit Schrecken feststellen, daß man für die erhöhte Anzahl von Mark und Franken, Kronen und Heller weniger Nahrungsmittel gewinnen kann als zu der Zeit, da der Lohn im allgemeinen niedriger war. Gestiegene Geldlöhne und doch verschlechterte Lebensbedingungen, das ist ein bemerkenswertes wirtschaftliches Ergebnis des Vergleiches der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter vor wenigen Jahren und jetzt. Immer stärker tritt dieser Vergleich in Erscheinung. Die erhöhten Löhne bewahren die Arbeiter nicht vor der Notwendigkeit bedeutungsvoller Einschränkungen in ihrer Lebenshaltung. Die Gewerkschaften kommen nun zu der Ueberzeugung, daß alle ihre Bemühungen, einen Ausgleich gegen die Verteuerung der Lebensmittel zu schaffen, auf die Dauer unwirksam bleiben. Die Steigerung des Geldlohnes ist nicht so rasch durchzuführen, wie die Lebensmittelpreise infolge einer rücksichtslosen Preispolitik der Agrarier ansteigen, die ihre erhebliche Förderung in der staatlichen Wirtschaftspolitik findet, in der die spezifisch agrarischen hochschutzzönerischen Interessen die meiste Macht sind. So kommt durch diese agrarische Politik in unsere gewerkschaftliche Politik ein Moment der Unruhe. Erhebliche Schwierigkeiten ergeben sich für den politischen wie für den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse, schon um die gegenwärtige Lebenshaltung der Arbeiter zu sichern, um weitere Verschlechterungen hintanzubehalten; das wäre aber doch ein zu kleiner Teil unserer Gegenwartspolitik, da die Hebung der Arbeiterklasse eine der dringendsten und notwendigsten Aufgaben der sozialistischen Bewegung, nicht zuletzt der Gewerkschaften ist.

Das Weiterbestehen des Geldlohnes ist auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe der Volkswirtschaft und der sozialen Beziehungen unbedingt notwendig. Das von dem Willen der Arbeiter völlig unabhängige Risiko der gestiegenen Preise, das heißt der verminderten Kaufkraft seines Geldlohnes soll künftig von dem Unternehmer getragen werden. So schwer durchführbar dies erscheinen mag, so wenig ist es tatsächlich unmöglich. Es werden notwendig sein: eine Verbesserung der Detailhandelsstatistik für die Gesamtheit; eine intensivere Beschäftigung der Gewerkschaften mit der Haushaltspolitik, schiedsrichterliche Organe zwischen Unternehmern und Arbeitern — die übrigens in vielen Tarifen schon vorgesehen sind —, dieses Prinzip nicht bloß zum leitenden Grundfah beim Abschluß von Tarifverträgen zu machen, sondern um auch seine Anwendung immer mehr zu befähigen und Differenzen zu entzünden.

In einem Beispiel wollen wir zeigen, wie wir die Verbindung der Vorteile des Naturallohnsystems mit dem Weiterbestand des Geldlohnes für möglich halten. Für die im Verzechnungsbezirk Wien liegenden Bezirke wurde am 1. Juni 1910 für die Arbeiter eines bestimmten Gewerbes ein Tarifvertrag auf 3 Jahre abgeschlossen. In diesem Tarifvertrag wurde der Minimallohn mit 30 Kronen für die Woche festgesetzt, der in jedem folgenden Jahre um 1,20 Kr. zu steigen hätte. Dieser Lohn würde in zwei Teile zerfallen, in einen festen Anteil von 10 Kr. und einen beweglichen Anteil von vorerst 20 Kr. Man würde da von der Voraussetzung ausgehen, daß während der Dauer des Tarifvertrages die Preisveränderungen nur einen Teil der Verbrauchgegenstände treffen werden, während die Wahrscheinlichkeit erheblicher Preisänderungen für zwei Drittel des Lebensbedarfes der Arbeiter angenommen wird. Um aber die Schwierigkeiten künftiger Berechnungen zu erleichtern, wird der Einfachheit wegen angenommen, daß nur die zur Erhaltung des Arbeiters vor allem notwendigen Artikel: Brot, Fleisch, Milch und Kohle Preisveränderungen ausgesetzt seien und daß die Arbeiter zwei Drittel ihrer Einnahmen für diese vier unentbehrlichen Bedarfsgegenstände verwenden. Man wird dann feststellen, wie viele Kilogramm Brot und Fleisch, wie viele Liter Milch, wie viele Zentner Kohle man für 20 Kr. kaufen kann; man wird gewisse Anteile am Gesamtbedarf annehmen und das erreichbare Proquantum bestimmter Qualität für 8 Kr., das Fleischquantum mit Angabe der in der Haushaltung der Arbeiter üblichen Sorte für 5 Kr., die Anzahl von Litern Milch für 3 Kr. und der Zentner Kohle für 4 Kr. feststellen. Man wird dann zu der Rechnung kommen, daß der Lohn des Arbeiters beim Tarifvertragsabschluß zum mindesten zu betragen habe: 30 Kr. = 10 Kr. + a Kilogramm Brot + b Kilogramm Fleisch der bestimmten Sorte + c Liter Vollmilch + d Zentner Steinkohle. Nach jedem Vierteljahr hätte das Schiedsgericht zusammenzusetzen und festzusetzen, wie viel 10 Kr. + a Kilogramm Brot usw. in Wien kosten. Danach wäre der Geldlohn im kommenden Vierteljahr zu berechnen, so daß stets die gleiche Menge Nahrungsmittel um die Lohnsumme zu kaufen wäre! Nach Ablauf eines Jahres kann die Lohnsteigerung von 1,20 Kr. in gleicher Weise auf Geld, Brot, Fleisch, Milch und Kohle verteilt werden. Im ersten Augenblick mag es scheinen, daß dieses System zu kompliziert ist, zu Streitigkeiten Anlaß geben könnte. Die Durchführung würde aber zeigen, daß die Schwierigkeiten weit geringer sind, als sie uns, die wir an das reine Geldlohnsystem gewöhnt sind, erscheinen. Es mag ja der Anfang, wie jedes neue Beginnen, mit mancherlei Schwierigkeiten verknüpft sein. Nur kräftige, gut geleitete Organisationen von Arbeitern und Unternehmern werden für betrieblige Tarifverträge die erforderlichen Voraussetzungen bieten. Ist einmal der Anfang gemacht, so werden sich der Verbreitung dieses Systems nur nach verhältnismäßig geringe Schwierigkeiten entgegenstellen.

Daß die Unternehmer in seinen Vorschlägen wieder mal eine Gefahr für die Industrie erblicken werden, sieht Genosse Braun voraus. Der Haupteinwand dürfte der sein, daß mit Einführung des veränderlichen Lohnes die Kalkulationen erschwert würden. Gegenüber sei darauf hinzuweisen, daß teilweise viel wichtigere Faktoren als der Lohn heute schon jeder fixen Berechnung entzogen seien. Da komme in Betracht das ununterbrochene Schwanken der Rohstoffpreise, die Veränderlichkeit des Zinsfußes usw. Die Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.: H. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hier zu 4 Heften u. Unterhaltungsschl.

Berücksichtigung seines Vorschlages schaffe auf der anderen Seite den gar nicht hoch genug zu veranschlagenden Vorteil, daß sie aus hunderttausenden Einzelwirtschaften die Unruhe ausschalte. Er sagt dann weiter:

Gelingt es unserem Vorschlage, die Zustimmung der Gewerkschaften zu finden, gelingt es den Gewerkschaften, durchzuführen, was wir ihnen hier empfehlen, so wird die Stellung unserer Unternehmer in allen wirtschaftspolitischen Fragen eine gründliche Aenderung erfahren. Den Unternehmern fehlt der Antrieb zum Widerstand nicht nur gegen eine Erhöhung der Lebensmittelpreise, sondern auch gegen das indirekte Steuersystem und gegen alle verwandten, den Massenkonsum bestimmenden Maßregeln des Staates und der agrarischen Vereinigungen. In dem Augenblick, wo es gelingt, in umfangreichem Maße die Verteuerung der Lebensmittel von der Masse der Arbeiter auf die Unternehmer abzuwälzen, in diesem Augenblick wird die Abneigung gegen die direkten Steuern, wird die fanatische Vorliebe für neue indirekte Steuern bei den Unternehmern aufhören. Von diesem Augenblick an wird das Unternehmertum das offene und geheime Bündnis mit den Agrariern oder die Duldung der agrarischen Politik aufgeben, das Unternehmertum wird dann erst zu einer klaren Industriepolitik getrieben, das Unternehmertum wird dann das fördern und unterstützen, was die Vertreter der Arbeiter zum Zwecke der Entfaltung unserer wirtschaftlichen Kräfte immer wieder von neuem in den Parlamenten und in den Gemeindevereinigungen gefordert haben.

Die Stellung der wirtschaftspolitischen Parteien zueinander würde bei Durchsührung unserer Methode erhebliche Änderungen erfahren. Die Unternehmer, die bisher dem agrarischen Uebermut keinen Widerstand entgegensetzten, würden nothgedrungen der agrarischen Politik im Staate und auf dem Markte Widerstand entgegensetzen, wenn nicht mehr die Arbeiter, sondern sie selbst die Folgen der Preissteigerungen zu tragen hätten.

Es ist ein Vorzug der gewerkschaftlichen Politik, daß sie nicht leicht verführbar ist, daß sie immer wieder durch die Entwicklung des Kapitalismus, durch unerwartete wirtschaftliche Konstellationen zu neuen Methoden, zur Ueberprüfung der alten gezwungen wird. Die allgemeine Lebensmittelperteuerung, die den Erfolg der gewerkschaftlichen Aktion vielfach aushebt, ihn sonst häufig in Frage stellt, ihn niemals zum vollen Gewinn gedeihen läßt, nötigt zu neuen Kampfmethoden, zwingt zur Ueberprüfung der alten. Der gegenwärtige Epochen der Agrarier, die Gleichgültigkeit des Unternehmertums, die schweren Sorgen des Proletariats zwingen uns, den Kampf mit neuen Waffen aufzunehmen, zwingen uns, den Kapitalismus, dem wir gegenüberstehen, verantwortlich zu machen für die Verschlechterung der Lebenshaltung, für die Verminderung der Ernährungsmöglichkeit der Arbeiter.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes!

Die am 5. d. M. erfolgte Wahl eines weiteren Angestellten für die Kasse ergab folgendes Resultat:

Karl Schmidt, Fernmacher, erhielt 4506 Stimmen,
Vollmer, Dreher, 3837 Stimmen.
Schmidt ist somit gewählt.

Die Ortsverwaltung.

Die Tarifbewegung der Maler.

Am Sonntag nahm eine sehr stark besuchte, in der „Neuen Welt“ abgehaltene Versammlung der Berliner Mitglieder des Malerverbandes Stellung zu dem Reichstaxi, welcher aus dem im November unter Leitung der Unparteiischen geprüften Verhandlungen hervorgegangen ist. Der Referent Jakobiet führte nach eingehender Besprechung der Verhandlungsergebnisse aus: Er hätte an dem Tarif manches anzusehen, aber man müsse bedenken, daß in einem für das ganze Reich geltenden Tarif nicht alle Wünsche, welche in den verschiedenen Orten geltend gemacht werden, berücksichtigt werden können. Eine Entscheidung darüber, ob wegen des Reiches in den Kampf eingetreten werden solle oder nicht, könne erst getroffen werden, wenn nach Fortsetzung der Verhandlungen die Resultate über Lohnhöhe und Arbeitszeit vorliegen, die ja örtlich geregelt werden sollen und zurzeit noch völlig unerledigt sind. Wenn die Hamburger Kollegen den Reichstaxi abgelehnt haben, so erklärte sich das daraus, daß in Hamburg ein Einheitslohn besteht, während der Reichstaxi verschiedene Lohnstufen vorsieht. An den Berliner Verhältnissen werde in dieser Hinsicht durch den Reichstaxi nichts geändert. Der Referent ersuchte um Annahme des Tarifs und um Autorisierung zur Fortsetzung der Verhandlungen über Lohnhöhe und Arbeitszeit.

In der sehr ausgedehnten und lebhaften Diskussion wurde der vorliegende Reichstaxi scharf kritisiert. Als sehr bedenklich und deshalb unannehmbar wurde die Leistungsklausel erklärt. Der Tarif bestimmt, daß die Arbeiter zu einer entsprechenden Gegenleistung verpflichtet sind und der Arbeitgeber, wenn die vom Tarifant festzusetzende Normalleistung von dem Arbeiter nicht erreicht werde, einen Lohnabzug bis zur Höhe von 10 Proz. machen kann, daß für Rechtsleistungen aber ein entsprechender Zuschlag zu gewähren ist. Gegen diese Bestimmung wurde eingewandt: Die Arbeitgeber würden für eine möglichst hohe Festsetzung der Normalleistung sorgen, dann würden Lohnabzüge wegen Nichterreicherung der Normalleistung häufig vorkommen. Andererseits spreche der Tarif keine bindende Verpflichtung zur Entschädigung der über die Norm hinausgehenden Leistung aus. Ein Teil der Arbeiter würde aber, in der Hoffnung, für die Rechtsleistung einen höheren Lohn zu bekommen, bestrebt sein, die Normalleistung zu überschreiten. So würde eine Hezerei bei der Arbeit entstehen, die weder für die Arbeiter noch für die Arbeit von Vorteil wäre. — Der Referent sucht die Bedenken gegen die Leistungsklausel zu zerstreuen, indem er darauf hinweist, daß eine derartige Klausel in verschiedenen Orten besteht und die daran geknüpften Befürchtungen nicht eingetroffen seien. Wenn auch die Unternehmer an möglichst hohen Leistungen der Arbeiter ein Interesse haben, so läge es doch nicht in ihrem Interesse, die tarifliche Normalleistung möglichst hoch anzusetzen, da diese ausgesprochenenmaßen eine Grundlage bilden solle für die Kalkulation bei Kostenanschlägen. Die für Leipzig zurzeit geltende Normalleistung stelle keine zu hohen Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Arbeiter und bleibe wesentlich zurück hinter dem, was in Berlin schon seit Jahren von den Arbeitern verlangt werde, ohne daß hier eine Leistungsklausel bestand.

Bedenken wurden auch erhoben gegen die Bestimmung, welche den Lohn im ersten Jahre nach der Lehrzeit sowie den Lohn für alte, minderleistungsfähige Arbeiter der freien Vereinbarung überläßt. Ferner wurde der Vorschlag bekämpft, nach dem Meister wie Gesellen, welche gegen die Bestimmungen des Tarifs verstößen, aus ihrer Organisation auszuschließen sind. — Die Redner, welche sich gegen diese Bestimmung wandten, meinten, es wäre doch zu hart, wenn jemand, der vielleicht ohne Absicht gegen eine neben-sächliche Tarifbestimmung verstöße, mit dem Ausschluß bestraft werden würde. — Es wurde verlangt, daß alle in der Debatte bekämpften Bestimmungen aus dem Tarif entfernt werden müßten, wenn er auf Annahme rechnen solle. Die Opposition richtete sich nicht gegen den Abschluß eines Reichstaxi schlechthin, sondern nur gegen die angeführten Bestimmungen des vorliegenden Tarifs. Jakobiet trat in seinem Schlusswort den von den Dis-kussionsrednern erhobenen Einwänden entgegen und ersuchte die Versammlung, ihren Beschluß so zu fassen, daß die Verhandlungen über Lohnhöhe und Arbeitszeit fortgesetzt werden können.

Für die Abstimmung wurden zwei Fragen formuliert:

1. Soll der vorliegende Reichstaxi angenommen werden?
 2. Soll die Kommission die zentralen Verhandlungen über Lohnhöhe und Arbeitszeit fortsetzen?
- Die Versammlung war von etwa 3000 Mitgliedern besetzt. Ein Teil derselben enthielt sich der Abstimmung. Die erste Frage wurde mit einer sehr großen Mehrheit der abgegebenen Stimmen

verneint, die zweite Frage mit allen gegen wenige Stimmen bejaht. — Die Versammlung hat sich also gegen durch Vereinbarung und Schiedspruch zustande gekommene Tarifminder, aber für Fortsetzung der noch ausstehenden Verhandlungen erklärt.

Deutsches Reich.

Achtung, Rohrleger! In dem Zweiggeschäft der Firma Thier-gärtner und Holz u. Witzmer, G. m. b. H., Breslau, Installation und Heizungsanlagen, sind ernste Differenzen ausgebrochen, welche zur Niederlegung der Arbeit sämtlicher Monteure und Helfer geführt haben. Die Firma verlangt von ihren Arbeitern, daß sie bedeutend unter dem Tarif arbeiten sollen, und motiviert ihr Verhalten damit, daß genügend Berliner (!) Rohrleger zu diesen Preisen arbeiten wollen.

Es handelt sich in der Hauptsache um eine größere Arbeit in Bad Salzbrunn i. Schl. und ersuchen wir die Kollegen, Arbeit bei genannter Firma unter allen Umständen zu verweigern. Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Breslau.

Der Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe in Wiesbaden kündigte den Lohnarif für die Damenschneider per 1. März 1910. Gleichzeitig legte er einen neuen Tarifentwurf vor, der den Minimallohn für Schneider um 6 M., für Hilfsarbeiter um 3 M. kürzt. Hilfsarbeiter und Aenderungsarbeiter sollen nur noch 24 M. Wochenlohn erhalten. Es handelt sich um Qualitätsarbeit. Die Arbeiter sind fast ausnahmslos organisiert. Die Arbeiter-versammlung lehnte das Angebot einmütig ab.

Ausland.

Die australischen Gewerkschaften erörtern jetzt sehr ernsthaft die Notwendigkeit der Abänderung der bisherigen aus England und Amerika importierten Fachorganisationsform durch die Industrieorganisation. Dem nächsten Gewerkschaftskongress werden eine Reihe solcher Anträge vorliegen. Auch wird die Schaffung eines gemeinsamen Widerstandsfonds verlangt.

Sum Streit der australischen Kohlengräber wird aus Sydney berichtet, daß der Vorsitzende und der Sekretär des Bergarbeiterverbandes sowie andere Führer der Ausschüssigen beschuldigt worden seien unter dem Vorwande, sie hätten eine „Verschwörung“ angezettelt. Nach einer späteren Meldung wurden sie gegen Stellung einer Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Gefahren der Zelluloidindustrie.

Beim Streik in der Zelluloidwarenfabrik der Gebrüder Wolf in Alzenberg wurden feuerzeit ganze Wagenladungen Arbeiten im dortigen Zelluloidfabrik hergestellt. Da muß man fragen: Kennen denn die Behörden nicht die Gefahren, denen Zelluloidarbeiter ausgesetzt sind? Wissen die Behörden nichts von der großen Zahl Brände in Zelluloidbetrieben? von den Verlusten an Menschenleben? und daß oft nur Rettung unter den schwierigsten Verhältnissen möglich war? Da ist es am Plage, nochmals auf die Unglücksfälle in diesem Gewerbe aufmerksam zu machen.

In folgendem nur eine kleine Liste von Bränden, die wir feststellen konnten, und die Verlustziffern:

Im Jahre 1899 in Leipzig bei Engelmann u. Richter, Verlust eine ganze Familie und vier Tote. Im Jahre 1900 Brand in Berlin bei Döbberin: Teils schwere, teils leichte Verletzungen. Im selben Jahre in Berlin bei Trauer u. Zander. 50 Beschäftigte schwebten in Lebensgefahr; die Ausgänge waren durch Flammen versperrt. Die Rettung wurde durch den Fahrschubdienst ermöglicht. Dieser Brand entstand durch Entzündung von Zelluloidstaub an einer elektrischen Glühbirne. Im Jahre 1901 in Berlin bei Döbberin. Das Fabrikgebäude brannte vollständig aus. Der Brand brach vor Beginn der Arbeitszeit um 6 Uhr früh aus. Feuerwehreinheiten wurden durch Stachlammern verlegt. Im Jahre 1904 in Nürnberg bei der bestellten Firma Gebrüder Wolf, 47 Drechsler waren beschäftigt; die Rettung gelang nur durch Fenster. Entzündet hatte sich beim Abfeuern von Fahrradbesten das Zelluloidmaterial, als es auf einen laufenden Rapsen gedrückt wurde. In Berlin, Greifswalder Straße, brannte ein Zelluloidlager, bei welchem Brand eine Anzahl Hausbewohner verletzt wurden. Im Jahre 1907 in Weidpolsheim bei Strahburg im Elsaß. Das furchtbare Brandunglück forderte 22 Tote, meist jugendliche Arbeiterinnen und Arbeiter. Im Jahre 1908 in München bei Pensberger fanden hintereinander vier Brände durch Selbstentzündung statt. 40 Arbeitern war der Ausgang versperrt; durch Hitze von außen wurde das Feuer gedämpft. Im Jahre 1908 in Berlin bei Pfeister, Michaelstr. Ein fünfzehnjähriger Knabe tot, eine Reihe Mädchen körperlich geschädigt, davon zwei in Krankenhausbehandlung. Im Jahre 1908 in Eilenburg ein Brand in der Zelluloid-Rohstofffabrik, bei dem drei Tote und zehn Verletzte gezählt wurden. Dann als furchtbares Unglück im Jahre 1908 in Wien bei Gebrüder Sailer. Verlust: sechzehn meist jugendliche Menschenleben. Zu diesem Brand schrieb am 11. Juni 1908 das Wiener „Fachsblatt der Drechsler“, anlässlich der Verhaftung der Brandstifter durch den Minister des Innern, Wienerrth: „17 verlorste, zumeist jugendliche Menschenleben, lagen vor den Füßen seiner Erzelenz, dem Minister des Innern, Wienerrth. In diesem Augenblick traten dem Minister wehmüttsvolle Tränen an den Augen. Er sprach feierlich zu seiner lebenden Umgebung, daß nun, angeht die graniamen Todesopfer, tunlichst etwas geschehen müsse, wie es die österreichische Regierung schon versprochen hat.“ Diese Regierung hat das Wort des Ministers eingelöst; denn nach wenigen Wochen hat sie eine sehr zweckmäßige Verordnung erlassen.

Weitere Brände fanden statt in Dresden, Pforzheim, Raumburg, Grefeld u. a. mehr, in den meisten Orten wiederholt. Und fragt man nach den Ursachen, so wurden in Dresden und Leipzig je ein sechzehn- bis siebzehnjähriger Curale wegen angeblicher Brandstiftung verurteilt. Auch im Wiener Fall soll ein siebzehnjähriger junger Mann das Unglück verschuldet haben; derselbe befand sich aber unter den Opfern. So hat die Proffizität der Unternehmer also eine Reihe Menschenleben auf dem Gewissen. Und da tritt in diesem Kampfe die Regierung auf die Unternehmenseite! Da wird dieses feuergefährliche Material selbst in Strafanstalten angeliefert, um mit Hilfe Strafgefangener die Arbeiter niederzuknüppeln zu helfen.

Aufgabe der Arbeiterpresse muß es sein, dieses Vorgehen der Behörden niedriger zu hängen. Die politische wie gewerkschaftliche Presse wird um Abdruck gebeten.

Die Zentralkommission für die Stod- und Kamminindustrie Deutschlands.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Feuerschiff vom Sturm vertrieben.

Bremen, 6. Dezember. (B. L. B.) Der in Nordenham angekommene Dampfer der Oldenburg-Portugiesischen Dampfschiffreederei „Alga“ meldet, daß das Feuerschiff „Terfelling“ gestern morgen um 6 Uhr um Hilfe signalisierte. Das Feuerschiff ist anscheinend von seiner Station vertrieben und der Leuchtapparat in Unordnung.

Die türkisch-persische Grenzfrage.

Konstantinopel, 6. Dezember. (B. L. B.) Die Pforte unter-nahm Schritte bei der persischen Regierung wegen des drohenden Zusammenstoßes türkischer Truppen mit persischen Irregulären in der kritischen türkisch-persischen Grenzzone.

Reichstag.

5. Sitzung. Montag, den 6. Dezember, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Tirpitz.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Interpellationen Albrecht und Genossen (Soz.) und Dr. Leonhart und Genossen (Freisinnige Parteien) über den

Werftbetrieb in Kiel.

Die sozialdemokratische Interpellation lautet:

„Mit dem Reichsanzeiger bekannt, daß bei den gerichtlichen Verhandlungen über die Unterschlagungen auf der Werft in Kiel Unregelmäßigkeiten und Mißstände in der Verwaltung der Reichswerften festgestellt worden sind, und was gedenkt der Herr Reichsanzeiger zu tun, um eine geregelte und wirtschaftliche Geschäftsführung in den Werften der Reichswerften herzustellen?“

Die freisinnige Interpellation fragt ebenfalls, ob der Reichsanzeiger Maßnahmen treffen will, um Unregelmäßigkeiten und Unterschleife im Betriebe der kaiserlichen Werften in Zukunft zu verhindern und eine sparsame Wirtschaft sowie eine nach kaufmännischen Grundfahen eingerichtete Buchführung und wirksame Kontrolle im Werftbetrieb zu sichern.

Zur Begründung der freisinnigen Interpellation erhält das Wort

Herr Dr. Leonhart (fr. Sp.): Das letztmal wurde der Marineetat bekanntlich debattiert. Inzwischen haben sich in dem Kieler Prozeß schwere Mißstände ergeben. Es sind Unterschlagungen beim Verkauf von Altmaterial vorgekommen, und wenn auch die Angeklagten freigesprochen sind, so ist doch die Marineverwaltung nicht freigesprochen.

(Sehr richtig! links.) Persönlich sind unsere Beamten und Offiziere erfreulicherweise intakt aus der Verhandlung hervorgegangen, aber das Verwaltungssystem ist aufs schärfste zu beurteilen; es hat sich als geradezu sinn- und zwecklos herausgestellt. Vor allem ist zu beklagen der ungeheure Einfluß der Bürokratie auf den wirtschaftlichen Betrieb der Werft. Die Ausschüsse sind meist ohne Sachkenntnis, aber ihr Einfluß geht doch so weit, daß sogar Vorschläge der technischen Behörden nicht ausgeführt werden konnten. Eine Buchführung im kaufmännischen Sinne hat man auf der kaiserlichen Werft nicht gekannt. (Hört! hört! links.) Die einzige Kontrolle liegt in den Revisionen, und diese sind meist äußerst mangelhaft. So ist es kein Wunder, daß sich die Mißstände beim Verkauf des Altmaterials 20 Jahren hindurch halten konnten. Wie ist es übrigens möglich, daß der Magazinleiter Heinrich bis zum 74. Lebensjahre im Dienst blieb? Man ist doch sonst so leicht bei der Hand mit Pensionierungen! Die Zahl der Beamten ist dabei gerade auf der kaiserlichen Werft ungeheuer groß, viel größer als auf den englischen Werften. Die Schuld daran liegt an der vielen unproduktiven Schreibarbeit. Was hat jetzt zu geschehen? Es ist eine Kommission eingesetzt, in der Verwaltungsbeamte die Mehrheit haben, die also von vornherein nicht geeignet sind, ihrem Vorposten gegenüberzutreten. (Sehr richtig!) Man rüst nach einer tüchtigen kaufmännischen Kraft, aber eine solche wird in einem staatlichen Betriebe so eingeengt, daß sie selbst ebenso schnell ein Bürokrat wird wie die anderen. Die Krone der Vorschläge der Kommission ist: das Personal noch um einen Assessor zu vermehren! (Weiterkeit.) Die Herren haben in ihrem jetzigen Amtsbereich nichts geleistet, und deshalb soll ihre Zahl vermehrt werden! (Weiterkeit.) Wir leben allerdings in einer Zeit, in der wir begründete Aussicht auf eine grundlegende Reform nicht haben. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Leider!) Jedenfalls ist zu fordern, daß die technischen Betriebe selbst einkaufen und verkaufen. Notwendig ist eine kaufmännische Buchführung und eine sachgemäße Revision des Rechnungswesens. Nicht ein Kaufmann, aber kaufmännischer Geist muß in die Werftverwaltung einziehen. Vor allem notwendig ist auch eine Umänderung des Submissionswesens, das ganz engherzig bürokratisch gehandhabt wird. Alle Kreise in Deutschland, die es mit der Flotte gut meinen, sind von den Vorgängen in Kiel schmerzlich bewegt und belagern aufs tiefste, daß so mit dem Gelde der Steuerzahler gewirtschaftet wird. Eine ähnliche Verschwendung wie auf der Werft herrscht bei der ganzen Flotte, ich

erinnere nur an die luxuriösen Kaiserzimmer! Kaufmännischer Geist und Sparsamkeit müssen dort einziehen bis in die höchsten Spalten. (Zustimmung bei den Freisinnigen.) Alle bürgerlichen Parteien sind sich darüber einig, daß wir eine den wachsenden Bedürfnissen einer Großmacht angepaßte Flotte haben müssen, aber wir sind es unseren Wählern schuldig, dafür zu sorgen, daß das Geld der Steuerzahler nicht verschleudert wird. Sparsamkeit ist auch hier eine nationale Tat. (Bravo! links.) Die Interpellation Albrecht (Soz.) begründet

Herr Dr. Albrecht (Soz.):

Der allgemeinen Kritik des Herrn Vorredners habe ich nicht viel hinzuzufügen. Ich erinnere übrigens daran, daß vor circa 5 Jahren auf der Werft Wilhelmshaven ein ganz ähnlicher Fall passierte, wie jetzt in Kiel. Damals wurde ein Magazinverwalter angeklagt, der bei einem Gehalt von 1800 M. es fertig gebracht hatte, sich ein Vermögen von 18000 M. zu ersparen! Es passiert bei uns in Deutschland ja so manches. Aber eine dürfte doch auch hier nicht möglich sein, daß nämlich die Beamten, unter deren Oberaufsicht diese Vorkommnisse sich ereignen konnten, ihre Stellung beibehalten. Ich glaube, der Herr Staatssekretär wird geneigt sein, sich da nach Erfolge umzusehen, und da würde ich ihm empfehlen, als Oberwerftsdirektor Herr Frankenthal anzustellen (Weiterkeit), denn dieser hat gezeigt, daß er über die Verhältnisse auf der Werft weit besser unterrichtet ist als die bisherigen Leiter der Werft, und zweifellos würde an ihm auch eine geeignete kaufmännische Kraft gewonnen sein, die sicher auch in der Lage wäre, das nötige technische Personal auszusuchen. Einen Herrn wie den Oberwerftsdirektor, der erklärte, daß es ganz richtig sei, wenn ein Mast für 50 M. verkauft und dann für 1000 M. wiedergekauft wird, würde er allerdings nicht als technischen Beamten anstellen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ebenfalls wenig den Herrn Assessor Freier, der erklärte, die kaiserliche Werft sei nicht dazu da, kaufmännisch geleitet zu werden, sondern sie habe dafür zu sorgen, daß die Schlagfertigkeit der Flotte garantiert wird. Eine solche Aeußerung charakterisiert die ganze Auffassung, die diese Herren von ihren Pflichten haben; sie beweist aber auch, wie wenig sie in der Lage sind, die ihnen übergebenen Aufgaben zu erfüllen. Wären wir in Deutschland schon so weit, daß man bei Interpellationen Anträge stellen könnte, so würden wir schon jetzt beantragen, eine parlamentarische Untersuchungskommission einzusetzen, die einmal die ganzen Verhältnisse auf der Werft nachprüft, nicht nur die Dinge, die sich bei diesem Prozeß ergeben haben. Bei der zweiten Beratung des Marineetats werden wir einen solchen Antrag jedenfalls einbringen, denn es handelt sich nicht nur um das, was in diesem Prozeß festgestellt ist, sondern um

weit größere Mißstände, die dauernd auf der Werft bestehen, von denen wohl die Werftverwaltung zum Teil unterrichtet ist, die zu beseitigen sie sich aber bisher als unfähig erwiesen hat. Es ist das auch leicht erklärlich. Keinem Ressort werden so freiwillig die Mittel seitens des Reichstags zur Verfügung gestellt wie der Marine. Der Reichstag könnte ebensogut wie die einzelnen Positionen so den ganzen Marineetat als Pauschquantum bewilligen, denn irgendwelche Kontrolle, ob die Mittel, die für die einzelnen Ausgaben vorgesehen sind, dafür verwendet werden, was die Ueberschüsse bleiben, woher Unterbilanzen gedeckt werden, hat der Reichstag nicht! Wenn für einen großen Kreuzer 28 Millionen Baukosten und 10 Millionen für Armierungen bewilligt werden, so werden diese Summen natürlich nicht glatt aufgebraucht. Es ergeben sich Ueberschüsse, und daher resultiert es dann, daß die einzelnen Herren Beamten sich aus dem Reichsschatz Anschaffungen leisten können! Ich glaube daher schon heute die Hoffnung aussprechen zu können, daß der Reichstag, wenn wir mit unserem Antrag später kommen, endlich einmal Ernst macht mit der Prüfung der Verhältnisse. Daß diese Vorkommnisse möglich waren, liegt an der ganzen militärischen Organisation der Werftverwaltung. Wir ist mitgeteilt worden, daß es sogar vorkommen konnte, daß Schiffe auf Stapel gelegt wurden, für die der Reichstag die Mittel noch nicht einmal bewilligt hatte. Das ist eben nur möglich aus den Ueberschüssen, die aus den Pauschquanten herkommen. Unter der militärischen Organisation, die auf der Werft vorhanden ist, müssen solche Dinge sich abspielen.

Die ganze Organisation ist faul, und deshalb müssen auch die Ergebnisse faul sein. Mein Vor-

redner hat schon darauf hingewiesen, daß eine zu große Zahl von Beamten auf der Werft beschäftigt sei. Ich kann seine Ausführungen noch nach einem Artikel der „Berliner Nachrichten“ ergänzen. Je 1000 Offiziere und Beamte kommen auf 5500 Arbeiter, also auf je 8 Arbeiter kommt immer ein Offizier und Beamter, ganz abgesehen von den Vorarbeitern, die hier noch gar nicht mitgerechnet sind. Bei einem solchen Heer von Beamten muß ja eine Mißwirtschaft eingreifen. Dieses Heer von Beamten bildet meiner Meinung nach eine Gefahr für einen geordneten Betrieb. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Jahre 1906 hat der Leiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes dem Reichstag eine Denkschrift unterbreitet, in der eingehende Darlegungen darüber gegeben sind, wie unbehaltensmäßig groß die Zahl der Beamten auf der Kieler Werft gegenüber der Zahl der Arbeiter ist. Ich empfehle Ihnen eine eingehende Nachprüfung dieser Denkschrift. Sie werden dort dargelegt finden, daß unter diesem System andere Ergebnisse, als wie sie vorliegen, gar nicht möglich sind. Es ist in der Denkschrift auch nachgewiesen, daß in bezug auf die Technik beim Schiffbau große Mängel bei den Beamten vorhanden sind. Es sind dort Tatsachen angeführt, aus denen hervorgeht, daß

von einem geordneten Wirtschaftsbetrieb auch nach der rein technischen Seite hin auf der Werft in Kiel nicht die Rede sein kann. Ich will die einzelnen Fälle nicht noch einmal anführen, da sie ja gedruckt in den Reichstagsakten zu befinden. Ich will sie nur noch durch einige Tatsachen ergänzen, um zu zeigen, welche Mißwirtschaft auf den Werften herrscht und daß die bessere Hand angelegt werden muß nicht bloß beim Verkauf von Altmaterial, sondern auch an anderen Stellen.

Ständig erhalte ich Mitteilungen darüber, wie wenig auch die technischen Beamten den an sie zu stellenden Anforderungen genügen. Die Namen meiner Gewährsmänner kann ich nicht nennen, denn das würde für sie, die Familienväter sind, eine Mahnung bedeuten. Ich habe den Leuten gesagt: um eine Besserung zu erreichen, müßte auch das Opfer einer Mahnung ertragen werden, vorausgesetzt, daß wir einen Erfolg erzielen. Mein Bedenken ist aber, daß wir durch derartige Ausführungen nicht zur Besserung kommen werden, wenn nicht der Reichstag einmal ernst macht und selbst Hand anlegt, um die Besserung zu erreichen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Staatssekretär wird doch jedenfalls nachher bei der Beantwortung der Interpellation sagen: es ist alles in bester Ordnung, und alles, was der Kieler Prozeß gezeigt hat, sind nur kleine Schönheitsfehler. (Große Weiterkeit.) Leider liegen die Dinge nicht so, es sind große Fehler, die in der ganzen Organisation des Systems liegen. (Vehementes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich will also

einige Beispiele

anführen, die zeigen, wie auf der Werft gewirtschaftet wird. Im Jahre 1900 verkaufte der Marineetat ein Grundstück, das mitten im Nahen der Werften lag, für

160 000 M.

an zwei Privatleute. Diese konnten es für Baugründe nicht verwenden, weil es eben in Werftstraßen lag, sie hatten es auch nur auf Spekulation gekauft. Und nach drei Jahren sah sich dann der Fiskus auch genötigt, die beiden Grundstücke zurückzukaufen, und zwar für

225 000 M.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine solche Dummheit kann ja auch anderen Leuten passieren, aber die Herren von der Marineverwaltung, denen sie passiert, sollten sich nicht so aufs hohe Ferkel setzen, wie sie es bisher hier im Reichstag immer getan haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun etwas Allgemeines aus der Verwaltung: Die Zurechnung von geliefertem Material erfolgt in den Magazinen nicht. Was einmal ausgeliefert ist für den Bau eines Schiffes oder für einen anderen Zweck, wird als veranlagt gerechnet und nicht wieder zurückgenommen! Ein Bürokrat kann sich ja natürlich nicht irren. Wohin das führt, dafür einige Beispiele: Zum Anstrich eines Schiffes wurde Farbe gebraucht. Das verbrauchte Quantum ist nicht immer das gleiche, sondern der Verbrauch der Farbe richtet sich nach dem Wetter. Bei feuchtem Wetter ist mehr erforderlich als bei trockenem. Nun war ein Schiff bei sonnigem Wetter gestrichen, und es waren zwei Fässer Oelfarbe übrig geblieben. Wohin damit? Die Arbeiter trugen sie ins

Kleines feuilleton.

Theater.

Kleines Theater: „Geuchler“, Komödie von Bernhard Shaw. Die vom Ueberreifer Treibisch „Geuchler“ gekaufte Komödie „Widowers House“ gelangte unter dem Titel „Die Häuser des Herrn Sartorius“ bereits vor ein paar Jahren in der freien Volkshöhle zur Aufführung. Es ist das Älteste der Shaw'schen Lustspiele. Die Londoner Premiere 1889 war eine Theaterkatastrophe. Die Sozialisten, erzählt der Verfasser in dem interessanten Vorwort zum Sammelbande seiner „Unerfreulichen Stücke“, kritisierten aus prinzipiellen Gründen während des Aufführungs, während das übrige Publikum aus demselben Grunde wie rasend dagegen demonstrierte. Es gab keinen Erfolg, doch einen Aufbruch. „Mein Streben in allen diesen Stücken“, heißt es dann weiter, „ging dahin, die dramatische Form zu benutzen, um die Zuschauer zu zwingen, unerfreulichen, nicht durch irgend ein individuelles Verstandes erzeugten, sondern in der gegebenen gesellschaftlichen Organisation selbst begründeten Tatsachen ins Gesicht zu sehen.“ Frau Warrens, die ihren Reichtum einem jämmerlichen Gewerbe verdankt, verteidigt sich vor ihrer Tochter damit, daß sie im Grunde nach ganz demselben geheiligten Prinzipien des Geldverdienens verfährt, die in der sogenannten respektablen Gesellschaft gelten. Wenn man gegen Fabrikanten, die wissentlich durch ihre Hungerlöhne Scharen von Mädchen der Prostitution in die Arme treiben, nichts einzuwenden habe, so sei es albern, gegen Leute, die aus dieser Lage Nutzen ziehen, den Vornstrahl sittlicher Enttarnung zu schleudern. Ganz ähnlich, nur unter größerer Wahrung des Dekorums, argumentiert Sartorius, der millionenschwere Barverdiener, gegenüber dem im Ueberflusse aufgewachsenen, fröhlichen moralisierenden Trench, seinem angehenden Schwiegersohne. Der junge Herr, der eine Rente von vierzehntausend Mark aus einer ererbten Hypothek bezieht und diese Summe für das von Gott und Rechtswegen ihm gebührende Existenzminimum erachtet, fühlt sich im höchsten Maß desinteressiert, da er erfährt, was für Höhlen und Katakomben Sartorius Häuser sind, mit welcher infam brutaler Habgier der Ehrenmann aus den Kerker der Armen den wucherlich heraufgeschraubten Wetzstein anspricht. Sein Gentlemenbewußtsein revoltiert. Er will, daß seine Braut auf die Mühsal aus einem so erworbenen Vermögen verzichtet. Aber der schöne Clan verpufft auf der Stelle, als Sartorius ihm andeutscherhand jene Hypothek, die Basis des Trench'schen Gentlemenadaseins sei auf eben die Schulden eingetragenen, die Rente könne in dieser Höhe nur durch die Praktiken solcher Art herausgewirtschaftet werden. Die gleiche schamhafte Quelle speist sie beide. Der rasch Verlethte muß am Ende noch froh sein, daß die hübsche, indes ebenso zänkische Dame seines Herzens, die ihm ob seiner Junimutung sofort den Lauspaß gab, ihn nunmehr in Gnaden wieder aufnimmt.

Die soziale Note des Ganzen fand wenig Interesse, man demonstrierte weder für noch gegen und lächelte das Stück wie ein gewöhnliches, allein auf Amüsement abzielendes Lustspiel aufzufassen. Herr Ziegel übertrieb für mein Gefühl im Spiel die

starre Steifheit von Sartorius etwas. Klein-Rhoden wählte mit der feinsparadisiischen Figur des allflug glatten Salonchwägers Trench nichts Sonderliches anzufangen. Gut war Herrn Adalberts von des Gedankens Wäse unangekündeter, naiver Trench und Herr Grandis verzogenes Fräulein Sartorius, ausgezeichnete Bel in der Rolle des halb verungewarten demüthigen Wirkheimtreibers, der dann durch eine geschickte Verschiebung plötzlich zum geschäftigen Geschäftsfreund des früheren Chefs aufsteigt. Den Abschluß des Abends bildete eine lustige Vorstellung von Thomas in der Ueberbreitzeit schon von Wolzogen aufgeführter „Medaille“. Herrn Kottmanns prächtig urwüchsigem Weggermeister Kampf war die Krone der äußerst fideleu Festversammlung.

Neue freie Volkshöhle (Berliner Theater): „Doktor Eisenhart“ von Otto Falkenberg. Es lag wohl keine didaktische noch weniger eine zeitliche Notwendigkeit vor, den mittelalterlichen Charlatan und Quackfalter auf die Bühne zu bringen. Der Verfasser wollte zweifellos eine gute Komödie schreiben. Wertungswerte Anlage hierzu sind auch vorhanden; mehr freilich nicht. Zwar möchte es verlockend erscheinen, die auch in Drehers Komödie „Tal des Lebens“ den Angelpunkt bildende Fabel von der Beschaffung eines Thronerben durch einen Leibgardisten dem Doktor Eisenhart zu imputieren. Eisenhart ist aber auch glücklich verheiratet. Da er im Aufsteigt, sterile Frauen von ihrer Kinderlosigkeit kurieren zu können, so hat er überaus mächtigen Ruf. Außerdem verkauft er Zauberringe, die die geheimnisvolle Kraft besitzen sollen, Ueberdrücker zu überführen. In solchem Hause spielt nämlich der Stein — ein Stückchen Glas — im Reigen. Aus diesen beiden Motiven holt Falkenberg die Konflikte für die Handlung. Sie bestehen darin, daß Doktor Eisenhart die Kinderkur an der Herzogin nicht machen will, daß er jetzt vom Herzog mit Gewalt festgehalten wird, sich nun wohl oder übel bereit erklärt, aber zugleich das Honorar (3000 Goldgulden) verlangt. Serenissimus will bios den dritten Teil zahlen und das Ende dieser Auseinandersetzung ist, daß Eisenhart eingelockt wird. Ist nach zehn Monaten kein Thronerbe vorhanden, so soll er als Schwindler, Frauenhändler usw. projiziert und gehangen werden. Nun muß er die Kur an der Herzogin mit einer Untersuchung vor Zeugen einleiten. Da er aber seinem Weibe treu bleiben will, so zwingt er seinen Kammerling, einen jungen Grafen, das übrige bei der Herzogin fortzuführen. Er selbst wandert ins Gefängnis. Nach zehn Monaten wird für ihn der Galgen aufgerichtet. Er weigt aber schon, daß die Herzogin schwanger geht. Der Heiler, sein ehemaliger Handwurst und Zaubrer, vollzieht zwar die Aufschwängung, jedoch so, daß der Doktor lebendig und munter bleibt. Währenddem verhandelt Beschäftigter die Geburt eines Prinzen. Der Herzog eilt herbei, den Doktor zu begnadigen. Nun bringt dieser von der Bohre auf, kriegt seine Gulden und zieht mit seiner Frau vergnügt davon. Die ganze Handlung gibt dem Verfasser Gelegenheit zur Entfaltung turbulenten Volkssensens usw. Dennoch gibt das nur ein Zwitterding von derben Fossen und trivialen Situationen, worunter der Zug zur großen Komödie leidet. Immerhin verleiht sich Falkenberg ganz postell auf die Wirkung wirklicher Effektmittel im grotesken Stil der alten Faustspielkomödien. Mehr als die geschickte Galvanisierung eines Reigenamts ist's aber doch nicht. Die Dar-

steller bemühten sich redlich um die Fortführung eines wirklichen Lebens, was indessen auch nur teilweise gelang. Arthur Bergen gab in der Doppelrolle als Handwurst und Heiler neben Albert Heine (Eisenhart) eigentlich die schärfste Leistung. o. k.

Residenz-Theater. „Im Taubenschlag“, Schwank von Hennequin und Weber. Der von der Berliner Ausgabe des französischen Amateurtheaters ausgelebte Schwank lebt in seinem ganzen Genre von einer Mischung von Situationskomik, Witz und verhäßter Grotesk. Es genügt bei der neuesten Nummer, die doch nur wieder die Älteste ist und so wenig wie ihre Vorgängerinnen aus dem Leben schöpft, die untercheidenden Züge anzudeuten. Die komischen Personen sind ja doch bekannte Ladenhüter: die böse Sieben, der etwas dämliche Pantoffelheld, der sich nach Abenteuer sehnt (Trench), er stellt sich schwerhörig, der angehende Schwiegersohn, der den Reichen mimt, aber von seinem Verhältnis, einer mannstollen Korstin, verraten wird usw. Das höchste Satire, das die Schüssel folgen soll, befreit die angejahrte Verulkung eines ausländischen Königs, dem der amtliche Apparat Liebesabenteuer besorgt. Der zweite Akt bringt wie immer die Erlösung von der Langeweile des ersten durch die ungezählten Verwickelungen und das tolle Durcheinander. Im Hotel Taubenschlag, einem alibekommenen, wenn auch ungetauften Hause der Schwankbranche, geht der große Lohnwahn vor sich. Der Ehemann kommt zu seinem Abenteuer, da er für den fremden König gehalten wird, die böse Sieben in den Kohlenkeller, und der ungetreue Liebhaber der Korstin wird wieder eingekerkert und so Höhepunkt des Respekttheaters an einem Strich angebunden.

Aber der Trench, wo bleibt der Trench? Hier ist er: Im Vorraum des Hotels steht ein Amor, dreht man seine Flügel, so erscheinen an der Wand Spiegelbilder, die enthalten, was sich in den einzelnen Liebesabenteuern abspielt. Die geprüdelten Zuschauer genießen also Annehmlichkeiten, die sonst nur Schüssel- und Astlöcher genießen (und sind doch enttäuscht). Die Ausführung erinnerte in manchen Aufzügen an Herrnschloß-Theater, höchst dämlich war Alexander, raffig Herr Witt (die Korstin) und eine wirklich komische Alte Hel. Brahms.

Humor und Satire.

Politische Vereinsmeier. Meine Herren, um der Sozialdemokratie wirksam entgegenzuarbeiten zu können, ist es jetzt an der Zeit, noch einige bürgerliche Parteien zu bilden.

Der Konservative am Totenbette des Rational-liberalen: Bevor du stirbst, muß mir noch einmal die Stiefel, niemand kann es so gut wie du.

Millionenverdiener. Lese ich da neulich ein Inserat: Millionenverdiener nachgewiesen gegen Einleitung von einer Mark usw. — Klumpfuß, denke ich natürlich, riefere aus Reugierde aber doch die Mark. Was kriegt ich da als Antwort? „Nachst Sie Schäfte mit der kaiserlichen Werft in Kiel.“ (Simplicissimus.)

Magazin zurück, dort aber nahm man sie nicht, denn das gibt nicht, die müssen verbraucht sein. Wir irren uns nicht! Und so blieb nichts anderes übrig, als die Kisten nacheinanderweise in den Hafen hinauszufahren und ins Meer zu versenken! (Große Heiterkeit.)

Jum Bau einer Schiffskabine wird ein bestimmtes Quantum Holz geliefert. Auch hier richtet sich der Verbrauch danach, ob das Holz ganz fehlerlos ist, und auch nach der Qualifikation des Arbeiters. Aber Reste werden nicht zurückgeliefert, und wenn die Revision kommt, werden die wertvollen Reste einfach unter den Kessel geschoben, wo sie verschwinden. (Große Heiterkeit.)

„Abalbert“

waren Arbeiter mit dem Bau von Schotten beschäftigt. Sie warteten vier bis fünf Tage auf den Baumeister. Als dieser endlich erschien, sagte er: Das Ding ist 5 Millimeter dick, nicht wahr? — Jawohl, war die Antwort. — Na, da bauen Sie nur ein anderes von vier Millimeter! — Bei demselben Schiff ließ der Baumeister die Stiegeisen am Außenbord anzeichnen, um zu sehen, wie sie sich in ihnen ausnehmen würden! Bei dieser Gelegenheit sah ein Arbeiter die ganze Zeichnung und fand, daß die Löcher für die Stiegeisen einen Meter zu weit nach hinten vorgesehen waren! (Heiterkeit!) Beim Kreuzer

„Koon“

waren die Funkenlöcher vergessen, es wurde daher die ganze Arbeit wieder herausgerissen, und 16 000 Alts Platten und Winkelstahl wurden einfach ins alte Eisen geworfen! (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind so Mittelungen aus Arbeiterkreisen, die uns die technische Qualität der Beamten zeigen. Ich halte es für ungewöhnlich, noch weitere Ausführungen darüber zu machen, obwohl ich noch sehr viel Material habe. Die angeführten Proben mögen genügen. Derartige Dinge, wie sie auch in dem Prozeß festgesetzt sind, können nicht passieren, wenn nicht der Staatssekretär es absehen würde, von außenstehenden Personen Informationen entgegenzunehmen.

Die Arbeiter in Kiel beschwerten sich darüber, daß nach einem Befehl des Oberverwaltungsamtes die Arbeitsvermittlung einem nationalen Arbeiterverein übertragen werden sollte. Sie erklärten, daß das Bureau dieses Vereins gerade ein R a g e l u n g s - b u r e a u für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bedeute; sie bekämen da eine Karte, auf der sie ihren Austritt aus dem Deutschen Metallarbeiterverband bescheinigen müßten! (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich wandte mich am 22. September 1908 an den Staatssekretär in einer längeren Eingabe. Der Vorgang ist ja von Bedeutung auch für die Frage, ob mit den Geldern des Reichs richtig gewirtschaftet wird. Es heißt in der Eingabe:

„Wenn die Arbeitsvermittlung dem nationalen Arbeiterverein verbleiben sollte, so ist eine Verschärfung der ohnehin bestehenden Differenz zwischen der Mehrheit der auf der kaiserlichen Werft in Kiel beschäftigten Arbeiter, die den gewerkschaftlichen Organisationen angehört, und den Mitgliedern des nationalen Arbeitervereins und den durch den Arbeitsnachweis dieses Vereins einzustellenden Arbeitern unvermeidlich. Dies kann aber weder im Interesse der Werftverwaltung noch der Reichsmarineverwaltung liegen. Ferner ist zu beachten, daß intelligente Arbeiter, die sich infolge der herrschenden Arbeitslosigkeit dem von dem nationalen Arbeiterverein und seinem Arbeitsnachweise ausgeübten Druck fügen, bei einer Verbesserung der Konjunktur der kaiserlichen Werft wieder den Rücken kehren. Da aber die Schiffbauanstalt im allgemeinen und der Marinenschiffbau im besonderen intelligenter Arbeiter bedarf, so muß die gegenwärtige Praxis zu einer qualitativen Herabminderung des Arbeiterstandes der Reichswerften führen. Auch dieser Umstand sollte die Reichsmarineverwaltung veranlassen, dem nationalen Arbeiterverein nicht Vorrang bei der Befragung der Arbeitsstellen auf der kaiserlichen Werft einzuräumen. Hierzu kommt, daß der Arbeitsvermittler des nationalen Arbeitervereins den sich zur Arbeit Meldenden erklärt hat, sie würden dauernde Beschäftigung auf der Werft erhalten und sie sollten sich, falls sie die Kündigung erhielten, an ihn wenden; er könne ihnen auf das Bestimmteste versichern, daß sie trotz Kündigung die Arbeitsstelle auf der kaiserlichen Werft behalten würden. Es würden somit Arbeitskräfte, die von den Werftführern und Vorarbeitern als ungeeignet erachtet werden, auf der Werft verbleiben, nur weil sie dem nationalen Arbeiterverein angehören oder ihre Arbeitsstelle durch den Arbeitsnachweis dieses Vereins erhalten haben. Das bedeutet eine systematische Herabminderung der Qualität der Arbeiterschaft der kaiserlichen Werft.“

Mit dieser Verminderung der Qualifikation der Arbeiter wachsen natürlich auch die Ausgaben, und daher handelt es sich hier nicht bloß um eine Angelegenheit der Werften, sondern auch des Reichs und Reichstages. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und was tat der Herr Staatssekretär? Er antwortete mir:

„Gemäß § 8 Ziffer 2 der Arbeitsordnung haben die Arbeiter Wünsche und Beschwerden allgemeiner Natur durch den zuständigen Arbeiterausführer zur Kenntnis der vorgesetzten Dienststellen zu bringen. (Rachen bei den Sozialdemokraten.) Ich bedaure deshalb, auf jede hiervon abweichende Art und Weise der Vorbringung solcher Wünsche und Beschwerden grundsätzlich nicht eingehen zu können.“

(Hört, hört! und Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Das also ist die „Antwort“ des Herrn Staatssekretärs. Weshalb können es sich die Beamten auf den Werften ja gar nicht wünschen! Wenn er eine Antwort grundsätzlich ablehnt, woher soll er denn dann über die Mißstände unterrichtet werden? Sollen von den Beamten? Oder von den Arbeitern, die dann von ihren Vorgesetzten gemeldet werden? Wegen dieser grundsätzlichen Stellungnahme ist in erster Linie für das System der Herr Staatssekretär verantwortlich! Sollte der Staatssekretär die Beschwerden nicht in dieser trübseligen Form abgelehnt, so hätten die Beamten nicht derartig wirtschaften können, wie es festgesetzt ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Deshalb ist es dringend notwendig, daß es nicht bei den Interpellationen gelassen wird, sondern daß sie seiner Zeit unserem Antrage zustimmen. Nur dann wird es möglich sein, daß die Marineverwaltung Einrichtungen einführt, wie man sie von einem modernen Großbetrieb verlangen muß, aber auch nur dann! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Tirpitz:

„Das die erste Frage der Interpellationen anbelangt, so scheiden ja die Unterschleife ganz aus, denn das Gericht hat die Angeklagten freigesprochen. (Schallende Heiterkeit links.) Unregelmäßigkeiten dagegen sind vorgekommen, aber nicht auf den kaiserlichen Werften, sondern lediglich auf der kaiserlichen Werft in Kiel und auch nur in dem einzigen Betriebe des Altmaterials. — Die Schuld an den Unregelmäßigkeiten liegt daran, daß man einem Beamten zu großes Vertrauen in seine Tüchtigkeit und Korrektheit entgegengebracht hat. Dies hat auch veranlaßt, daß die Kieler Werft den Beamten länger behalten hat, als es sonst üblich ist. Auch ist

die Kontrolle nicht ausreichend gewesen!

Sobald mir früherzeit die ersten Anzeigen bekannt wurden, daß Unregelmäßigkeiten stattfanden, habe ich mit eiserner Faust eingegriffen und derartige Vorkommnisse getroffen, daß auf der Kieler Werft sobald solche Unregelmäßigkeiten nicht mehr zutage treten werden. (Rachen links.) Was tatsächlich festgestellt ist, sind: Mängel bei der Gewichtskontrolle und ungenügende Aufsicht durch die höheren Vorgesetzten, auch kann bei den Verkaufsbedingungen wohl manches verbessert werden. Ich habe nun vor 1 1/2 Jahren zunächst verstärkte Aufsicht angeordnet, ferner: daß die zweite Kontrolle bei Feststellung des Gewichts nicht, wie bisher, durch jüngere Beamte, sondern durch ältere Personal erfolgt; ferner: daß das Verladen des Altmaterials auf der Werft nur während der Bureauezeit und nur durch Werftpersonal erfolgen darf. Für die Fuhrwerke, die das Altmaterial transportieren, ist eine verschärfte Kontrolle durch die Werftpolizei an-

geordnet, und dann sollen die Angebote bei den Submissionen v e r - l e s e n werden. . . In Erwägung habe ich geogen eine Trennung der Außenmagazine mit einem besonderen Aufsichtsbearbeiter an der Spitze, der sich dann eine Spezialität daraus machen soll, das Altmaterial aufs höchste auszunutzen! Ich will auch versuchen, die Aufsicht dadurch zu verstärken, daß der Verwaltungsdirektor mehr als bisher von dem Bureaubetriebe entlastet werden soll. Das ist alles, was gemacht werden konnte. Gegen direkte Unruhen, wenn sie einmal vorkommt, wird schwerlich ein absoluter Schutz geschaffen werden können. Das geht auch Privatfirmen so. Wenn die Rede gemein ist von einer Wage, die über 50 Jahre alt sein soll, so bemerke ich, daß unsere Flotte noch gar nicht 50 Jahre alt ist. (Heiterkeit.) Was dann die fulminante Schilderung von dem Rest anbelangt, der für 80 M. verkauft und von dem Käufer für 1000 M. wieder verkauft wurde, so verzieht man dabei, daß die Transportkosten etwa 900 M. betragen hätten und eine Zerlegung des Restes damals nicht möglich war.

Herr Legien hat eine Aussage des Assessors Friedrich klassifiziert. (Heiterkeit.) Er hat aber nach dem Zeitungsbericht zitiert, während die Neuerung nach dem Stenogramm folgendermaßen lautet: „Die Aufgabe der Werft ist nicht der Betrieb eines bestimmten Fabrikbetriebes oder Gewerbes, sondern die dauernde Instandhaltung der Kriegsschiffe. Es handelt sich oft um sehr eilige Arbeit, an der eventuell Tag und Nacht gearbeitet werden muß, und da kann manchmal nicht ganz so kaufmännisch sparsam zu Werke gegangen werden wie in anderen Betrieben. Das liegt in der Natur der Sache. Das schließt natürlich nicht aus, daß wir nach allen Kräften bemüht sind, sparsam und kaufmännisch zu wirtschaften.“ Dies ist ein klassisches Beispiel dafür, wie solche Aussprüche verflümmelt in die Presse kommen.

Dann sprach Herr Legien von P a u s c h q u a n t e n und sagte, diese wären schuld, daß die Beamten sich bereichern könnten. Nun, die Schiffe werden abgerechnet, und dann sind die Summen übertragbar. Im übrigen muß ich die Insinuation, daß sich die Beamten aus den überschüssigen Geldern der Schiffsbauten bereichern, zurückweisen. (Wrao! rechts.) Das Bild, welches der Kieler Prozeß gegeben hat, erscheint doch vielfach anders, wenn man das Stenogramm der Verhandlungen in der Hand hat. Die Angeklagten, und noch dazu solche Angeklagte, wie sie da waren, hatten natürlich das größte Interesse daran, die allgemeine Aufmerksamkeit auf den Schandrian in der Werft zu richten, der ihr Vorgehen ermöglichte. Auf der anderen Seite ist die Werft so gar nicht zu Worte gekommen. Die Angeklagten waren frei, die Werft konnte nur sprechen, wenn sie gefragt wurde. (Rachen links.)

Daß die Ausbildung der Verwaltungsbeamten nicht ausreichend ist, mag bis zu einem gewissen Grade richtig sein. Es wird auch dafür gefordert, daß mehr kaufmännischer Geist in die Verwaltung einzieht. Der bemängelte Assessor soll nicht ausübend sein, sondern gerade l e r n e n. Daß ein Kaufmann an der Spitze der Werft nicht möglich ist, hat Herr Leonhart selbst gesagt. Die militärischen Rücksichten haben ja doch den ersten Platz, und dann ist die Marineverwaltung auch getrieben durch das Staatsgesetz. (Unruhe links.) Ich kritisiere das nicht, sondern stelle das nur fest. Die Folge ist jedenfalls, daß wir nicht allein nach kaufmännischen Gesichtspunkten arbeiten können, sondern uns an die Bestimmungen halten müssen.

Die Behauptung von dem zahllosen Beamtenheer ist nicht richtig. Während die Betriebe der Werft seit Durchführung des Flottengesetzes um 150 Proz. gestiegen sind, ist die Zahl der Beamten nur um 68 Proz. gestiegen. Das Verlangen des Herrn Leonhart, daß die technischen Betriebe selbst einzukaufen sollen, ist unüberführbar. Was würde das für eine Zersplitterung des ganzen Bedarfs geben! Ich möchte die Privatwerft sehen, die eine so unglücklich unkaufmännische Maßregel vornehmen würde. (Sehr richtig! rechts.) Die weitere Behauptung, daß die Bestände an Kohlen und Öl, die erspart werden, nicht gebucht würden, beweist, wie wenig die beiden Herren Vorredner tatsächlich die Betriebe bei uns kennen. (Hört, hört! rechts.) Fragen Sie einmal die Stadt Danzig oder Kiel oder Sonderburg, ob bei dem großen Landwerb, den die Marine in den letzten 12 Jahren vornehmen mußte, unkaufmännisch vorgegangen ist. Sie werden überall das Gegenteil hören, und hier handelt es sich um große Summen.

Herr Legien hat gesagt, ich nehme keine Befehle an. Als mir die erste Beschwerde über Kiel kam, habe ich sofort mit größter Energie und Rücksichtslosigkeit eingegriffen. Ich bin auch seit der Budgetkommission für alle Anregungen dankbar gewesen. Die Arbeiter aber sind mit ihren Beschwerden auf den Arbeiterausschuß angewiesen, und deren Beschwerden werden von mir auf das sorgfältigste berücksichtigt. Eine Antwort aber auf Beschwerden der Organisation des Herrn Abg. Legien, die außerhalb der Werft steht, lehne ich ab. (Wrao! rechts.)

Im allgemeinen möchte ich noch sagen: Die Werftbetriebe sind in allen Ländern sehr schwierig, weil sehr viele Interessen dabei kollidieren und die Dinge auch im ständigen Fluß sind. Ich habe die Organisation so übernommen, wie sie mir als Erbe überkommen ist, und ich war mir bei Ausführung des Flottengesetzes darüber klar, daß sie sehr schwerfällig und unökonomisch arbeitete. Ich bin dann sofort an die Reorganisation herangegangen. Zunächst bei den Betrieben, die mit großen Summen zu arbeiten haben. Ich habe die technischen Betriebe, die früher in hohem Maße abhängig von der Bureaukratie waren, so selbstständig wie möglich gemacht und denke auch darin fortzuführen. Ich habe qualifizierte Personen nach Amerika und England auf die Werften geschickt, um die Verhältnisse genau zu studieren. Ich habe das unökonomische Hin- und Herbewandern und Oekonomisches an die Stelle gesetzt. Wo nicht sparsam gewirtschaftet wurde, habe ich energisch eingegriffen. Ich habe jedes Jahr persönlich auf allen Werften Sitzungen abgehalten und den Herren immer wieder eingepreßt: wir müssen sparsam wirtschaften, und ich bin dabei von einem sehr tüchtigen und fähigen Personal auf das erfolgreichste unterstützt worden. In der Tat ist der Betrieb immer besser geworden. Das kann ich durch Zahlen beweisen. Bei Beginn des Flottengesetzes betragen die Ausgaben für Instandhaltung 18 Millionen, gleich 21,5 Proz. des gesamten Etats; der Werftbetrieb kostete 14,4 Millionen, gleich 24,2 Proz. Im Laufe der Jahre ist es uns dann gelungen, die Kosten für Instandhaltung auf 43,5 Millionen, gleich 27,6 Proz. zu erhöhen und die Unkosten auf 29,4 Millionen, gleich 18,8 Proz. zu erniedrigen. Dasselbe Ergebnis zeigen die Zahlen über die Kosten pro Tonne des einzelnen Schiffes. Diese sind heruntergegangen von 897 auf 894, auf 888 und auf 729 M., und bei der vielbesprochenen Werft Kiel von 1125 auf 1054, auf 882, auf 869 M. Dabei sind die Löhne und Materialen ständig im Preise gestiegen. Bedenken Sie auch den gewaltigen Fortschritt, den die Leistungen der Werft auf dem Gebiete des Schiffbaues in den letzten 12 Jahren zu verzeichnen haben. (Wrao! rechts.) Es liegt mir durchaus fern, eine Panzerte zu blasen, das widerspricht meiner Natur, aber bei der allgemeinen Beunruhigung, die durch den Prozeß im Lande entstanden ist, hielt ich mich doch für verpflichtet, auf die Leistungsfähigkeit unserer Kriegsschiffe hinzuweisen. Gegenüber diesen großen Tatsachen, die ich angeführt habe, bedeuten die angeführten

„Sagstellen“

nichts! Daß einzelne Fehler und Unebenheiten vorkommen, ist selbstverständlich. Wenn der Staatssekretär in diese Unebenheiten hineinreigen wollte, könnte er die Nase nicht über Wasser halten und die allgemeine Richtung nicht in der Faust behalten. Im allgemeinen glaube ich, den Nachweis geführt zu haben, daß die Angriffe auf die Werftbetriebe nicht zutreffen, sondern daß wir erhebliche Fortschritte gemacht haben. Ganz unrichtig ist ja auch die Behauptung, daß unsere Marine im allgemeinen aus dem Wollen leidet. Im Gegenteil, ich habe vom ersten Augenblick an mir große Mühe gegeben, so sparsam wie möglich zu arbeiten, und habe die Bügel von Jahr zu Jahr strenger angezogen. Fragen Sie doch einmal Reute, die wirklich ein Urteil darüber haben, die werden das bestätigen. Ein erstes ernstliches Rücksicht brachte vor kurzem eine tabellarische Zusammenstellung über die Instandhaltung unserer Flotte und fügte hinzu: „Diese Zahlen sind von mehr als vorübergehendem Interesse, da sie die Sparsamkeit, mit der in Deutschland bei der Instandhaltung der

Flotte getriebschaftet wird, in das rechte Licht rufen.“ — Von einer außerordentlichen Flotte, die der unseren ungefähr gleich ist, sind in der letzten Zeit 500 Millionen mehr, von einer anderen, etwa ebenso großen, 2000 Millionen mehr ausgegeben, ohne daß die Leistung eine wesentlich größere war. Ich bin fern davon, der Marineverwaltung ein besonderes Verdienst daran zuschreiben. Dies kommt dem hohen Hause zu, das und durch Bewilligung des Flottengesetzes ein rationelles Vorgehen ermöglicht hat. Also ich gebe zu, daß Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, muß aber die Regelmäßigkeit sowohl im Interesse des mit unterstellten Personals als auch im Interesse der Marine und im Interesse des Landes, welches beunruhigt ist, auf das energischste zurückweisen. (Wrao! rechts.)

Auf Antrag des Abg. Strauß findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Arath (kons.): Wenn Namen wie Frankenthal und Jacobsohn in Frage kommen, läßt eine gewisse Presse es an Entstellungen nicht fehlen. (Rachen links.) Und der Staatssekretär hätte sehr wohl bedenken sollen, ob nicht der Verlogenheit der Presse hätte entgegengetreten werden müssen. Immerhin ist in manchen Punkten der preussische Geist der Sparsamkeit zu vermessen. Die Freigabe von Kiel sind doch immerhin eine etwas „gemischte“ Gesellschaft, aber etwas Veranlagtes hat der Prozeß gebracht: die Vereinerung der deutschen Sprache mit den Worten „Salbst“ und „Reschore“. (Heiterkeit.) Wenn Baumereien vorkommen, fehlt im Deutschen der treffende Ausdruck und wir müssen Anleihen bei — anderen Sprachen machen. (Heiterkeit bei den Antisemiten.) Auf Einzelheiten gehe ich nicht ein, das behalten wir uns für die Budgetkommission vor.

Abg. Erberger (z.): Würde man dem Staatssekretär folgen, so würde es von der Kieler Werft heißen:

„Dies Kind kein Engel ist: so rein, Laßt's Eurer Schuld empfohlen sein.“

(Stürmische Heiterkeit.) Ich habe mich versprochen, ich meine natürlich „Suld“. Wenn man 75 Proz. von all dem, was vorgebracht ist, als übertrieben abzieht, bleibt noch genug übrig. In der Verteilung der Marineverwaltung ist der Staatssekretär zu weit gegangen; nicht nur auf einer Werft, in Kiel, sind Unregelmäßigkeiten vorgekommen, sondern auch in Wilhelmshaven und Danzig. Der Staatssekretär behauptete, bei der Marine werde gespart, ebenso wie bei der Heeresverwaltung! Nun, als Muster von Sparsamkeit hat die Heeresverwaltung bisher nicht gegolten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die wichtigste Frage ist jetzt: was für die Zukunft geschehen soll. Da hat der Staatssekretär nur zwei Reformen versprochen. Erstens soll eine kaufmännische Substanz eingeführt werden. Nun, dabei kann unter Umständen noch mehr gestochen werden als bisher. Zweitens soll die Verwaltungstätigkeit aus dem Verours in den praktischen Dienst verlegt werden. Aber gerade das sollte nicht geschehen, denn von einer erweiterten Befugnis der Verwaltungsbeamten befreiten die technischen Beamten eine weitere Einengung ihrer Tätigkeit. Auch im Rechnungshof müssen wir Techniker haben, sonst können wir auch dort keine sachgemäße Kontrolle haben, sondern dann bleibt es bei der gegenwärtigen papierernen Kontrolle. Ferner muß mit der Geheimniskammer bei der Marine gebrochen werden, es muß mehr Oeffentlichkeit herrschen bei der Methode der Anschaffungen und der Vergabungen in der Marine. Das deutsche Volk übernimmt die Lasten für die Marine gern (Sehr richtig! im Zentrum), aber es kann verlangen, daß sparsam gewirtschaftet wird. (Wrao! im Zentrum.)

Abg. Dr. Semler (natl.): Meine politischen Freunde sind weit davon entfernt, die Vorgänge in Kiel zu generalisieren, aber was der Staatssekretär selbst zugegeben hat, ist schon genug, um die Aufmerksamkeit des Reichstags darauf zu lenken. Ich will gern zugeben, daß die Wochenblätter, die trotz des freisprechenden Urteils in Kiel geschrieben, nur dort möglich waren und nicht auch auf den anderen Werften, jedenfalls war es mir interessant, daß Herr Frankenthal sagte, in Wilhelmshaven habe er keine Geschäfte machen können! An die Stelle des Verwaltungsdirektors in Kiel gehört ein Mann, der etwas vom Geschäft versteht. Soll das ein Mittelhändler sein? Ich fürchte, den können wir nicht bezahlen (Heiterkeit), der kann anderwärts mehr verdienen.

Auch die Prozeßführung war kein Ruhmesblatt für die deutsche Juristenwelt. Der Stand der Prozeßführung ist viel größer als alles, was auf der Werft vorgekommen ist. Der Vorsitzende muß eine Stipparbeit leisten, die er nicht bewältigen kann ohne genügende Vorbereitung des Prozeßes. Der Staatsanwalt hand aber wie ein Waisenkunde

da. Das unangenehmste war der Verkehr des Staatsanwalts mit den Polizeibehörden! Hat die Marineverwaltung Geheimpolitiken Projekte versprochen von etwa entdeckten Unterhaltungen? Das würden wir auf keinen Fall billigen können. (Wrao! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Freiberger v. Gamp (Sp.): Ich kann nicht zugeben, daß der Prozeß eine schwere moralische Schädigung der Justiz und der Wertverwaltung bedeutet. Unser Beamtenum geht intakt! auch aus diesen Verhandlungen hervor. Die Hauptsache ist: Was haben wir aus den Verhandlungen gelernt? In dieser Beziehung gebe ich weiter als der Herr Staatssekretär. Vor allem sind die Bedingungen bei Submissionen ein Ackerfeld. Unabhängige Firmen können sich an solchen Submissionen kaum mehr beteiligen, denn es werden ganz unerfüllbare Bedingungen gestellt. Dann möchte ich fragen: Wer hat eigentlich die Kontrolle über die Werftverwaltung? Meines Erachtens kann man sie nur der Oberrechnungsammer auflegen. Diese muß aber so organisiert werden, daß sie die Kontrolle über große kaufmännische Betriebe auch wirklich ausüben kann. Dazu genügen nicht die fünfzig oder hundert Jahre alten Institutionen! Richtig ist ferner noch eins: die Revisionen müssen an Ort und Stelle vorgenommen werden. Empfohlen ist die Einführung kaufmännischer Grundzüge — die Samlergelder sind bereits zu einem kaufmännischen Grundlag geworden! (Lebhaftes Wohl bei den Freisinnigen.) Nicht nur der Staat, sondern auch alle großen industriellen Establishments und Banken sehen juristische Vorbildung nicht als Hindernis für die Erfüllung einer leitenden Stellung an. Wir haben keine Veranlassung, zu fürchten, daß bei den Werften sich Wichtigtuerei herausstellen, die dauernd ihre Aktionsfähigkeit hindern. (Wrao! rechts.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Herr Erberger behauptete, daß Materialien einfach über Bord geworfen werden. Ich möchte ihn doch bitten, wenn er das Vorkommen eines so unangeleglichen Mißbrauchs des kaiserlichen Gutes behauptet, mir auch durch nähere Bezeichnung die Möglichkeit zu rücksichtslosen Einschreiten zu geben. An der Spitze der Verwaltung — das möchte ich Herrn Erberger erwidern — muß auf jedem Fall ein hoher Seoffizier stehen, der auf der Höhe des militärischen Urteils steht. Die Frage des Herrn Semler, ob Kriminalbeamten Prozente versprochen sind, kann ich mit n e i n beantworten. Daß unter Submissionenverfahren noch nicht auf der Höhe steht, gebe ich Herrn Saml zu. Die Verwaltung wendet dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zu.

Abg. Dr. Spahn (z.): Herr Semler hat sich gegen die Prozeßführung beim Kieler Prozeß gewandt. Daß die Untersuchung nicht schneller beendet werden konnte, was wesentlich die Schuld des einen Angeklagten, der auf Rat seines Anwalts keine Auskünfte gab. Das Preisgeben der Beweisurteilung bei den Submissionen hat man der Staatsanwaltschaft als eine besondere Niederlage angesehen. Ich glaube aber, mit Unrecht; die Erwidung der Staatsanwaltschaft beruhten auf rein sachlichen Motiven. (Zustimmung rechts und im Zentrum.)

Hierauf verlegt sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr (Fortsetzung der eben abgebrochenen Besprechung, dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Regelung der Handelsbeziehungen mit England, dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Aufhebung der Witwen- und Waisenversicherung, Fortsetzung der ersten Beratung des Handelsvertrages mit Portugal, Rechnungssachen). Schluß 1/2 Uhr.

Generalversammlung des Kreises Teltow-Beeskow.

Im Charlottenburger „Volkshaus“ fand am Sonntag nachmittags die Generalversammlung des Wahlvereins für den Kreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg statt. Nachdem Genosse Hirsch die Versammlung eröffnet hatte, nahm Genosse Rogger-Nitzdorf das Wort zu einem Vortrage über den preussischen Parteitag.

Redner gedachte u. a. der Arbeiten unserer Landtagsfraktion und sollte dem Wirken der Abgeordneten, durch die erst wieder allgemeines Interesse an den Verhandlungen des Landtages nachgerufen wurde, große Anerkennung. Er erklärte, wie wichtig die Wahlrechtsfrage für uns geworden sei. Daß hierin der Parteitag belebend und befruchtend wirken möge, sei seine größte Aufgabe. Darauf erläuterte er das Kommunalprogramm und kritisierte den vorliegenden Entwurf in einigen Punkten. Gegen die vollständige Uebernahme der Schullasten auf den Staat hatte er Bedenken und bezog sich auch auf die Resolution des Bremer Parteitages, die nur Staatszuschüsse für die Gemeinden forderte. Er beschwerte einen zu großen Druck des Staates auf die Verwaltung der Schulen. — Gegen den Vorschlag, daß unsere Vertreter für unbedingte Abschaffung der Gewerbesteuern in den Gemeinden eintreten sollten, wendete sich der Redner ebenfalls und fand eine solche Forderung ungewöhnlich. Im großen und ganzen erkannte er den hohen Wert eines festen Kommunalprogramms durchaus an; es sei sogar die höchste Zeit gewesen, daß die Partei mit einem Entwurf darüber hervortrete.

Nach dem sehr beifällig aufgenommenen Vortrage erstattete die Mandatsprüfungskommission Bericht. 103 Delegierte waren anwesend. Nicht vertreten waren Dreiwitz, Krausnick, Rangewahl, Markgrafspieske und Bernsdorf. Der Zentralvorstand war durch 5 Genossen, die Presb., Lokal- und Agitationskommissionen durch je 2, resp. 1 Genossen vertreten. — Einige wegen Formfehler beanstandete Mandate wurden von der Versammlung anerkannt. Die

Diskussion

über den gehörten Vortrag, die dann eröffnet wurde, drehte sich hauptsächlich um den Entwurf des Kommunalprogramms, der dem Freudentag vorliegen wird. Genosse Hirsch trat den Bedenken des Referenten Rogger in bezug auf die Uebernahme der Kosten für die Schule durch den Staat entgegen, indem er darauf verwies, daß nach dem Entwurf ausdrücklich das Recht der Verwaltung der Schulen durch die Gemeinde in Schutz genommen werden soll. Wenn vom Staate nur Zuschüsse verlangt würden, dann hätten ärmere Gemeinden große Nachteile davon und es käme gerade darauf an, dem Staate die Verpflichtung aufzuerlegen, für gute Schulen in allen Gemeinden zu sorgen. Genosse Hirsch wandte sich ferner gegen Rogger in der Frage der Gewerbesteuern, die Hirsch als sehr ungerechte Steuern bezeichnete, da sie eine doppelte Belastung der Gewerbetreibenden darstellten. Unsere Vertreter in den Kommunen müßten für die Abschaffung dieser Steuern eintreten.

Genosse Hoffmann-Rommes schloß sich mehr den Bedenken Roggers in den beiden angeführten Punkten an und war von der Entgegnung des Genossen Hirsch nicht befriedigt. Er erinnerte an die reichen Gemeinden, die ihre Schullasten allein zu tragen vermögen, und er konnte auch nicht einsehen, daß die Gewerbesteuer so sehr ungerecht sei, da die Gewerbetreibenden oft den meisten Nutzen von Einrichtungen in einem Orte haben.

Genosse Jubel erklärt, daß wir als Sozialdemokraten unbedingt an den Staat die Forderung richten müssen, daß er für gute Schulen zu sorgen habe und daß er die Lasten dafür allein trage. In den reichen Gemeinden könne man dafür agitieren, daß mancherlei für sozialpolitische Zwecke getan werde; man könne da gar nicht in Verlegenheit kommen, wenn es sich um Vorschläge zur Hebung der Lage der arbeitenden Schichten in einer Gemeinde handele. Gegen die Gewerbesteuer wendet sich Jubel scharf und bezeichnet sie als die ungerechteste Steuer; sie treffe nicht den Besitz, belastet aber aufs schwerste gerade die unteren Stände. Die Abschaffung dieser Steuer müsse überall angestrebt werden.

Genosse Will regt an, daß die Partei in ihrer Agitation in den einzelnen Gemeinden eine besondere Aufmerksamkeit auf die vielen Leute richte, die überhaupt nicht zur Wahl gehen; er bespricht sich mit manchen Erfolg davon, wenn man diese Leute aufkläre und agitatorisch bearbeite.

Genosse Ceuhl spricht sich anerkennend aus über den guten Dienst, den Hirsch der Partei mit dem Kommunalprogramm entwirft geleistet habe und erklärt sich für die Leitfänge, wie sie in dem Entwurf niedergelegt sind. In zunehmender Weise bespricht auch Genosse Nitzdorf den Entwurf und hebt die Wichtigkeit der Agitation für gute Schulen hervor.

Genosse Habicht-Charlottenburg empfiehlt die Einrichtung von städtischen Arbeitsnachweisen der besonderen Aufmerksamkeit gerade jetzt, wo die Unternehmer sich entschlossen zeigen, in den Arbeitsnachweisen sich Mittel zur Unterdrückung der Arbeiterkraft zu sichern.

Genosse Boeste erklärt, daß der Ausbau des Arbeiterschutzes von der Kommission für das Kommunalprogramm voll gewürdigt worden sei und dazu gehören auch die städtischen Arbeitsnachweise. Boeste bespricht dann die notwendige Reform des Wahlrechts; er schildert, wie die Reaktion sich jedem Beginn einer Reform widersetzt und welche Opfer und Kämpfe es kosten werde, bis Reformen durchgeführt seien.

Genosse Küter-Schönberg ist mit dem Entwurf für das Kommunalprogramm sehr zufrieden; er weist auf das Schullehrereinkommen in den ländlichen Gemeinden hin und auf die Notwendigkeit, Sozialdemokraten in den Schulkollegien zu haben, eine bis jetzt noch nicht erfüllte Forderung.

Genosse Jubel bespricht die Wahlrechtsfrage; er meint, daß von dem Stand der Agitation in dieser Beziehung niemand von uns recht befriedigt sei. Nachdrücklicher und gewaltiger müßte zugunsten des Wahlrechts demonstriert werden. Nicht nur am Abend, sondern gerade am Tage, wo viel mehr Aufmerksamkeit erregt wird, sollten die Massen zusammenströmen und ihre Stimme erheben; die Arbeit sollte mal einen halben Tag ruhen, um zu zeigen, wieviel den Arbeitermassen an dieser Forderung gelegen ist. Der Redner wendet sich dann noch einmal gegen die Gewerbesteuer und betont, daß man in den Gemeinden in erster Linie für die progressiv steigende Einkommensteuer und für die Wertwachstumssteuer agitieren müsse. Der Parteitag werde an dem Entwurf nicht viel zu ändern haben, denn der Entwurf erfülle vollständig seinen Zweck, den Genossen in den Gemeinden auf dem Lande und in den kleinen Städten eine Richtschnur zu geben, um auf festem Boden zu stehen und sich Anerkennung zu verschaffen. Eine solche Richtschnur sei notwendig geworden und die hier gegebene nur zu begründen.

Genosse Rogger spricht in seinem Schlußwort mit Anerkennung von dem Kommunalprogramm. So sehr er aber auch prinzipiell mit allem einverstanden sei, so könne er doch nicht übersehen, daß noch ein weiter Weg bis zur Erfüllung unserer Forderungen zu gehen sei und daß viele Zwischenstufen in Frage kommen. In bezug auf die Wahlrechtsfrage hoffe auch er, daß der Kampf sich heizigen werde. Wichtig sei die Kleinarbeit in Stadt und Land; es gelte, unsere Forderung stets in der öffentlichen Diskussion zu halten, bis wir Erfolge gewinnen.

Einige Anträge

Waren eingeleitet, die Genosse Hirsch zur Verlesung brachte. Ohne Debatte erklärten sich die Versammelten für den folgenden Beschluß:

Die Generalversammlung des Wahlvereins Teltow-Beeskow unterbreitet dem Freudentag folgenden Antrag: Die Dele-

gationen zum preussischen Parteitag sollen in Zukunft nach demselben Wahlsystem vorgenommen werden wie die zum deutschen Parteitag.

Ebenso wurde ein Antrag des Genossen Jubel angenommen, nach welchem Doppelmandate zu den gesetzgebenden Körperschaften soweit wie irgend möglich vermieden werden sollten. Zur Begründung seines Antrages führte Jubel an, daß jetzt viele Genossen in den verschiedenen Landtagen zurückgehalten würden, und ihre Abwesenheit im Reichstage sei auch notwendig. Wegen doppelte Kandidaturen wende er sich nur in solchen Fällen, wo Aussicht besteht, daß der Kandidat gewählt werden könne. Von Doppelmandaten habe die Partei den Schaden und davor solle sie sich bewahren.

Der folgende Antrag wurde nach kurzer Debatte ebenfalls angenommen:

„Der preussische Parteitag wolle beschließen, daß unsere Genossen verpflichtet sind, möglichst zu gleicher Zeit in den einzelnen Gemeinden eine Agitation zugunsten der Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Angehörige beiderlei Geschlechts für die Kommunalwahlen zu entfalten.“

In der Debatte darüber wurde angeführt, daß der Antrag wertvoll sei, weil man mit dieser Forderung die liberalen Parteien in den Kommunalvertretungen herausfordern könne, Stellung zu der Wahlrechtsfrage zu nehmen.

Die Generalversammlung nahm darauf die Wahl der Delegierten zum Parteitag vor. Die folgenden Genossen wurden gewählt: Rogger-Nitzdorf, Silberstein-Nitzdorf, Will-Charlottenburg und als Ersatzmann Schenk-Schöneberg.

Genossin Thiel hielt eine Ansprache an die Versammlung über die Arbeiten der Kinderschulkommission; sie forderte die Genossen zu reger Mitarbeit und Unterstützung auf. Ueberhaupt wünscht sie mehr Mithilfe unter den Genossen, damit die Agitation in den Frauenkreisen zugunsten der Partei mehr als bisher gefördert werde.

Auf die Jugendschriften-Ausstellung im „Volkshaus“, die bis zum 19. Dezember dauert, wurden die Versammelten besonders aufmerksam gemacht.

Nachdem Genosse Hirsch noch einige Fragen in bezug auf die Agitation durch Jugendheime usw. beantwortet hatte, schloß er die Versammlung.

Die Kreis-Generalversammlung von Niederbarnim.

Am Sonntag hielt zu Nummelsburg im Café Bellevue der Kreiswahlverein von Niederbarnim seine Generalversammlung ab. Als erster Punkt stand

der preussische Parteitag

auf der Tagesordnung, sowie als besonderer Teil das neue Kommunalprogramm. Zum Freudentag im allgemeinen hielt der Genosse Bühler-Lichtenberg das Referat. Der Redner behauptete es, daß der Tätigkeitsbericht der Landeskommission noch nicht veröffentlicht sei, und die Anträge zum Freudentag schon bis zum 8. Dezember eingereicht sein sollten. Nachdem der Redner dann kurz auf die Wichtigkeit der verschiedenen Punkte der Tagesordnung hingewiesen hatte, ging er ausführlicher auf die Wahlrechtsfrage ein, die ja im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen wird. Von der Regierung wie von den bürgerlichen Parteien ist nichts zu erwarten. Im Parlament wird sich der Wahlrechtskampf nicht abspielen, sondern außerhalb. Die Freisinnigen von heute erklären es für unmöglich, auf die Straße zu gehen, aber ihre Vorläufer von 48 thaten freiwillig anders. Es ist bebaurend, daß es auch Genossen gibt, die den Wahlrechtskampf nach einer anderen Richtung drängen wollen. Man warnt vor den großen Gefahren. Man sollte aber über Demonstrationen auf der Straße weniger reden und viel mehr handeln. Wahlrechtsdemonstrationen können und werden nicht von einzelnen Personen gemacht, müssen vielmehr aus der großen Masse des Volkes hervorgehen. Der Vollstimmigkeit im Lande sollten die leitenden Genossen sich nicht entgegenstellen. Die gegenwärtige Zeit, die Kampfstimmung, die durch die verschiedenen Wahlerfolge gefördert wurde, ist außerordentlich günstig für die Wahlrechtsbewegung. Von der Masse müssen die Vertreter auf dem Freudentag gedrängt werden, daß sie uns Mittel an die Hand geben, den Wahlrechtskampf mit ganzer Kraft zu führen. Wir dürfen die Hände nicht in den Schoß legen, es nicht unseren Abgeordneten überlassen, sondern müssen selbst dafür sorgen, daß die große Stunde auch ein großes Geschick findet, und daß der Wahlrechtskampf nicht jaghaft, sondern ganz energisch geführt wird.

Ueber das Kommunalprogramm

referierte Genosse Sonnenburg-Friedrichshagen unter Hinweis auf den im „Vorwärts“ veröffentlichten Entwurf. In dem Teil der Forderungen, der sich an die Gesetzgebung wendet, nimmt ja ebenfalls das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht die wichtigste Stelle ein. Der Redner bemerkte, daß die ganze geschichtliche Entwicklung in anderen Ländern die Ueberzeugung gibt, daß es auch in Preußen möglich ist und sein wird, dem ganzen Volke das Wahlrecht zu erringen, ebenso wie die Verstorbenen fallen müssen und werden, und auch das Einkammersystem den Sieg davontragen wird. Der Redner schilderte dann kurz die Bedeutung der übrigen zahlreichen Forderungen des Programms, wobei er auch auf die dazu vorliegenden Anträge einging. Redner empfiehlt den folgenden, von den Mandatsträgern Genossen gestellten Anträge zur Annahme: „VII. (Submissionswesen) Vergebung der Gemeindegewerben und Lieferungen nur an solche Unternehmer, die sich vertraglich verpflichten, diese in eigenen gewerblichen Betrieben — unter Ausschluß jeglicher Heimarbeit — anfertigen zu lassen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der von ihnen beschäftigten Arbeiter in Gemeinschaft mit den Arbeiterorganisationen festzusetzen und das Koalitionsrecht der Arbeiter zu wahren usw.“ Der Redner schloß mit dem Wunsch, der Entwurf möge eine gute Richtschnur für die Tätigkeit unserer Genossen in den Gemeindevertretungen werden.

Die

Diskussion,

die zunächst über das Referat des Genossen Bühler eröffnet wurde, bezog sich fast allein auf die Wahlrechtsfrage.

Genosse Jacobsohn wies auf die Erörterungen über den Massenstreik zur Erringung des Wahlrechts hin und erinnerte an die Vorgänge im Auslande, namentlich in Schweden, wo nicht noch Zahlung getragt worden sei. Man solle sich darüber klar werden, daß ein solcher Kampf nicht mit materiellen Mitteln geführt werden kann. In den Organisationen müsse immer wieder darauf hingewiesen werden, daß wir ersten Kampfen entgegengehen und genötigt sein werden, schwere Opfer zu bringen.

Häming-Waldsdorf führt aus: Keiner wisse, wie die Dinge sich gestalten würden. So sehr man sich auch für Streikdemonstrationen begeistern könne, hätten sie doch keine unmittelbare Wirkung auf die bürgerliche Gesellschaft ausgeübt. Wir müßten uns mit anderen Kampfmitteln vertraut machen. Die Frage der Steuererweigerung und der Rietsverweigerung müßten geprüft werden. Er, Redner, wolle diese Dinge keineswegs als sicheres Mittel empfehlen, sondern zunächst nur zur Erörterung. Vor allem aber müsse die Agitation und Aufklärung der großen Volksmassen über die Notwendigkeit des Wahlrechtskampfes mehr systematisch und energisch betrieben werden.

Rizus-Lichtenberg: Man solle sich nicht täuschen darüber, daß, wenn wir jahrzehntelang die Wahlbeteiligung ablehnten, es nun so schnell gehen werde, das Wahlrecht zu erringen. Die Vorschläge Häming hätten wohl etwas Verheißendes an sich, ob man aber damit zum Ziele kommen könne, sei mindestens zweifelhaft. Wenn die Arbeiterklasse die Steuern verweigere, würden die Behörden sie eben vom Arbeitgeber einziehen. Ob wir zum Generalstreik greifen sollten, sei hier nicht die brennende Frage. Es müsse den leitenden

Genossen überlassen bleiben, ganz still und nüchtern zu überlegen, welche Mittel anwendbar und zweckmäßig seien. Vor allem komme es darauf an, die Massen erst einmal besser in dem Gedanken des Wahlrechtskampfes zusammenzuführen.

Rassa-Zeigler hält ebenfalls die Vorschläge Häming nicht für durchführbar. Auch Streikdemonstrationen seien nicht das Mittel, auf die Regierung und die bürgerliche Gesellschaft einzuwirken. Das einzige Mittel werde die Verweigerung der Arbeitskraft sein. Der Freudentag müsse diese Frage ganz besonders prüfen.

Sonnenburg-Friedrichshagen verspricht sich von Streikdemonstrationen nichts, hält auch den Generalstreik nicht für das Mittel, das Wahlrecht zu erringen, ebensowenig die Steuererweigerung. Wenn aber gesagt werde, wir hätten kein Mittel, so sei das keineswegs zureichend. Der Redner weist darauf hin, wie viele Arbeiter und ihnen gleichgestellte Leute noch der Organisation des Proletariats fernstehen. Diese gelte es vor allem erst einmal zu gewinnen und aufzuklären.

Reichstagsabgeordneter Stadthagen führt aus, es sei irrig, anzunehmen, daß die Sozialdemokratie in Preußen nicht schon früher für das Wahlrecht und die Wahlbeteiligung eingetreten wäre. Habe sie doch schon 1890 in Halle aufgeführt, überall da, wo es nur agitatorische Erfolge zu erzielen seien, an den Wahlen teilzunehmen. Jertlich sei es auch, daß es damals von der Wahlbeteiligung geredet hätte; niemals oder überhaupt nicht! Der Redner teilt nicht die pessimistische Auffassung, daß noch viele Jahre vergehen könnten, bis das Wahlrecht errungen werde. Der Klassenkampf trete immer klarer hervor. Die herrschenden Klassen könnten in ihrer Agitation, die uns die Massen zuführt, die uns bisher nicht zugänglich waren, nicht erlahmen. Die Verhältnisse spüren sich immer mehr zu. Daß Streikdemonstrationen nicht ganz wirkungslos seien, beweise der Umstand, daß in dem Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch vorgeschlagen wird, jede Streikdemonstration als Hochverrat zu betrachten. Streikdemonstrationen seien kein schlechtes Mittel. Wohl könne man damit nicht von heute auf morgen das Ziel erreichen, wohl aber dienen sie dazu, die Massen aufzurütteln, und seien so eines der besten Mittel zur Agitation und Organisation. Steuererweigerung oder Rietsverweigerung hält der Redner nicht für angebracht. Durch das Lohnbeschlagengesetz haben die Behörden das Mittel in der Hand, die Steuern einzuziehen. Aber anders sei es mit der Frage des Massenstreiks. Der könne natürlich nicht plötzlich begonnen werden. Es komme eben alles darauf an, die Agitation immer intensiver zu gestalten. Man solle sich aber die Kompensierung nicht lahmlegen lassen durch den Gedanken, daß es noch so sehr lange dauern müsse, bis wir das Wahlrecht erringen.

Dawell-Lichtenberg bemerkt, daß Streikdemonstrationen nicht ganz einflusslos seien, beweise der Umstand, daß bald nach dem ersten Demonstrationen und der feierlichen Erklärung Wilms, er werde sich nicht drängen lassen, die Thronrede mit dem Passus von der Fortentwicklung des Wahlrechts kam. Selbst solche Mittel wie die Steuererweigerung und Rietsverweigerung seien nicht von vornherein abzusehen. Die Qualität solcher Mittel werde von der Quantität der Anwendung bestimmt. Wenn es möglich wäre, die Massen dafür zu begeistern, dürfe man sich auch Erfolge versprechen. Die Hauptsache sei und bleibe die intensive Agitation.

Referent Nummelsburg hebt besonders hervor, daß die Kraft des Wahlrechtskampfes von unten kommen muß. Aber auch im Reichstage sollten immer wieder Anträge eingebracht werden, die Einzelstaaten zur Einführung des durch das demokratische Wahlrecht zu zwingen.

Rietzke-Lichtenberg macht auf die Bedeutung des Genossenschaftswesens für einen eventuellen Generalstreik zur Erringung des Wahlrechts aufmerksam.

Adam-Vorhölde betont, daß man in bezug auf die indirekten Steuern ein Mittel des Kampfes durch Steuererweigerung habe, soweit namentlich Schnaps, Zigaretten, Bier usw. in Frage kommen. Auch damit könnten wir den Gegnern zeigen, daß wir unter allen Umständen das Wahlrecht erkämpfen würden.

Hierauf erhielt der Referent das Schlußwort. Er sagte unter anderem, daß es ein gutes Zeichen sei, daß die Wahlrechtsfrage auch hier wieder im Mittelpunkt der Diskussion stand. Die heutige Versammlung sei nicht dazu bestimmt, die Mittel anzugeben, durch die der Wahlrechtskampf geführt werden muß. Die indirekten Erfolge der Streikdemonstrationen hätten bewiesen, daß diese kein schlechtes Mittel seien. Wenn die große Masse genügend aufgeklärt sei, so werde man nicht lange zaudernd erwägen, sondern eben alle Mittel anzuwenden, die notwendig und praktisch erscheinen. Nicht am grünen Tisch könne darüber entschieden werden, sondern durch die Masse müsse es geschehen. In allen Ecken und Kanten müsse man unausgesetzt den Wahlrechtskampf propagieren, und wenn die Massen erst genügend aufgeklärt und geschult sind, könne uns eben jedes Mittel recht sein, das zum Ziele führt.

Es folgte die Diskussion über das Kommunalprogramm. Sie war nur kurz. Genosse Häming begründete den Wahlrechtsantrag, welcher die Ausschließung der Heimarbeit bei Vergebung von Gemeindegewerben verlangt, unter Hinweis auf die großen Schäden der Heimarbeit. — Der Antrag wurde einstimmig gutgeheißen. — Es lag dann noch ein Antrag aus Nummelsburg vor, wonach in den Forderungen über die Lohnverhältnisse der Gemeindegewerben und Angestellten die Lohnskala nach dem Dienstalter in Wegfall kommen sollte. Die John-Nummelsburg, der sich selbst als Gegner des Antrages bezeichnete, ausführte, war der Antrag damit begründet worden, daß es sozialpolitisch richtiger sei, Leuten, die dieselbe Arbeit leisten, ob sie nun längere oder kürzere Zeit im Dienste der Gemeinde stehen, auch dafür denselben Lohn zu zahlen. Jedoch sei er, Redner, der Meinung, daß, da es so schwer ist, für jeden Arbeiter von Anfang an einen ordentlichen Lohn festzusetzen, man besser und leichter dahin komme, wenn man an der Lohnskala mit den Dienstalterabstufungen festhalte. — In demselben Sinne äußerte sich auch der Genosse Sonnenburg in seinem Schlußwort über den Antrag, der denn auch von der Versammlung abgelehnt wurde.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung,

Kreisangelegenheiten,

lag folgender Antrag aus Stralau vor:

Um eine bessere Wirkung und Durchführung des Schnapsbottens zu erzielen, beauftragt die heutige Generalversammlung die Kreisleitung, unterzögig ein Flugblatt herauszugeben.

Wessel-Stralau begründete den Antrag. Er habe erwartet, daß vom Kreisvorstand erklärt worden wäre, daß das Flugblatt herausgegeben sei. Es geschähe aber durchaus nicht genug, um den Schnapsbottens wirklich durchzuführen. Dazu kämen die Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Leipziger Beschlusses. Mit der Parole der Mäßigkeit sei nichts anzufangen. Es müsse vielmehr strikte Enthaltung verlangt werden. Von der Erklärung des Parteivorstandes habe Behring mit Recht geschrieben, daß sie nicht kalt und nicht warm sei; aber mit Wehrings Artikel in der „Neuen Zeit“ stehe es nicht besser. Man gebe da von der falschen Voraussetzung aus, daß der Beschluß nur für die Parteigenossen gelten solle, und daß innerhalb der organisierten Arbeiterklasse so schon sehr wenig Schnaps getrunken werde. Es müsse ein Flugblatt herausgegeben werden, worin klar und deutlich auf die gesundheitlichen wie moralischen Schäden des Schnapsgetrunkes wie auf den eigentlichen Zweck des Bottens hingewiesen werde. Wir seien es uns selbst wie der ganzen Partei schuldig, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß der Beschluß auch durchgeführt wird.

Genosse Bühler erklärte hierzu, daß der Antrag der vorigen Kreisversammlung über ein Flugblatt zum Schnapsbottens, Groß-Berlin überwiesen worden sei, daß aber seiner Meinung nach in Groß-Berlin allzuviel Rücksicht auf die Budist genommen werde. (Zustimmung.) Es sei vom Parteivorstand ein Flugblatt herausgegeben, aber dem Kreise nicht zugegangen. Wenn die Versammlung den Antrag annähme, werde das gewiß auf Berlin zurückzuführen einwirken. Da der Kreis an Groß-Berlin seine Gelder absetze, könne man wohl erwarten, daß dafür auch etwas geleistet werden sollte. Wenn jedoch das Flugblatt dennoch nicht von Groß-Berlin geliefert werde, so solle vom Kreisvorstand dafür gesorgt werden. Das Ver-

Verhältnis zwischen dem Kreis und Groß-Berlin mußte auch im allgemeinen einmal erörtert werden.

Joachimsthal-Ober-Schönauweide ist ebenfalls der Meinung, daß für den Schnapskonkott bei weitem nicht genug getan werde und bringt einen nicht genügend unterstützten Antrag ein, der unter anderem besagt, daß die Parteigenossen, die Gastwirte oder Geschäftsleute sind, in ihren Lokalen durch Plakate auf den Schnapskonkott aufmerksam machen sollen.

Es äußern sich dann noch mehrere andere Redner zu der Angelegenheit, durchweg in dem Sinne, daß lange nicht genug geschieht, um den Schnapskonkott wirklich durchzuführen. Der Antrag aus Stralau wurde schließlich einstimmig angenommen.

Ein Antrag aus Neuenhagen, wonach den Bezirken vom Kreis aus Material geliefert werden soll, durch das sich befähigte Genossen zu Referenten ausbilden können, wurde vom Genossen Stimming begründet und nach kurzer Diskussion dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Es fand darauf noch eine längere Diskussion über die letzte Agitation für den „Vorwärts“ und die Wahlvereine statt, wobei von mehreren Genossen bemerkt wurde, daß das Material den ländlichen Orten zu spät zugegangen sei, und ferner der Wunsch geäußert wurde, daß man entweder ein Flugblatt oder eine vollständige Nummer des „Vorwärts“ zu solcher Agitation herausgeben sollte. Der Genosse Riefegang, als Vertreter der Preßkommission, machte darauf aufmerksam, daß den Bezirken auf vorhergegangenen Wunsch zu gelegentlicher Agitation für den „Vorwärts“ immer gern die nötigen Nummern zur Verfügung gestellt werden.

Als Delegierte zum Breukentag wurden die Genossen Büßler und Ruth, sowie die Genossin Mirus gewählt; als Ersatzmann kommt der Genosse Kämring in Betracht.

Die Mandatsprüfung hatte ergeben, daß 72 Delegierte von 25 Bezirken, 23 Bezirksleiter, 12 Vorstandsmitglieder und der Abgeordnete des Kreises anwesend waren. Es fehlten aus Lichtenberg 2 Delegierte, aus Oranienburg, Panitzsch und Rummelsburg je ein Delegierter, sowie je ein Bezirksleiter aus Herzfelde und Nieder-Schönhausen.

Aus Industrie und Handel.

Aus den Ergebnissen der Berufsanzählung.

Von der Gesamtbevölkerung Preußens, die sich auf 37 989 893 Personen stellt, sind im Jahre 1907 als erwerbend tätig ermittelt 16 782 892, davon sind 15 970 745 Erwerbstätige im Hauptberuf und 812 147 bei der Herrschaft lebende Diensthoten. Danach sind 44,2 Proz. der Gesamtbevölkerung erwerbend tätig, 55,8 Proz. nicht erwerbend, und zwar sind 19 130 857 oder 50,4 Proz. Angehörige ohne eigenen Hauptberuf und 2 067 644 oder 5,4 Proz. beruflose Selbständige. Im Deutschen Reich insgesamt sind demgegenüber 45,5 Proz. der Gesamtbevölkerung erwerbend tätig, 49 Proz. Angehörige und 5,5 Proz. beruflose. Werden die Erwerbstätigen der Berufsabteilungen mit den von ihnen ernährten Angehörigen und den in ihrem Haushalte lebenden Diensthoten als die zu der betreffenden Berufsabteilung „Berufszugehörigen“ zusammengefaßt, so verteilt sich die Gesamtbevölkerung Preußens in folgender Weise:

	in Reich	in Preußen
A. Land- u. Forstwirtschaft	10 863 194 oder 23,59 Proz.	28,65 Proz.
B. Industrie und Bergbau	16 243 664 „ 42,76 „	42,75 „
C. Handel und Verkehr	5 095 116 „ 13,17 „	13,41 „
D. Lohnarbeit wechselnder Art	561 556 „ 1,48 „	1,28 „
E. Öffentlicher Dienst u. freie Berufe	2 042 588 „ 5,38 „	5,53 „
F. Beruflose Selbständige	3 273 780 „ 8,62 „	8,88 „

Von den Erwerbstätigen im Hauptberuf allein entfallen auf die soziale Stellung:

	bei A.	bei B.	bei C.
Selbständige	1 357 590	1 086 050	590 295
Angestellte	71 349	411 874	286 486
Arbeiter	4 447 862	5 190 457	1 179 444
Zusammen	5 876 841	6 688 381	2 056 225

	bei E.	bei A bis E
Selbständige	731 799	3 865 732
Angestellte	182 978	952 878
Arbeiter	132 892	11 272 993
Zusammen	1 047 670	15 591 403

Für das Reich resultieren diese Zahlen:
 Selbständige 6 049 135
 Angestellte 1 588 168
 Arbeiter 18 538 865
 Zusammen 26 176 168

Es entfallen auf je 100 Arbeiter im Reich 8,57 Angestellte und 32,63 Selbständige, in Preußen 8,45 Angestellte und 29,85 Selbständige.

Zu 3 036 124 Fällen haben hauptsächlich Erwerbstätige Nebenberufe angeübt, während bei den hauptsächlich Tätigen (den Beruflosen, Angehörigen wie auch den bei der Herrschaft lebenden

häuslichen Diensthoten) insgesamt 3 570 571 Fälle nebenberuflicher Tätigkeit gezählt wurden. Mehr als die Hälfte der gesamten ermittelten Nebenberufsfälle, nämlich 52,4 Proz., entfallen also auf Personen, die haupt- und nebenberuflich zugleich tätig sind. Nur in zwei Berufsabteilungen ist das anders: an den 5 601 222 in der Land- und Forstwirtschaft ausgeübten Fällen nebenberuflicher Tätigkeit sind die nicht hauptberuflich Tätigen mit einer Zahl von 2 923 200 beteiligt, also mit 52,2 Proz., und ferner stellt sich in der Lohnarbeit wechselnder Art die Verhältniszahl sogar höher, auf 65,7 Proz., bei 34 018 von 51 787 Fällen (die Ursache dafür liegt hauptsächlich in den Aufwartediensten, die verheiratete Frauen in fremden Haushaltungen leisten).

Die 5 601 222 Nebenberufsfälle in der Land- und Forstwirtschaft betragen nahezu 75 Proz. aller überhaupt festgestellten nebenberuflichen Betätigungen. Fast Dreiviertel aller Nebenberufe werden also in der Land- und Forstwirtschaft betrieben. In 2 800 222 Fällen wird dieser landwirtschaftliche Nebenberuf in selbständiger Stellung ausgeübt, in 2 801 000 Fällen unselbständig. Der überwiegende Anteil der selbständig betriebenen Nebenberufe in der Landwirtschaft entfällt auf die Erwerbstätigen im Hauptberuf, nämlich 2 063 990 gegenüber 286 236 Fällen, die durch hauptberuflich nicht erwerbstätige Personen erfolgen. Bei den unselbständig betriebenen landwirtschaftlichen Nebenberufen beanspruchen die Nichthauptberufstätigen mit 2 686 983 (von 3 298 Millionen Fällen überhaupt) den Vorrang. Von den Erwerbstätigen, die nebenberuflich der Landwirtschaft selbständig obliegen, sind 697 403 hauptberuflich Selbständige und 1 366 586 im Hauptberuf unselbständig; an den 614 017 Fällen unselbständiger Nebenberufstätigkeit in der Landwirtschaft sind 192 388 hauptberuflich unabhängige beteiligt gegenüber 421 629 unselbständigen. In dieser Berufsabteilung ist das Ubergewicht der hauptberuflich Abhängigen über die im Hauptberuf Selbständigen in der nebenberuflich selbständigen Tätigkeit besonders groß, da 90 Proz. aller hauptberuflich unselbständigen, die in den drei größten Berufsabteilungen Landwirtschaft, Industrie und Handel nebenberuflich selbständig tätig sind, der Landwirtschaft zugehören. In diesen drei großen Abteilungen sind:

Im Nebenberufe tätig als	Erwerbstätige in . . . Fällen			
	die im Hauptberufe selbständig		in der Landwirtschaft selbständig	
	abhängig	unabhängig	abhängig	unabhängig
Selbständige	1 365 410	1 495 174	374 858	505 850
Angestellte	12 584	6 208	4 525	755
Arbeiter mittelw. Angehörige	802 497	609 641	175 322	153 254

Hier haben die hauptberuflich Selbständigen wie unselbständigen das gemeint, daß sie den Nebenberuf überwiegend selbständig ausüben. Von den 3 510 463 Fällen dagegen, in denen hauptberuflich Nichterwerbstätige diesen Nebenberufen obliegen, werden nur 992 928 Fälle selbständig, 3 117 535 aber in abhängiger Stellung ausgeübt.

Die Weiterführung der Vagabundbahn über Alexandretta, die vom türkischen Parlament verlangt war, hat der türkische Minister rat genehmigt, und die Arbeiten für den Weiterbau von Bulgurlu über den Taurus auf dieser Strecke sind bereits in Angriff genommen worden, da die Verwaltung der Vagabundbahn seit Monaten alles hierfür vorbereitet hatte. Die neue Streckenführung liegt weiter südlich. Die Bahn führt von Bulgurlu über den Taurus nach Adana, lauft an dem schmalen Küstengebiet, der zur syrischen Bfarte führt, entlang bis Alexandretta (an der nordwestlichen Spitze des Mittelmeeres) und gewinnt sodann nach allerdings sawierigem und kostspieligem Aufstieg auf den südlichen Amanus über den Heilanstieg die Hochebene von Antiochien. Hier führt sie über Aleppo ohne weitere Bauchwierigkeiten nach dem Euphrat. Die jetzt in Angriff genommene Strecke geht bis El Helis und ist mit der bereits vollendeten 1788 Kilometer lang. Man erwartet, daß die Bahn hier den viel größeren Handelsverkehr, der von Alexandretta, der wichtigsten Handelsstadt Nord-Syriens, und Aleppo ausgeht, mitnimmt und die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens bedeutend erhöht. Nach dem früheren Projekte waren diese Städte nur durch Zweig- oder Stichbahnen mit der Vagabundbahn verbunden. Jetzt werden die auf der zuerst geplanten nördlichen Route gelegenen Städte umgangen und müssen daher Zweigbahnen erhalten. Diese erschweren aber den Betrieb nicht so sehr, weil der Verkehr eben nicht so bedeutend ist wie auf der neuen Linie. Ein weiterer Vorteil ist ferner, daß das Baumaterial für die Bahn nicht allein von dem gänzlich ungeschützten und versandeten Hafen von Berrina, sondern auch von anderen Häfen des Mittelmeeres herbeigebracht werden kann.

Zantien.

In der chemischen Industrie sind die Gewinne immer glänzender geworden. Die sichtbaren Zantien geben davon ein klares Spiegelbild. Die Zahl der Aufsichtsräte ist hier im allgemeinen bedeutend geringer als bei den Bankinstituten. Die mitgeteilten Ziffern der Kapitalien enthalten Aktien- und Leihkapital. In der chemischen Industrie ist es allgemein üblich mit Obligationen, also mit Anleihen zu arbeiten.

	Aufsichtsräte	Zantien in Mark	Dividende in Proz.	Kapital in Mill.
Elberfelder Farbenfabriken	5	342 000	86	61,0
Badische Anilin- und Sodafabrik	10	1 176 915	23	61,0
A. G. für Anilinfabrik, Trepptow	7	189 509	18	24,5
Höchster Farbwerke	9	1 167 423	27	48,0
Oberhausische Hofwerke u. chemische Fabriken	13	76 154	11	29,5
Ratigerwerke A. G.	13	40 168	11	24,0
Griesheim-Elektron, chemische Fabrik	6	401 998	14	19,0
Ber. Adin-Rottweiler Pulverfabriken	19	111 280	12	16,5
Anglo-Continental Guanowerke	6	64 858	7 1/2	16,0
Verein deutscher Zellfabriken	8	157 029	8	13,0
Chemische Fabriken zu Leopoldsdorf	7	30 000	—	11,3
Chemische Fabrik Hedden	5	20 530	10	10,0
Holzverlehnungs-Ind. A. G.	9	32 008	10	10,0
A. G. Scheidemantel	11	81 141	12	9,6
		54 131		
Chemische Fabrik Schering	5	141 927	9	7,0
Chemische Fabrik Milch	5	119 254	15	6,8
Chemische Fabrik vorm. Albert	6	511 312	33	10,0
Chemische Fabrik Ludau „Union“, Fabrik chemischer Produkte	6	54 514	12	6,3
		57 893		
		82 922		
Verein chemischer Fabriken	6	261 842	20	5,2
Schulz jun. A. G.	4	55 695	23	5,1
		188 270		
Rheinisch-Westfäl. Sprengstoff A. G.	11	30 485	11	5,0
Vereinigte Glasstofffabriken, Elberfeld	6	278 527	40	5,0
J. v. Riedel, Berlin	4	21 896	12	4,3
Saline und Soolbad, Salzungen	9	14 819	7	3,4
Stahlfurter chemische Fabrik	5	11 703	7	3,0
		20 747		
Konordia, Leopoldsdorf	4	18 256	—	2,1
Gerb- und Farbstoffwerke Kemmer	5	73 875	9	4,5
Ritritfabrik Ropnick	5	35 793	—	1,0
Sprengstoff A. G. Cordant	5	10 526	7 1/2	1,6
Stahl und Rahe A. G.	4	27 547	8	1,0
		6 106 065		488,8

Teilmweise sind die Zantien für den Aufsichtsrat und den Vorstand, in einigen Fällen auch mit den Gratifikationen für Beamte zusammen ausgewiesen.

Für 32 der belanntesten und großen chemischen Unternehmungen ergibt sich eine sichtbare Zantiensumme von 6 106 068 Mark. Das Kapital der in Frage kommenden Gesellschaften beträgt 438,8 Millionen Mark. Die sichtbaren Zantien sind hier im Durchschnitt noch höher als bei den Bankinstituten. Ueber eine Million an Zantien sind bei den Badischen Anilin- und Sodafabriken und bei den Höchster Farbwerken sichtbar. Die übrigen Unternehmen der chemischen Industrie weisen die Summen nur teilweise aus. Beachtenswert ist das Verhaltnis von Zantien und Dividende bei den Vereinigten Glasstofffabriken Elberfeld. Zur Auszahlung von 40 Proz. Dividenden werden 1 000 000 M. gebraucht, für Zantien kommen 278 527 Mark in Frage, also über 25 Proz. der Dividende. Dazu kommen noch tiefge stille Abschreibungen!

Witterungsberichts vom 6. Dezember 1909, morgens 8 Uhr.

Station	Barometer höchst. mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft	Station	Barometer höchst. mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft
Schwetznitz	749	SSW	2 heftig	0	habaranda	742	SSW	4 bedeckt	1		
Damberg	746	SSW	3 heftig	—1	Betersburg	752	SSW	1 bedeckt	2		
Berlin	750	SSW	2 halb st.	—1	Essig	739	SSW	4 bedeckt	6		
Frankf. a. M.	747	SSW	6 Regen	—5	Herborn	741	SSW	1 wolfl.	—4		
München	753	SSW	4 wolfl.	—2	Wetzlar	743	SSW	4 wolfl.	—6		
Wien	756	SSW	1 wolfl.	1							

Wetterprognose für Dienstag, den 7. Dezember 1909. Ein wenig wärmer bei lebhaften südlichen Winden und verandlicher Bewolung; geringe Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Verband sozialdemokrat. Wahlvereine Groß-Berlins.

Dienstag, den 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlungen der Wahlvereine der sechs Berliner Kreise.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Stellungnahme zum preußischen Parteitage.
2. Diskussion und Anträge.
3. Wahl von Delegierten.

I. Kreis.

Drasels Festsäle, Neue Friedrichstraße 35.
Referent: Landtagsabgeordneter Paul Hirsch.

II. Kreis.

Bockbrauerei (kleiner Saal), Tempelhofer Berg.
Referent: Genosse Klub.

Weitere Tagesordnungspunkte: 4. Wahl von zwei Mitgliedern zur Preßkommission.
5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

III. Kreis.

Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15.
Referent: Schriftsteller Genosse Max Grunwald.

IV. Kreis.

Kellers Festsäle, Koppenstrae 29.
Referent: Landtagsabgeordneter Hermann Borgmann.

V. Kreis.

Altes Schützenhaus, Linienstrae 5.
Referent: Redakteur Genosse Wermuth.

VI. Kreis.

Prachtsale Nord-West, Wiclfstrae 24.
Referent: Genosse Ledebour.

Das Kommunalprogramm für die Sozialdemokratie Preußens.

II.

Der zweite Teil des Programms zählt die Forderungen an die Gemeinden auf, er enthält durcweg Vorschläge, deren Verwirklichung schon unter den geltenden Gemeindeverfassungen möglich ist.

Obenan stehen natürlich auch hier wieder die Forderungen in bezug auf das Wahlrecht. Wir verlangen, daß die Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage vorgenommen werden, daß die Gemeinden auf die Befugnis der Erhebung von Bürgerrechtsgeld verzichten, und daß dort, wo ein Zensuswahlrecht besteht, der Zensus auf das gesetzliche Mindestmaß herabgesetzt wird. Daß hierin kein Zugeständnis an das Zensuswahlrecht zu erblicken ist, daß wir grundsätzliche Gegner jedes Zensus sind, bedarf keiner besonderen Ausführung, das geht ja auch aus dem ersten Teil des Programms zur Genüge hervor.

Die Gegner machen der Sozialdemokratie häufig den Vorwurf, daß sie zwar recht viel fordert, aber nicht den Weg angibt, auf dem die Mittel zur Durchführung der Forderungen beschafft werden können. Diesem Vorwurf begegnet das Programm dadurch, daß es ganz bestimmte Richtlinien für die Finanzgebarung der Gemeinden aufstellt. Ueber diesen Punkt des Programms wird es, soweit die bisherige Diskussion in der Presse und in Versammlungen einen Schluß gestattet, auch auf dem Parteitage zweifellos zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen. So ist der Kommission, namentlich von Vertretern ländlicher Gemeinden, ein Vorwurf daraus gemacht, daß sie die Gewerbesteuer mit keinem Wort erwähnt; es wird darauf hingewiesen, daß es Gemeinden gibt, die ohne die Gewerbesteuer dem finanziellen Untergange preisgegeben wären. Mag sein, daß das hier und da zutrifft, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die Gewerbesteuer eine durch und durch ungerechte Steuer ist, die in kräftigem Widerspruch zu den allgemeinen Grundätzen der Sozialdemokratie steht. Von den Verhältnissen einer einzelnen Gemeinde darf man sich bei der Aufstellung eines Programms nicht leiten lassen, und den Gemeinden, die angeblich so sehr auf die Gewerbesteuer angewiesen sind, wird ja durch die Vorschläge des Programms Gelegenheit gegeben, die ihnen durch den Ausfall der Gewerbesteuer entstehende Schmälerung ihrer Einnahmen doppelt und dreifach auszugleichen. Es sei nur erinnert an die Wertzuwachssteuer, die eine ergiebige Einnahmequelle bildet, an die Umsatzsteuer beim Verkauf von Grundstücken usw.

Was insbesondere die Umsatzsteuer betrifft, so dürfte es bekannt sein, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeinden gerade bezüglich der Bewertung dieser Steuer die wünschenswerteste Einheitslichkeit vermissen lassen. Unsere Fraktion im Roten Hause zu Berlin hat sich zum Beispiel gegen die Umsatzsteuer ausgesprochen, während unsere Genossen in Nachbargemeinden sie direkt bekräftigen. Unseres Erachtens ist das Verhalten der Berliner ein unrichtiges gewesen, und es scheint ja auch, als ob sie das inzwischen eingesehen haben. Die Umsatzsteuer ist im Grunde genommen doch nur eine rohere Form der Wertzuwachssteuer; wer grundsätzlicher Gegner der Umsatzsteuer ist, der kann nicht gut die Wertzuwachssteuer befürworten, und wenn unsere Berliner Fraktion heute so warm für eine sozial richtig gestaltete Wertzuwachssteuer eintritt, so zeigt sie damit eben, daß sie ihre Ansichten inzwischen revidiert hat.

Ein weiterer Einwand, der erhoben wurde, ist der, daß wir auf der einen Seite zwar das Verbot der Erhebung von indirekten Steuern durch die Gemeinden fordern, auf der anderen Seite aber selbst indirekte Steuern, wie Steuern auf den Grundbesitz empfehlen. Ein Widerspruch liegt hier tatsächlich nicht vor. Genau so, wie das Erfurter Programm sich für eine Erbschaftsteuer ausspricht, können wir, ohne mit unseren prinzipiellen Anschauungen in Konflikt zu geraten, die Umsatzsteuer und andere Steuern auf den Grundbesitz empfehlen. Steuern, die zwar von den meisten Nationalökonomien als indirekte Steuern angesehen werden, die sich aber von dem, was der gewöhnliche Sprachgebrauch unter indirekten Steuern versteht, dadurch unterscheiden, daß sie nicht die Interessen der Allgemeinheit den Interessen der bevorzugten Minderheit opfern, sondern im Gegenteil einer bevorzugten Minderheit einen Teil dessen wieder nehmen, was ihr aus der Arbeit der Allgemeinheit zugeflossen ist.

Der nächste Abschnitt des Programms, der sich auf das Bildungswesen bezieht, stellt im wesentlichen nur das zusammen, was sich in den einzelnen Provinzialprogrammen zerstreut vorfindet. Es ist ein umfassendes Bildungsprogramm, dessen Durchführung zweifellos einen ungeheuren Kulturfortschritt bedeutet. Wenn ein Artikel des „Abtinenten Arbeiter“ eine Erweiterung des Programms nach der Richtung anregt, daß die „Verbreitung von Aufklärung über die Gefahren des Alkohols in Schulen und Erziehungsanstalten“ darin aufgenommen wird, so läßt sich im Prinzip kaum etwas dagegen einwenden, es fragt sich aber doch, ob so spezielle Fragen in ein Programm gehören. Das gilt nebenbei bemerkt für fast alle Forderungen der Abtinenten, die ja direkt die Einführung eines besonderen Abschnittes „Zur Bekämpfung des Alkoholismus“ in das Programm vorschlagen. Wir halten das für überflüssig. Die Durchführung des Programms wird, wenngleich das nicht besonders betont wird, dem Alkoholismus ganz gewaltigen Abbruch tun. Was das Programm zur Regelung der Wohnungsfrage, zur Beseitigung des Schlafstellenunwesens, zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter fordert, das ist von so großem Einfluß auf die Bekämpfung des Alkoholismus, daß es unnötig erscheint, noch ein spezielles Programm anzuhängen.

Unter Umgebung einiger Abschnitte, über die in unseren Reihen Einigkeit besteht und gegen die auch in der Presse Anwendungen nicht erhoben sind, wenden wir uns zu dem Gebiet der Sozialpolitik. Wir finden da die ganz allgemein gehaltene Forderung „Ausbau des den Gemeinden zur ortstatutarischen Regelung übertragenen Arbeiterschutzes“. Diese allgemeine Forderung ist absichtlich gewählt. Es wäre ja ein Leichtes, all das aufzuzählen, was den Gemeinden in dieser Hinsicht möglich ist, aber wir dürfen nicht vergessen, daß die hierfür in Betracht kommenden Reichs- und Staatsgesetze einer häufigen Abänderung unterworfen sind und daß ein Programm, das sich hier auf Einzelheiten einläßt, dann

im Anschluß an jede Gesetzesänderung gleichfalls wieder geändert werden müßte. Deshalb ist es richtiger, man begnügt sich mit der allgemein gehaltenen Fassung und überläßt es dem Referenten beziehungsweise den Diskussionsrednern, zu sagen, was alles im einzelnen darunter gemeint ist.

Es ist unter anderem auch daran Kritik geübt worden, daß das Programm von der Forderung sozialer Kommissionen Abstand genommen hat. Das ist mit gutem Grunde geschehen. Gewiß hat diese Forderung auf den ersten Blick etwas Bedeutsames, aber in der Praxis haben sich solche Kommissionen nicht nur nicht bewährt, im Gegenteil, sie sind, wie es in einem Artikel der „Magdeburger Volksstimme“ mit Recht heißt, vielfach zu Begräbniskommissionen geworden. Da ist es richtiger, allgemein keine sozialen Kommissionen zu verlangen, sondern den Genossen in den einzelnen Gemeinden zu überlassen, ob sie dafür eintreten wollen oder nicht. Wenn überall dafür Sorge getragen wird, daß die ganze Gemeindetätigkeit sozialen Geist atmet und daß aus allen Kommissionen antisoziale oder unsoziale Elemente ferngehalten werden, dann werden sich besondere soziale Kommissionen als unnötig erweisen.

In hohem Maße trägt das Programm dem Gedanken des Gemeindefortschritts Rechnung. Wenn es die Uebernahme der Milchverforgung, der Bäckereien, Schlächtereien, Speisehäuser auf die Gemeinden verlangt, so wird ja manchem braven Spießbürger angst und bange werden, er wird die nahe bevorstehende Proklamierung des Zukunftsstaats fürchten, gegen das rote Geispen zu Felde ziehen und das alte Lied von der Vernichtung des Mittelstandes durch die Sozialdemokratie antimmen. Wer sich aber einigermaßen mit kommunalpolitischen Fragen befaßt hat, der weiß, daß es sich hierbei um Forderungen handelt, die schon in der heutigen Wirtschaftsordnung durchgeführt werden können und tatsächlich auch vereinzelt schon durchgeführt sind.

Auf das Kapitel „Armen- und Waisenvpflege“ einzugehen, erübrigt sich. Was da gefordert wird, entspricht so sehr den in der Partei allgemein geltenden Anschauungen, daß Meinungsverschiedenheiten darüber kaum zutage treten dürften.

Ein Einwand schließlich, der noch geltend gemacht werden könnte, ist der, daß das Programm zu sehr auf größere Städte zugeschnitten ist und den Verhältnissen in ländlichen Gemeinden zu wenig Rechnung trägt. Es läßt sich nicht bestreiten, daß es den ländlichen Gemeinden auch nach Durchführung der im Programm vorgeschlagenen Maßnahmen zur Hebung ihrer Finanzen vielfach an Mitteln fehlen wird, um das Programm in die Tat umzusetzen. Aber dem wird dadurch Rechnung getragen, daß im letzten Abschnitt die Schaffung von Zweckverbänden zur Durchführung gemeinsamer Unternehmungen angeregt wird, für welche die Mittel der einzelnen Gemeinden nicht ausreichen.

Ob der Parteitag wesentliche Änderungen am Programm vornehmen wird, wissen wir nicht. Verbesserungen wird sich auch die Kommission nicht widersehen. Aber auch dann, wenn der Entwurf unverändert genehmigt wird, wird den sozialdemokratischen Gemeindevertretern eine wichtige Waffe in die Hand gegeben sein, die richtig angewandt, der Partei gute Dienste leistet. P. S.

Die Agrarreformen in der dritten Reichsduma.

„Erst Beruhigung und dann Reformen“ — so hat Ministerpräsident Stolypin in der zweiten Reichsduma seine historische Mission kurz formuliert. Drei Jahre betreibt Stolypin die Beruhigungspraktiken mit unermüdlichem Eifer und selbst in Rußland unerhörter Bestialität. Jetzt sollten endlich die Reformen an die Reihe kommen.

Das Hauptobjekt der „Beruhigung“ waren die industrielle Arbeiterschaft und die Bauernschaft. Nach den Strafexpeditionen kommt jetzt für sie die „verfassungsmäßige“ Reform. Sie soll dem Zweck dienen, diese beiden Klassen auch für die Zukunft schadlos zu machen. Entwürfe zur „Arbeiterschutzesgesetzgebung“ sind schon der Reichsduma vorgelegt, teilweise auch angenommen. Die Arbeiterfrage läßt sich aber verschleppen, da die Arbeitslosigkeit noch mehr „beruhigend“ auf die Arbeiterbewegung einwirkt, als alle Strafexpeditionen und Befehle es vermöchten. Anders steht es mit der „Bauernfrage“. Selbst eine gute Ernte kann den Bauern, die zu wenig Land besitzen — und das ist die große Waffe — nicht viel nützen und jeden Augenblick kann man einen neuen Ausbruch der Bauernunruhen erwarten. Hier muß unverzüglich Hilfe geschaffen werden. Und zwar radikale Hilfe auf gesetzgeberischem Wege. Die staatsverhaltenden Elemente der Bauernschaft müssen von den revolutionären getrennt und für die Aufrechterhaltung der Staatsordnung gewonnen werden. In erster Linie muß die allerseits als Last empfundene und gefährliche Bauerngemeinde aufgelöst werden. Und der dritten Reichsduma muß man zugeben: in dieser Hinsicht arbeitet sie mit ebenso großer Energie wie Stolypins Regierung selbst.

Die Bauerngemeinde ist nach der Aufhebung der Leibeigenschaft hauptsächlich aus fiskalischen und polizeipolitischen Gründen beibehalten worden. Die dauerlich-ständisch organisierte, durch gegenseitige Bürgschaft ihrer Mitglieder gebundene, den Regierungsbehörden und Polizeibeamten direkt untergeordnete Gemeinde sollte für die regelmäßige Auszahlung der Ablösungssummen und der Staatssteuern haften, und außerdem für die Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlich sein. Die befreiten Bauern sind bekanntlich mit „Grund und Boden versorgt“ worden. Für das den Bauern zugewiesene Land mußten die Grundbesitzer sehr teuer abbezahlt werden. Da jedoch die Bauern kein Geld hatten, so trat die Regierung als Vermittlerin auf: sie bezahlte den Grundbesitzern (in Wertpapieren) die ganze Ablösungssumme im Voraus und belegte die Bauern mit einer Art Steuer, die im Laufe von etwa 40 Jahren die Ausgaben der Regierung decken sollten. Zur Einschätzung der Ländereien wurden die Bauern natürlich nicht zugezogen, der Preis wurde von Regierungskommissionen unter Mitwirkung der Grundbesitzer selbst festgesetzt. Die Höhe der Ablösungsteuer wurde von der Regierung allein bestimmt. Die Grundbesitzer ebenso wie die Regierung haben bei diesen Operationen ein sehr gutes Geschäft gemacht. Erstere haben schlechtes, meistens wald- und wasserarmes Land zu hohen Preisen verkauft. Die Regierung hat sich in der Ablösungsteuer eine unkontrollierbare Einnahmequelle geschaffen. Für die Regierung hatte die Operation außer

finanziellen noch andere Vorteile: die ganze befreite Bauernschaft geriet in völlige wirtschaftliche Abhängigkeit von der Regierung, die sich das Recht anmaßte, die Bauernwirtschaft zu kontrollieren und zu regeln, die Gemeindecinnahmen zu überwachern usw. Die „Befreiung“ der Bauern bestand somit in einem Wechsel ihrer Gebieter: die Sorgigkeit an Privatpersonen wurde durch die Sorgigkeit an den Staat, die Billigkeit der Grundbesitzer durch die Billigkeit der Regierungsbeamten ersetzt. Die Wirtschaft in den Gemeinden wurde nicht gemeinschaftlich, sondern individuell geführt. Nur Wald, Wiese und Wasser wurden gemeinsam benutzt; das Bauand hingegen wurde in Parzellen je nach der Zahl der erwachsenen männlichen Familienmitglieder geteilt und jede Familie wirtschaftete selbstständig unter Leitung des Familienvorstandes, des Vaters, des älteren Sohnes, auch der Mutter, wenn sie Witwe ist und minderjährige Söhne hat. Es sind auch Fälle bekannt, wo alleinstehende Töchter die Wirtschaft auf den Familienparzellen führten. Die Gleichberechtigung auch der Frau erklärt sich dadurch, daß auf jeder Parzelle ein bestimmter Teil der Auskaufs- und Staatssteuern haftet. Als die Parzellen noch nicht so zerstückelt waren und die Gemeinde noch nicht an Ueberforderung, sondern an Geldmangel zur Deckung der Steuerlasten litt, war jeder Zahler willkommen, ob Mann oder Frau. Diese Zeiten sind aber schon längst vorbei. Die Witwen- und Waisenparzellen sind schon längst in den Besitz der reicheren Gemeindeglieder übergegangen. Das Eindringen des Geldes, das Wachstum der Bevölkerung und die Verteilung der Parzellen unter die Mitglieder der Familie hat schon in den achtziger Jahren eine völlige Umwälzung der Gemeindeverhältnisse hervorgerufen. Schon die Familien der zweiten Generation besaßen nur noch mehr Bruchteile der Parzellen, die ihren Vätern bei der Befreiung zugewiesen wurden. Diese Parzellen sind meistens zu klein, um eine selbständige Wirtschaft zu führen und so mit Steuern belastet, daß deren Besitzer es vorziehen, überhaupt keine selbständige Wirtschaft zu führen. Für eine kleine Entschädigung oder nur für Uebernahme der Steuerlasten geben sie ihre Parzellen den reicheren Gemeindegliedern, ziehen in die Industriegegenden, um dort in den Fabriken Arbeit zu suchen, wandern nach Sibirien aus usw. Diejenigen, die nicht auswandern, arbeiten bei den benachbarten Grundbesitzern und reich gewordenen Gemeindegliedern unter für einen Europäer unglaublichen Lebens- und Arbeitsbedingungen und träumen immer von einer Erweiterung ihrer Parzellen. Diese nominellen Parzellenbesitzer und tatsächlichen Anechte und Landproletarier bilden eben das gefährliche Element, das bald alle seine Hoffnungen auf den „guten Jaren“ setzt, bald aber bereit ist, das Land der reichen Nachbarn durch Gewalt sich anzueignen und gewinnhaft zu verteilen. Nicht selten kommt es bei Bauernunruhen vor, daß solche Expropriationsbeschlüsse offiziell von der Gemeindegemeinschaft gefaßt und die offizielle Unterschrift des Gemeindevorstehers und das Gemeindefiegel tragen.

Neben dieser tatsächlich proletarischen Klasse entstand allmählich eine Minderheit, die durch Nebenverdienste, meist Handel oder Bucher, in den Besitz von Geld kamen und durch Pachtung der Witwen-, Waisen- und verlassenen Parzellen sowie durch Pachtung und Ankauf bei den benachbarten Grundbesitzern ihren Grundbesitz vergrößert haben. Von den europäischer Großbauern unterscheiden sich diese nur dadurch, daß sie ihre Gemeindeparzellen nicht als unbeschränktes Eigentum besitzen und durch gegenseitige Bürgschaft gebunden sind. Für diese Minderheit wäre die Auflösung der Gemeinde nur eine Wohltat. Auch für die Regierung kann die weitere Beibehaltung der Gemeinde keinen Zweck mehr haben. Die Ablösungssummen, die den Hauptgrund zur Beibehaltung der Gemeindeorganisationen in den sechziger Jahren bildeten, sind schon längst von den Bauerngemeinden ausgezahlt worden; unparteiische Statistiker behaupten sogar, daß die Bauern gegen Mitte der neunziger Jahre bereits das Doppelte bezahlt hatten. Die finanziellen Gründe fallen somit fort. In politischer Hinsicht ist die Aufrechterhaltung der Gemeinde gefährlich, da die verarmten Gemeindeglieder immer bestrebt sind, den Gemeindegroßbesitz — wenn es anders nicht geht, und „anders“, das heißt durch einen Jarenkas kann es nicht gehen — durch Gewalt zu erweitern. Die finanzielle Zwecklosigkeit und die politischen Gefahren sind schon seit mehreren Jahren von der Regierung anerkannt. Schon nach den Bauernunruhen von 1900/01 hat Michwe den ersten Schritt zur Auflösung der Bauerngemeinden getan. Ein solches Gesetz ist im Jahre 1903 veröffentlicht worden, dessen Verwirklichung jedoch durch den japanischen Krieg und die revolutionäre Bewegung von 1904/5 verhindert wurde.

In der Fortsetzung der von Michwe begonnenen Reform arbeitet jetzt Stolypin. Auf die Mitarbeiterschaft der ersten wie der zweiten Duma konnte Stolypin nicht rechnen, da in beiden eben die verarmte und von einem zu erweiternden Gemeindegroßbesitz träumende Bauernmasse stark vertreten war, namentlich in der Partei der „Ludowiki“. Aber auch die Kadettenpartei, die die Mehrheit in den beiden ersten Dumas besaß, war prinzipiell gegen die Auflösung der Bauerngemeinde. Deshalb ist das erste Gesetz über das „Ausscheiden aus der Bauerngemeinde“ nach der Auflösung der ersten Duma auf administrativem Wege durch einen einfachen Maß veröffentlicht worden. Nur nach der ebenfalls auf administrativem Wege durchgeführten Umänderung des ersten Dumawahlgesezes konnte das Gesetz über das Ausscheiden aus der Gemeinde der „Volksvertretung“ zur nachträglichen Bestätigung neben neuen Entwürfen zur Auflösung der Bauerngemeinde vorgelegt werden. In der „reformierten“ Volksvertretung gehört die Mehrheit den Großgrundbesitzern; von der Bauernschaft ist hier hauptsächlich die eben charakteristische reichere Minderheit vertreten. Die Großgrundbesitzer sind für die Auflösung der Bauerngemeinde. Denn, wie sich Fürst Peter Trubozlov, ein Führer des Großgrundbesitzeradels ausdrückt: „Zur Bildung eines stabilen konservativen Elements im Dorfe ist es notwendig, den Privatbesitz (im Gegensatz zum Parzellenbesitz) zu festigen. Die Förderung des privaten Kleingrundbesitzes ist die Hauptaufgabe des Staates, denn die Kleingrundbesitzer würden auch bei uns, wie überall in der ganzen Welt, ein nichterns, konserveratives Element bilden.“ Behaltlich hat auch Stolypin seine Agrarprojekte in der Duma motiviert. Die Mehrzahl der Bauernvertreter in der dritten Duma sind ebenfalls für die „Förderung des privaten Kleingrundbesitzes“, — freilich aus anderen, „mehr egoistischen“ Gründen als die Staats

Portieren-Spezialhaus
 Uebergardinen für Fenster und Türen.
 Imposante Auswahl! (einfacher und hochparter Genre).
 Pro Fenster von 37⁵ bis 175 M.
 Ein Posten reichgestickter **Plüsch-Portieren**
 nur soweit Vorrat!
 Pro Fenster 6⁸⁵ (Wert 10⁵⁰) M.
 Viktoriatuchportiere 385 M.
 mit allerliebster Stickerei.
 Nach auswärts per Nachnahme.

Emil Lefèvre
 Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstr. 158.
 Weihnachts-Extralistik und Katalog enorm billiger Geschenkartikel (600 Abb.) gratis u. franko.

Ein maßgebendes Urteil zu fällen über Wert und Güte unserer

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

ist heute jedem Raucher möglich. Die Fähigkeit, Qualität bei Cigaretten richtig abzuschätzen, hat sich mit fortschreitendem Konsum erheblich gesteigert. Unter diesen Umständen muß eine Marke Außerordentliches bieten, um so populär zu werden, wie unsere Josetti-Vera-Cigaretten. Sie muß aber in noch weit höherem Grade stets ihre bestimmte und bekannte Güte garantieren, wenn sie ihren guten Ruf nicht nur behalten, sondern fortgesetzt erweitern will, wie dies bei unseren Josetti-Vera-Cigaretten der Fall ist.

Josetti Vera m. u. o. M. 10 St. 30 Pf.



Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
 Bilanz am 30. Juni 1909.

Afrika.	Passiva.	Summe
Warene-Konto 206 331,33	Mitglieder-Guthaben-Konto 104 152,37	
Ruffen-Konto 27 414,24	Reservefonds-Konto 27 379,81	
Bank-Konto 101 841,81	Sparfonds-Konto 253 237,87	
Bankspott-Konto 16 285,—	Lieferanten-Konto 90 248,33	
Inventory-Konto 125 716,44	Kaufmanns-Konto 11 568,47	
Debitoren-Konto 2 014,07	Dispositions-Konto 266,16	
Stammanteil-K. (G. G. G.) 28 257,55	Nachbegrüßungs-Konto 643,01	
Postagen-Konto 2 708,60	Sparmarken-Konto 7 800,00	
Geschäfts-Konto, Anstalten 2 105,85	Spezial-Reservefonds-Konto 2 500,—	
Bausparungs-K. G. G. G. 237 891,85	Stammanteil-Konto 106 240,—	
Spar- u. Bausparungs-Konto 300,—	Mitglieder-Guthaben-Konto	
Stammanteil-Konto „Vorsprung“ 300,—	B. G. G. 48 816,42	
Rechnen-Konto, Arznenhände 1 376,30	Sauanteil-Guthaben-Konto 774,—	
Grundstücks-Konto 20 000,—	Gewinn- u. Verlust-Konto,	
Darlehens-Konto „Vorsprung“ 1 000,—	Reingewinn 157 275,41	
Effekten-Konto 20 000,51		
Einrichtungs-Konto 4 072,—		
Automobil-Konto 12 807,—		
Summe 811 292,45	Summe 811 292,45	

Mitgliederbewegung.
 Bestand am 30. Juni 1908 10 221
 Neu eingetreten 10 086 20 307
 Ausgeschlossen durch Übertragung 10
 Tod 23
 Ausschluss 605
 Freiwillig ausgeschlossen 497 1 135
 Bestand am 30. Juni 1909 19 172 Mitglieder

Die eingezahlten Mitglieder-Guthaben betragen am 30. Juni 1909 75 109,71 M.
 Einzahlungen wurden gemacht für 29 042,66
 Bestand am 30. Juni 1909 104 152,37 M.
 Die Kasssumme betrug am 30. Juni 1908 306 630,— M.
 Dieselbe erhöhte sich im laufenden Jahre um 268 530,—
 Wofür beträgt die Kasssumme am 30. Juni 1909 575 160,— M.
 Berlin, den 2. Dezember 1909.
 Der Aufsichtsrat. Fr. Schulze. 146/3
 Der Vorstand. R. Jungor. C. Mücke.

Garderobe

für Herren, Damen und Kinder, neueste Fassons größte Auswahl.

Pelz-Garnituren

für Damen und Kinder in kolossaler Auswahl wöchentlich 1 Mark.

Möbel

Polsterwaren, Komplette Wohnungs- und Kücheneinrichtungen, Leib- und Bettwäsche, Betten, Steppdecken, Teppiche, Gardinen, Portieren, Bilder, Wand- und Taschenuhren, Gas- und Petroleumkronen, Sport- u. Kinderwagen

auf Kredit an jedermann, eventuell ohne Anzahlung bei kleinster Abzahlung.

S. Dorn

Alte Schönhauser Straße 3
 Ecke Linienstraße.
 Heute bis 10, Sonntags bis 8 Uhr abends geöffnet.

KUNEROL

Nur unter diesem Namen

der auf allen Packeten, Dosen, Fässern angebracht ist, kaufe man **KUNEROL** das feinste Cocospeisefett zum Braten Backen Kochen



Generalvertreter für Groß-Berlin: Erich Strokorf, Berlin SW., Krounbergstr. 30. Tel. A. 6, 3713

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.
 Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 169, Restaurant Wille. Amt III, 4835.

Achtung!
 Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Gastschlechtern unseren **kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.**
 Geschäftszeit täglich von 10^{1/2}—1 Uhr mittags.
 Kopien vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.
 NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 4. Quartal blau und muß mit dem Verbandstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.
 Auf diesseitigen Anfragen und Wunsch der Gewerkschaften sowie Vereinsvereine erklären wir hiermit, daß die Musikdirektoren Maximilian Fischer sowie Franz Goldfelder nicht in unserem Verbande organisiert sind.

Schutzmarke



Unsere echten Biere sind überall zu haben. In Flaschen, Kannen und Syphons.
 Tel. VII, 4028, 89, 90.

BÖHMISCHES BRAUHAUS

Hygienische Bedarfsart.
 Drogerie Zarenba
 Weinbergweg 1, dir. a. Rosenhalses Tor.
 Billigste Bezugsquelle!
 Versuch 1. zur dauernden Kundschaff.

Ohne Anzahlung
 Teppiche, Gardinen, Portieren, Bilder, Spiegel, Uhren
 Auf Teilzahlung.
L. Matzner, Auguststr. 50.
 Nur Karten erbet.

Hygienische
 Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Einzelexempl. gratis u. post. grat. bei H. Jünger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichsgraben 91/9

Großes Aufsehen

erregt ein Weihnachtsbaum mit meinem wohlbekanntesten

Glas-Christbaumschmuck.



Sammlung 1 mit über 300 Stück in nur aus-erlesenen, hochmodernen diesjährigen Neuheiten, als: Edelobst, Früchte, Bienen mit Beicht, Trauben mit Blättern, Angela und Eier mit Phantasienmalerei (Zugendstil) usw., Luft, Glöckchen, Schmetterlinge, Paradiesvögel, Fenchelkörbe mit Trauben und Goldbäusen, Marmor- und Feuerlagen, Käse, Nikolaus im Schneemantel, Weisheit mit 100 000, Weisheit in Rosa, Angel mit Rad schlagendem Fluß, Diamantfingerring und Spiegelreflektoren, mit Seidenschleife und Silberdraht leonisch umspannende Dekorations- und Herkules, Goldfische, Dais im Ei, schwimmende Enten, Rabenkrone, Haseln usw. derselbe gut verpackt franco für 500 M., Nachnahme 5,00 M. Jeder Besteller erhält noch folgende Kunstgegenstände als Geschenk: Dr. Gooßs Nordpolstift mit Ausstattung, eine Windmühle mit Rad, einen silbernen Becher — zum Stechen, sowie Reis und Hirsch mit Reduktion und noch als Ueberraschung einen blühenden Rosenstock mit Laub und Base.

Sammlung 2: 120 Stück größere Sachen zum selben Preis.
Sammlung 3: über 180 Stück für 3,00 M. Geschenk: Hirsch und Hirsch mit Reduktion, u. silberner Becher.
 Größere Sammlungen bis 20 M. und mehr.
 Man verlasse nicht, sich von meinem freudig reellen Angebot zu überzeugen. Für Geschenke und Stückzahl wird garantiert. Tausende von Dankschreiben. 180/20*

Jose Müller, Lauscha S.-Mein. 47



Ein schlimmes Ende

nimmt jeder Versuch das beliebte, echte Palmrin durch eine billige Nachahmung zu erfegen. Wir bitten daher beim Einkauf genau auf den Namen Palmrin und den Schriftzug Dr. Schlink zu achten und Nachahmungen, die oft unter täuschend ähnlich klingenden Namen angeboten werden, zurück zu weisen.

H. Schlink & Cie. F. G.
 Hamburg · Mannheim
 Alleinige Produzenten von Palmrin.

Preisliste 18 gratis.



Wäscherollen, Wasch- u. Wringmaschinen liefert als Spezialität in neuester, praktischer Ausführung zu außerordentlich billigen Preisen

Rudolf Knapke, Berlin SW. 10, Seydelstr. 7, a. Spitalmarkt

Morgen Mittwoch, 8. Dezember: Zahlabend in den Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Zum Preussentag

Sollen heute abend die Berliner Genossen der einzelnen Reichstagswahlkreise Stellung nehmen. Der Gegenstand ist ein äußerst wichtiger. Die in Preußen verfolgte Politik ist erzkonservativ, wie das in keinem anderen Lande Deutschlands der Fall ist.

Dritter Wahlkreis. Die Genossen und Genossinnen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Versammlung heute abend pünktlich 8 1/2 Uhr eröffnet wird.

NB. Für die Bezirke 271 und 272 findet der gemeinschaftliche Zahlabend bei Trebbin, Köpenicker Str. 47 statt. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich zu beteiligen.

Zahlabend! Zweiter Wahlkreis (Friedrichstadt) Mittwoch, den 8. Dezember cr., nachts 11 1/2 Uhr, bei Jul. Meyer, Trautenstraße 108.

Lichtenberg. Heute abend findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Um die Arbeit schnell zu erledigen, ersuchen wir sämtliche Genossen und Genossinnen, sich daran zu beteiligen.

Rieder-Schöneweide. Am Mittwoch, den 8. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal des Genossen Kienast, Grünauer Str. 8, der gemeinsame Zahlabend für Rieder-Schöneweide statt.

Reinickendorf-West. Am Mittwoch, den 8. d. Mts., findet der Zahlabend für sämtliche Gruppen im Lokal von H. Schiller, „Eichhornstraße“, Eichhornstr. 60 statt.

Hermesdorf. Am Mittwoch (Zahlabend) hält Genosse Albert Anuth einen Vortrag über: Die Weidenburgische Verfassung. Ferner gibt der Genosse Schrauer einen Bericht über die Behandlung unseres Antrages in der Gemeindevertretung.

Potsdam. Mittwoch, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, im Viktoriagarten, Luisenstr. 37: Große Volksversammlung. Tagesordnung: 1. Die Frau als politische Kämpferin. Referentin: Luise Fiebig-Verlin. 2. Diskussion. 3. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen.

Sonntag: Flugblattverbreitung zur Stadtverordnetenwahl im ersten Wahlbezirk. Die Genossen des zweiten Wahlbezirks versammeln sich um 8 Uhr in den Bezirkslokalen zur Hilfe.

Berliner Nachrichten.

Der Sturm aufs Gewerkschaftshaus.

Aus allen Richtungen Groß-Berlins waren am Sonntag die Kleinen nach dem Engellufer geströmt, um der im großen Saale des Gewerkschaftshauses arrangierten Märchenvorlesung beizuwohnen. Um 2 Uhr nachmittags war bereits der weite Raum so bombenvoll mit Kindern und nur mit solchen, daß der Saal abgesperrt werden mußte und die Ordner nebst den aussichtsührenden Genossinnen nur schwer den immer noch nachdrängenden Strom aufzuhalten vermochten.

Als aber Frau Johanna Meyer, die beliebteste und brillante Regitatorin in Schleier und Diadem auf dem Podium erschien, da redeten die Kleinen Stupendöchen sich staunend empor. Die verlesenen Märchen wurden durch Lichtbilder wirksam veranschaulicht, so daß die Kinder zum vollen Genuß der hübschen Szenen kamen.

Am aber im nächsten Jahre, wenn dieses Arrangement wiederholt werden sollte, einen ähnlichen Andrang zu vermeiden und die Besucher nicht zwecklos den Weg nach dem Gewerkschaftshaus antreten zu lassen, wird man zum System der Willkettenausgabe übergehen. Die Willkette können dann einige Zeit vorher in den Organisationen für 10 Pf. entgegengenommen werden.

Auch unten, vor dem Saal, der die Wäherausstellung enthält, stautete sich eine wogende Menge, so daß die Ausstellungen von Zeit zu Zeit geschlossen werden mußte. Nicht minder stark war der Andrang im Erdgesch. wo die Berliner Genossinnen eine Ausstellung von Sonneberger Spielwaren arrangiert haben.

Sämtliche ausgestellte Artikel sind von den organisierten Genossen des Reininger Oberlandes hergestellt und finden die Berliner Arbeiter eine reiche Auswahl von Weihnachtsgeschenken aller Art.

Die milde Witterung der letzten Tage hat trotz der heftigen Sturmereignisse eine fast vorzüglichartige Entwicklung einzelner frühblühender oder frühblühender Pflanzenarten gezeigt. Das ist für den Dezember in unseren Breiten eine Anomalie, die sich nur ganz selten im Laufe von Jahrzehnten bemerkbar macht. Der eine oder andere wird an besonders geschützten Stellen — an Zierplätzen in der Nähe von Kirchen oder anderer hoher Gebäude — die Blüthenknospen z. B. fast fingerlang groß angetrocknen haben, als wollten sie sich gerade zu den Lichtgrünen, zarten Blättern aufsteilen. Keuchlich steht es mit den Knospen der Kirschbäume, die man hier und da noch in den Gärten unserer Vororte antrifft; auch sie glängen groß und braun. Bei vielen anderen Frühblühern ist ähnliches zu beobachten. Die Auslese für den Barbaratag (4. Dezember), an dem man besonders gut entwickelte Zweige frühblühender Obstbäume abschneiden und ins Wasser stellen soll, war diesmal gewiß keine schlechte; bekanntlich treiben derartige behandelte Zweige bis zum Weihnachtstage vollständig entwickelte Blätter und Blüten, die sich von den auf natürliche Art gezeigten nur dadurch unterscheiden, daß die Blüten ein wenig kräftlich-grauehler gefärbt ausschauen und verhältnismäßig kleine Blätter haben. Bei der vorgerückten Entwicklung der Knospen wird sich das Experiment auch heute noch gut ausführen lassen, vielleicht mit dem kleinen Unterschied, daß die Blüten sich nicht zu Weihnachten, sondern erst am Silvesterstage öffnen werden; die milde Witterung der letzten Tage begünstigt den hübschen Versuch ganz außerordentlich.

Die „Nagelbäume“ im Bäckergewande. Das Bethabara-Eisfisch in Weihensee, eine „Besserungsanstalt“ für „gefallene“ Mädchen, das schon wiederholt durch Furchtverbrechen seiner Insassen von sich reden machte, betreibt, zum Verger der örtlichen Waschanstalten, eine Wäscherei im großen. Dabei werden die Mädchen in der Anstaltskleidung, die jedermann im Orte bekannt ist, ausgeschiedet, um Wäsche abzuholen und den Stunden wieder zuzukommen. Die Bedauernswerten müssen, durch ihre Anstaltskleidung kenntlich gemacht, förmlich Spieghel laufen und sich oft anmaßliche oder gemeine Bemerkungen gefallen lassen. Weihensee Ortsvereine wollen sich nun über dieses mit der viel betonten Christenmilde selbstmitleidig kontrastierende Verhalten der Anstaltsleitung beschweren und ein Verbot des Tragens der Anstaltskleidung auf offener Straße erwirken.

Die Deputation der städtischen Gaswerke beschloß in ihrer Sitzung am 6. d. M., der Stadtgemeinde Schöneberg die Hälfte der Betriebskosten für elektrische Beleuchtung der Granowaldstraße von der Gleditsch- bis zur Hauptstraße zu erstatten. Dem Antrage der Gemeinde Pankow, welches von Berlin mit Gas versorgt wird, auf Genehmigung zur Anbringung von Straßenbeleuchtungsanlagen an den Gaslandelatern wurde stattgegeben. Endlich wurde der Etat für das nächste Rechnungsjahr beraten und genehmigt.

Mutmaßlicher Frauenmord.

Ein Leichenfund, der am Sonntagvormittag in der Spree von Schiffen gemacht wurde, erinnert an die Ermordung der kleinen Lucie Berlin aus der Ackerstraße und die Versteigerung der Leiche der Frau Madatus aus der Kleinen Alexanderstraße. Noch Sonntagabend gab folgender Säulenanschlag des Polizeipräsidenten der Bevölkerung von dem unheimlichen Funde Kenntnis:

„3000 Mark Belohnung. Am 6. Dezember 1909 vormittags gegen 10 Uhr wurde in der Spree in Höhe der städtischen Gasanstalt, nahe der Breslauer Straße, der unbeladete obere Teil des Rumpfes einer weiblichen erwachsenen Person von Schiffen bemerkt und dieser oberhalb der Michaelbrücke an das Land gezogen. Kopf, Unterleib und sämtliche Gliedmaßen fehlen. Kopf, Arme, Brüste und Unterleib sind wahrscheinlich mit einem scharfen Instrument abgetrennt. Anscheinend liegt ein Verbrechen vor, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß es sich um die Versteigerung eines Leichnams einer Person handelt, die eines natürlichen Todes gestorben ist. Möglicherweise ist die Leiche auch von auswärts angebracht worden. Die obengenannte Belohnung ist für die Personen aus dem Publikum bestimmt, welche zweckdienliche Angaben zur Ermittlung des Täters machen. Erhebliche Teile der Belohnung werden den Personen zugesichert, welche durch ihre Angaben die Feststellung der Persönlichkeit der Leiche ermöglichen oder die noch fehlenden Leichenteile zur Stelle schaffen.“

Ueber den Fund, der die Kriminalpolizei in unaußgeglichener Tätigkeit erhält, erfahren wir nachstehende Einzelheiten:

Die Schiffer Franz Röper und Gustav Scholz aus Marienwerder, die mit ihrem Kohlen Kahn an der Gasanstalt in der Holzmarktstraße 22-25 liegen, haben den Körper in der Spree treiben und verhaftet ihn mit Bootshaken an Bord zu bringen. Er war mit einem starken Bindfaden, wie ein Paket verpackt. Von dem Papier, in das er ursprünglich eingewickelt gewesen ist, hingen nur einige Fetzen an der Verpackung. Als die Schiffer ihre Bootshaken anlegten, ging der Leichenteil unter und kam erst nach längerer Zeit dicht oberhalb der Michaelbrücke wieder zum Vorschein. Die Schiffer, die mit ihrem Verboot etwa 500 Meter stromaufwärts gefahren waren, erreichten ihn dort, zogen ihn aus dem Wasser und legten ihn unter dem zweiten Stadtbahnbogen auf einem Pflastersteine nieder. Dann gingen sie nach der Wache des 9. Reviers an der Michaelbrücke und benachrichtigten die Polizei. Der Reviervorsteher erschien mit mehreren Beamten und stellte fest, daß es sich um den oberen Rumpfteile einer weiblichen Person handelte. Er benachrichtigte die Kriminalpolizei, von der alsbald der Chef-Untersuchungsrat Hoppe, Regierungsrat Dr. Lindemann und die Nordkommission mit dem Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Hoffmann erschienen. Auch von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht I kam ein Vertreter.

Der Befund wurde wie folgt festgelegt: Der Körper ist in Längsrichtung durchgeschnitten, das Rückgrat scharf durchgetrennt. Ein Längsschnitt zieht sich durch die ganze Brust. Der Kopf ist fingerbreit über dem Nacken glatt abgetrennt. Das Rückgrat weist am Längsschnitt Spuren eines wiederholten Anstoßes des Messers an die Halsstelle auf. Wehlich ist der Halsknorpel. Der rechte Arm ist roh herausgeschnitten, so daß die Rippen unter ihm zum Teil bloßgelegt, zum Teil angekniffen sind. Der rechte Arm ist glatt aus dem Schultergelenk herausgelöst. Die linke Brust ist bis auf die Rippen abgetrennt. Die Rippen sind zum Teil noch angekniffen. Die rechte Brust ist etwas höher glatt abgetrennt. Ein großer Hautfetzen zeigt, daß das Schneidewerkzeug zweimal angelegt ist. Es ist also nur der obere Teil des Rumpfes vorhanden. Alles andere fehlt. An der linken Bruststelle zeigen sich in der Gegend des Schlüsselbeins drei nebeneinander liegende dreieckige Einstiche, als ob jemand bei der Zerstückelung der Leiche ein Instrument, vielleicht eine dreizinkige Gabel, hineingestoßen hätte, um den Körper festzuhalten.

Aus dem Leichenschauhause wird gemeldet:

Zu einer genaueren Beschäftigung wurde der Leichenteil von der Fundstelle alsbald nach dem Schanbauke gebracht. Auf Grund der vorläufigen Beschäftigung kam der Gerichtsarzt zu dem Gutachten, daß es sich um keinen Fall um ein anatomisches Präparat oder eine sogenannte Anatomieleiche handelt. Dagegen spricht die Art und Weise der Abtrennung der Körperteile, die keineswegs anatomisch kunstgerecht bewerkstelligt worden ist. Es spricht auch dagegen, daß sich Herz und Lungen noch in dem Brustkorb befinden. Diese Teile hätte der Anatom ganz sicher herausgenommen. Der Gerichtsarzt stellte ferner fest, daß an den Schnittflächen an verschiedenen Stellen noch wasserdurchsichtiges Blut aus dem Körpertheil herauskam. Er kam also noch nicht allzu lange im Wasser gelegen haben, vielleicht acht bis vierzehn Tage. Das Alter der Person läßt sich auch nicht annähernd feststellen. Die Rumpfhöhe beträgt 36 Zentimeter. Das entspricht, wenn nicht gerade eine Abnormität vorliegt, nach den medizinischen Erfahrungsregeln einer Körpergröße von 1,60-1,65 Meter. Der Körperumfang ist der einer erwachsenen Person. Der Durchmesser beträgt 50 Zentimeter. Nach den inneren Organen, Herz und Lunge mag die Person etwa 30 bis 40 Jahre alt gewesen sein, doch steht das keineswegs fest. Das Herz hat ziemlich viel Fett angelegt. Auch verschiedene Fettabsätze deuten es sich um eine mittelmäßig corpulente Person zu handeln. Das Werkzeug, mit dem der Körper zerstückelt wurde, ist nicht sehr scharf gewesen. Es kann eher ziemlich stumpf gewesen sein. Der Unterleib ist nach medizinischen Gutachten am zweiten Lendenwirbel vom Bauchfell abwärts abgetrennt worden. Verschiedene Einschnitte zeigen, daß der Täter ein rohes Werkzeug noch gehandhabt hat. Die Speiseröhre ist nicht glatt durchgeschnitten, sondern abgerissen.

Nach dem bisherigen Stand der Nachforschungen bedarf es eifriger Mitwirkung der Bevölkerung, um über die Person der Toten Klarheit zu gewinnen. Vor allem sollte jeder, der seit acht bis vierzehn Tagen eine weibliche Person vermißt und das noch nicht angezeigt hat, sich unverzüglich bei der Kriminalpolizei melden.

Die Frage, ob ein Verbrechen gegen das Leben vorliegt, und welcher Art es sein mag, läßt sich aus dem Befund nicht bestimmen. Es kann sein, daß wieder, wie im Falle Madatus nach

einem Verbrechen gegen das keimende Leben, die Leiche zerstückelt und weggeschafft worden ist. Am wahrscheinlichsten mag sein, daß ein Inhaber eine Prostituierte umgebracht und die Leiche zerstückelt und weggeschafft hat. Ob nun die Tötung in der Stadt, in einem Hause oder auf einem Kahn, oder vielleicht auch außerhalb Berlins erfolgt ist, läßt sich gar nicht sagen. Die Kriminalpolizei hat deshalb auch alle ihre Abteilungen mobil gemacht, nach jeder Richtung die erforderlichen Schritte zu tun. Sie hat die Beamten aller Bezirke, auch die Sittenbeamten und die Patronen ins Herangezogen. Auch die Spürhunde sind angelegt worden, zur Abklärung der Ufer sowohl wie aller Röhre bis hinauf nach Stralau-Mummelsburg. Mit dem Polizeidampfer und Booten der Schiffer wurde von Neumittau und Schiffen alsbald der ganze Flußlauf abgeleitet. In den Schiffsmetern wurden die Bekanntmachungen ausgehängt, die Sittenwächter, die Beamten und Arbeiter der Wasserbauinspektionen wurden ebenso wie alle Polizeibehörden in weitem Umkreise von Berlin in Kenntnis gesetzt. Nach den Registern der Schiffsfahrtpolizei wurden alle auswärtigen Behörden veranlaßt, alle Röhre, die in der letzten Zeit in Berlin gelegen haben, schleunigst auf Leichenteile, Blutspuren, Kleidungsstücke und alle anderen Anhaltspunkte zu untersuchen. Ein vorläufiges Ergebnis der Ermittlungen ist bisher, daß an dem Grundstück Alt-Stralau 1/2 unterhalb der Treptower Eisenbahnbrücke gestern abend ein Pompadour und einige weibliche Kleidungsstücke gefunden wurden. Was sie für die Untersuchung bedeuten, läßt sich noch nicht sagen. — Aus dem Publikum erhielt die Kriminalpolizei nach dem Säulenanschlag die erste Mitteilung. Hiernach haben vor acht Tagen Hausbewohner im Osten der Stadt auf einem Fluß eine große Blutlache gefunden, für die sie keine Erklärung ermitteln ließ. Auch bis jetzt ist ihre Herkunft nicht aufgeklärt.

Durch die Nachforschungen auf der Spree, die sich auf alle Röhre erstrecken, ist ein Bootsmann M. ermittelt worden, der den Leichenteil schon am Sonntagabend nachmittag gesehen hat. M. sah am Sonntagabend nachmittag zwischen 2 und 4 Uhr das Paket, in dem sich der Rumpfteile befand, an seinem Kahne. Die graue Papierhülle hatte sich an einer Stelle gelöst. Dort hing ein Stück Fleisch heraus. M. kümmerte sich darum nicht weiter, weil er glaubte, daß verdorbener Schinken in der Spree schwimme. So erzählte er auch seinem Schiffer. Das Paket ist nun wahrscheinlich zwischen die Röhre geraten und war dort festgeklemmt, bis es am Sonntagvormittag in Bewegung geriet. Bei diesen Bewegungen ist wohl auch die Hülle gerissen und abgefallen. Die Kriminalpolizei hat nur noch ganz winzige Fetzen bergen können. Alle Stromschiffer und Wasserbeamten sind ersucht worden, auf das genaueste auf die Wasserläufe zu achten und etwaige Funde sofort zu melden. Polizeidampfer und Boote mit den Volkshandwerkern haben bisher keinen Erfolg gehabt. Ein Haer von Kriminalbeamten ist überall in Tätigkeit. Die Mühsalplätze werden ebenso wie die Mühsalplätzen nach Leichenteilen durchsucht.

Zimmer neue Blüten treibt der Schwindel mit Geheimmitteln der von Amerika, England und Frankreich anheimelnd mit Riesenerfolg betrieben wird. Nachdem der Schwindel des „Professors“ Maxim, der Handschriften einfärbte, um daraus die tollsten Dinge zu deuten und dann den „gläubigen“ Damen eine „Palette“ anzukleben, aufgedeckt worden ist, haben sich eine Menge der „Geprüften“ gemeldet. Die Damen erhielten meistens für teures Geld ein ovales Brett aus dünnem Holz, auf dessen einem Ende ein Glasknopf und am anderen Ende ein Bleistift befestigt war, der „allein“ schreiben könne, wenn auf dem Knopf gedrückt würde. Der Bleistift hat aber bis jetzt bei all den Empfängerinnen gestreift. Er scheint auf dem Transport sehr angestrengt worden zu sein, denn er hatte meistens keine Spitze mehr. Mad. Parriett Meta Smith aus Paris (Rue d'Auler 7) hat ein Mittel angepriesen zur Befestigung von Nanzeln. Das famose Mittel sollte unfehlbar sein und in einer Nacht helfen. Was Wunder, daß eine Menge Damen das Mittel zu haben wünschten. Die sich Meldenden erhielten einen B e r t r a g, den sie unterzeichnet zurücksenden mußten. Darin verpflichteten sie sich zur Zahlung von 24 M. für das Wundermittel, während Mad. Smith versprochen, das Geld zurückzugeben, wenn das Mittel wirkungslos sei. In diesem Falle müßte es aber binnen 48 Stunden nach Paris zurückgeschickt werden. Es bestand aus einem Pflaster einer Seife, die jedenfalls andeuten sollte, daß man ordentlich eingeseift wird. Das Pflaster mußte zwölf und mehr Stunden auf den Nanzeln liegen. Damen, die das Mittel nach vergeblichem Gebrauch zurückgelandt haben, erhielten ihr Geld nicht zurück, sondern ein Schreiben, worin auf den Betrag und die 48 Stunden Frist zur Zurücksendung hingewiesen wird. Mad. Smith ist auch erdödig, Haare aus dem Gesicht zu entfernen und zwar unkonst, wenn man ihr Personen nachhaft macht, die mindestens für 80 M. Bestellungen einsehen. Und es soll auch solche Dumme genug geben, die auf den neuen Schwindel hineinfallen.

Wegen Unterschlagungen bei der Stadthode wird der 41 Jahre, alte Bureauassistent Bernhard Volt aus der Neuen Schönholzer Straße 9 zu Pankow verfolgt. Volt war seit elf Jahren bei der Berliner Stadthode angestellt. Er bewohnte mit seiner Frau, einem 12jährigen Sohn und einer 10jährigen Tochter im dritten Stock eine Wohnung für 700 M. und trieb, soweit sich das übersehen ließ, keinen Aufwand, lebte vielmehr bescheiden und ruhig. Als er am vergangenen Donnerstag nachmittags 4 Uhr nach Hause kam, war seine Frau zu ihrem kranken Bruder gegangen. Volt verabschiedete sich von seinen Kindern und ging gleich wieder weg. Seitdem ist er verschwunden. Als er am Freitag nicht nach dem Bureau kam, prüfte man die Bücher und die Kasse und entdeckte nun Unterschlagungen, deren Höhe noch nicht festgestellt ist; nach dem, was Frau Volt mitgeteilt wurde, sollen sie gegen 30 000 Mark betragen. Es soll sich um Geld handeln das zu wohlthätigen Zwecken an die Stadthode gesandt sein soll.

Eine Glendströgdie hat sich in der Chlauer Straße 8 abgespielt. Dort wohnten seit längerer Zeit die Buchbinder Jesko Gerlachsen Eheleute, die beide 45 Jahre alt und seit zwanzig Jahren verheiratet waren. Sie waren kinderlos. Es waren ordentliche Leute, erlitten aber in Rot, da der Mann seit 1/2 Jahren keine Arbeit mehr hatte. Sie vermieteten infolgedessen ein Zimmer, und die Frau verdiente als Schneiderin etwas dazu, was aber nicht hinreichte, sie vor Elend zu schützen. Gerlach verließ gestern nachmittag um 2 Uhr seine Wohnung und ist seitdem vermißt. Seine Frau öffnete in der Nacht eine Gasleitung, an der sich früher eine Öllampe befunden hatte, und vergiftete sich. Als der Zimmermieter um 1/2 Uhr nach Hause kam, fand er sie tot auf dem Sofa liegen. Auf einem Zettel hat sie mitgeteilt, daß sie aus der Welt scheiden müsse, weil sie zu viel Rot gelitten habe; ihr Mann wolle sich irgendwo anders das Leben nehmen.

Warnung vor Palfschwindlern. Neuerdings läßt ein Schwindler Pakete durch Kinder abtragen und das Geld dafür einziehen. Später stellt sich heraus, daß in den Paketen sich Papierrollen befinden. Derartige Tricks sind in den letzten Tagen bereits vier bei der Kriminalpolizei gemeldet, in denen es dem Schwindler gelang, Beträge von 9,30 bis 18,80 M. zu erbeuten. In zwei Fällen wurde der Betrag zwar sofort entdeckt, doch konnte der Täter infolge der von ihm angewandten Vorsicht nicht festgenommen werden. Es kann nicht dringend genug davor gewarnt werden, daß Diensthofen oder Portiers ohne direkten vorhergehenden Auftrag ihrer Herrschaft Geldbeträge bei Ablieferung von Sendungen verauslagen.

Zu dem Raubmord auf Postamt 60 in der Schwedenstr. 5 werden zwei bemerkenswerte Mitteilungen gemacht. Am Freitagabend um 7 1/2 Uhr, also mehrere Stunden nach dem Anschlag, kamen zwei Männer, auf die die Befragung der Räuber paßt, zu einem nicht allzu weit vom Tatort entfernt wohnenden Arzte, um sich eine Verletzung verbinden zu lassen. Die Wunde rührte nach ihren Angaben von einem Schusse her. Die Leute weigerten sich, ihre Namen und Wohnungen anzugeben, machten auch über die Herkunft der Verletzung ganz unklare Angaben. Auf die Frage des Arztes, wo denn die Verletzung stattgefunden habe, in welcher Straße, erwiderten sie nur in der Barthauserstraße. Unter diesen Umständen weigerte sich der Arzt, einen Verband anzulegen, und verwies die Leute an die Unfallstation. Jetzt wurden sie so ungebührlich, daß der Arzt von seinem Hausrecht Gebrauch machen und sie hinausweisen mußte. Eine Umfrage bei den Unfallstationen hat ergeben, daß dort noch 7 1/2 Uhr niemand mit einer derartigen Verletzung gesehen ist. Wädlich ist, daß die Leute zu einem anderen Privatort in der Gegend des Weddings oder auch irgend wo anders gegangen sind. Die Unfallstationen haben sie ohne Zweifel gemieden, weil ihre Verletzung mit einer strafbaren Handlung in Verbindung steht. Es wäre für die Kriminalpolizei sehr wichtig, von dem Arzt, der eine Verletzung der angegebenen Art nach 7 1/2 Uhr am Freitagabend verbunden hat, sofort Auskunft zu erhalten. Auch sollten sich bei der Kriminalpolizei unverzüglich zwei Männer melden, die zur Zeit des Mordes in der Ecke der Christianiastraße und Schwedenstraße standen und sich nach den Tätern, die schnell die Christianiastraße entlang liefen, umsahen. Alle Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei im Zimmer 82 entgegen.

Selbstmord eines Majors. Western morgen gegen 7 Uhr hat sich der 54 Jahre alte Major Rüdiger v. Schöler, der in der Wichmannstraße 4a, im Seitenflügel, zwei Treppen hoch, eine Junggeheime Wohnung inne hatte, auf dem unbebauten Gelände südlich von Schloß Ruhwald durch einen Revolverbeschuss in die linke Brust das Leben genommen. Major v. Schöler war noch aktiv und gehörte dem Bezirkskommando I Berlin an. Die Ursache des Selbstmordes ist unbekannt.

Einen erheblichen Verlust hat am Sonnabendabend ein Fräulein erlitten, indem es zwischen 9-9 1/2 Uhr in der Strophenbahn (Linie Nr. 47) ein kleines braunes Damenportemonaie mit circa 40 M. Inhalt (ein Zwanzigmarschstück, ein Fehnmarschstück, einiges Silber und Nickel) verlor. Da das Geld nicht Eigentum der Verliererin ist, wird der etwaige Finder um Abgabe an Fräulein Steinlopf, Oranienstraße 45, gebeten.

Am Montag, den 22. November, hat ein Fortbildungsschüler im Schullokal Wasserlopfstr. 4 zwei goldene Vincenz verloren. Da der Verlierer den Verlust ersehen muß und auch in den Verdacht kommen kann, die Gegenstände unterschlagen zu haben, wird der Finder gebeten, Mitteilung an Albert Roal, Dunderstraße 90, gelangen zu lassen.

Feuerwehrrachrichten. Am Montag früh um 6 Uhr kam in der Ewinenländer Straße 53 Feuer aus. Sacke mit Sägespänen waren dort in einem Hauffur angezündet worden. Wegen einer Gasandrängung erfolgte ein Alarm nach der Buchstraße 5. Die Gefahr wurde beseitigt und der betäubte Wohnungsinhaber nach dem Rudolph-Wichow-Krankenhaus gebracht. Durch die Explosion einer Petroleumlampe kam in der Stralauer Straße 53 Feuer aus. In der Wasser- Straße 36 mußte ein größerer Kellerbrand gelöscht werden und der 13. Zug täglich Wasser geben. Auf dem Hofe Potsdamer Straße 29 brannten eine Menge Papierabfälle, Holz u. a., so daß längere Zeit gelöscht werden mußte. Auf dem Gesundbrunnen, Koloniestr. 3/4, brannte eine Trockenkammer und am Comenius-Platz 4 Fett, Wäsche u. a. Aus der Oranienstr. 30 und Brünnengasse wurden Schaufensterbrände gemeldet. Regale wurden in der Grünstr. 10/11 ein Raub der Pflanzen; frühböden brannten Meindendorfer Str. 54, Wohnermasse in der Jerusalemstr. 31, Gardinen und Möbel in der Rankestr. 7 und anderen Stellen. Ferner hatte die Feuerwehr in der Trebbiner Str. 9 und anderen Orten aus anderen Anlässen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Eine verschimmelte Leiche fanden Beamte am Sonntag früh um 3 1/2 Uhr auf den Gleisen des Nordringes nahe der Kaiserdammbahnbrücke (Döberiger Heerstraße). Aus den bei ihr vorgefundenen Papieren nimmt die Behörde an, daß es sich um einen 22 Jahre alten Hausdiener Eduard Sawerzon oder Sawerzon handelt. Das übrige Nationale, die Wohnung und andere Einzelheiten konnten noch nicht festgestellt werden. Ob ein Unglücksfall oder ein Selbstmord durch Uebersahren vorliegt, muß die Untersuchung ergeben.

Schöneberg.

Auf frischer Tat ertappt wurden zwei Einbrecher, die gestern im Begriff waren, aus der Wohnung des Verlagbuchhändlers Neuschel, Neue Steinmehrerstr. 3, mit Schmuckgegenständen beladen, sich zu entfernen. Die Diebe wurden plötzlich von dem früh nach Hause kehrenden Dienstmädchen überfallen, die sofort die Wohnungstür zuschlug und hilflos auf der Treppe hingerückte. Sofort sammelte sich unten so viel Publikum an, daß ein Entkommen der Diebe vereitelt wurde. Sie wurden bald darauf von der Polizei aus einem Versteck geholt. Auf dem Tische lagen Messer und Revolver, die den Einbrechern jedenfalls zur eventuellen Verteidigung dienen sollten.

Johannisthal.

In der letzten Gemeindevorversammlung wurde zunächst die Auflösung des im April auscheidenden vierten Gemeindevorsetzers vorgenommen. Das Los traf den Genossen Pirzich. Da das Mandat des Genossen Radu m. k. ebenfalls im April abläuft, so sind in der dritten Klasse wieder zwei Mandate zu besetzen. Einen Antrag im Gesicht der Wähler leistete sich die Gemeindevorsetzung mit der Ablehnung der Besprechung der Resolution der letzten Volkversammlung. Die Resolution sprach die Erwartung aus, mehr wie bisher für die Anlage eines Gemeindefriedhofes Sorge zu tragen. Herr Wilhelm Mette fand den traurigen Vor, einen Antrag zu stellen, über die in der betreffenden Volksversammlung einstimmig gefasste Resolution zur Tagesordnung überzugehen. Der Einspruch anderer Genossen nützte nichts; alle anwesenden Bürgerlichen stimmten für den Antrag und brachten somit die Besprechung der Resolution zu Fall.

Teltow.

Die Neuwahl eines Stadtverordneten der dritten Abteilung findet am Mittwoch, den 8. Dezember, nachmittags 5-9 1/2 Uhr, statt. Kleiniger Kandidat der Sozialdemokratie ist der Schneidermeister Gustav Franke. Parteigenossen, wie jeder seine Pflicht, damit unser Genosse mit einer imposanten Stimmzahl gewählt wird. Das Wahlkomitee.

Meindendorf.

Von einem bedauerlichen Vorfall wurden vor einigen Tagen die hier wohnenden Kochischen Eheleute betroffen. Am Freitagvormittag wollte Frau K. ihr jüngstes Kind baden und goß zu diesem Zweck kochendes Wasser in eine Wannenwanne, die sie auf einen Stuhl gestellt hatte. In dem Moment, in welchem die junge Mutter zur Wasserleitung ging, um kaltes Wasser zu holen, näherte sich die kleine Irene der Wanne und rief diese um. Der kochende Inhalt ergoß sich über den Körper des Kindes, welches emsiglich verdrückt wurde. Das schwerverletzte Mädchen wurde nach dem Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-

Krankenhaus gebracht, wo es am Sonntag seinen Brandwunden erlag.

Trebbin (Kreis Teltow).

Die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich zunächst mit der schon einmal vom Magistrat eingebrachten Grundwertsteuer. Hiergegen hatte der Hausbesitzerverein durch die Abhaltung eines Vortrags unter den Alderbürgern sowie der Mehrzahl der bürgerlichen Stadtverordneten Zustimmung gemacht. So kam es denn, daß trotz der sachlichen und gründlichen Begründung durch den Magistrat die Vorlage in namentlicher Abstimmung mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt wurde. — Da die Waldarbeiter eine Erhöhung ihres Lohnes beantragt hatten, war die Fortkommision am 1. Dezember mit den Arbeitern in Verhandlungen getreten, und sie machte der Versammlung folgende Vorschläge: 1. Erhöhung des Tagelohns von 2,25 auf 2,50 M. 2. Erhöhung der Schlagerlöhne in drei Positionen, pro Tag 30 Pf. Entschädigung für Ablösung des Feuerabendholzes. Weiter erhalten sie 16 Meter Reisig und 6 Meter Stübben zum Tagwert. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Die neuen Lohnsätze treten mit dem 6. Dezember in Kraft. Die Frau Schulze, welche schon 15 Jahre die Heizung und Reinigung des Rathauses besorgt war um eine Lohnserhöhung eingekommen. Der Magistrat beantragte hierzu, in den Wintermonaten 20 M. und in den Sommermonaten 15 M. zu gewähren. Genosse Dieblich stellte den Antrag, in den Wintermonaten der Frau 30 M. pro Monat und in den Sommermonaten 20 M. zu gewähren. Dieser Antrag wurde angenommen. Auf die Anfrage des Genossen Schönsee betreffend die Erhöhung des ursprünglichen Tagelohns antwortete Herr Bürgermeister Daudach, daß die Entscheidung darüber nicht dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung, sondern dem Magistrat und dem Herrn Regierungspräsidenten obliege.

Gerichts-Zeitung.

Ein Ehe drama vor den Geschworenen.

Das Schwurgericht des Landgerichts I eröffnete gestern mit der Verhandlung eines Gattenmordprozesses seine letzte diesjährige Tagung. Aus der Untersuchungshaft wurde der Drohschiffkutter Albert Meyer vorgeführt. Er ist beschuldigt, am 13. September dieses Jahres seine 33jährige Ehefrau Karoline M. vorsätzlich und mit Ueberlegung getötet zu haben. — Den Vorsitz im Gerichtshof führt Landgerichtsrat Thiele, die Anklage wird von Staatsanwalt Dr. Jäger vertreten, die Verteidigung des Angeklagten führt Justizrat Böhm.

Der 50jährige Angeklagte ist ein schon wegen Körperverletzung vorbestrafter Mensch. Er betrieb früher den Straßenhandel mit Wägen und war in manchen Stadtteilen eine bekannte Straßenfigur. Vor einiger Zeit gab er den Handel auf und betrieb eine kleine mit einer verwitweten Hoppe. Beide zogen in das Grundstück Willenstraße 21, wo die Frau die Hausreinigung übernahm. Das Ehepaar hatte einen aus Stube und Küche bestehende Doppelwohnraum inne, welcher häufig zum Schauplatz recht hässlicher Eheszenen wurde, bei denen es auch hin und wieder zu Tätlichkeiten kam. Am 13. September gegen Mittag, kurz nachdem es in der R.ischen Wohnung wieder einmal zu einer heftigen Szene gekommen war, erschien Meyer auf dem zuständigen Polizeirevier und erklärte mit ziemlicher Ruhe, daß er seinen seine Frau mit einem Beil erschlagen. Er wurde sofort in Haft genommen. Mehrere Polizeibeamte begaben sich unverzüglich nach der Wohnung des Meyer. Den Eintretenden bot sich ein furchtbarer Anblick dar. Quer über dem Bett lag in einer großen Blutlache die Leiche der Frau M. In der Küche unter der Wasserleitung wurde ebenfalls eine große Blutlache gefunden, die darauf hindeutete, daß der Angeklagte das zu der Tat benutzte blutbefleckte Beil von dem Blut gereinigt hatte. Der Angeklagte behauptete feinerzeit vor der Polizei, daß er in der Küche mit seiner Frau Streit bekommen habe und in der Wut ihr mit dem Küchenbeil mehrere Schläge über dem Kopf versetzt habe, so daß sie zusammengebrochen sei. Als er zu seinem Schreden gesehen habe, daß sie tot war, habe er die Leiche von der Küche nach der Stube geschleppt und sie quer über das Bett gelegt. — Die von der Kriminalpolizei an Ort und Stelle getroffenen Feststellungen waren jedoch mit den Angaben des Angeklagten nicht in Einklang zu bringen. Es wurde festgestellt, daß die tödlichen Stiche von hinten geführt daß M. seine Frau, als diese gerade von der Küche nach der Stube gehen wollte, von hinten mit dem Beil zu Boden geschlagen hatte. Für diese Annahme sprach auch, daß von der Küche nach der Stube keine Blutspuren führten. Dies hätte unbedingt der Fall sein müssen, wenn der Angeklagte, wie er behauptet, die Tat in der ersten Erregung in der Küche verübt hätte. — Die Staatsanwaltschaft erhob auf Grund dieser Ermittlungen die Anklage wegen Mordes, nachdem sich auch noch ergeben hatte, daß M. schon längere Zeit vorher ernste Drohungen mit Totschlag gegen seine Frau ausgesprochen hatte. Einmal soll M. seine Frau nach einem Streit am Hals gepackt und dabei geäußert haben: „So wird's gemacht. Erst mache ich dich kalt, dann komme ich ran. Es nimmt noch einmal ein Ende, das die Berliner in den Zeitungen lesen werden.“

Der Angeklagte gibt zu, seine Ehefrau in der Wut erschlagen zu haben, bestritt jedoch, mit Ueberlegung gehandelt zu haben. Er behauptet, daß er in der Erregung, die durch einen Streit mit der Frau und mehreren anderen im Zimmer befindlichen Personen entstanden war, den Schlag mit dem Beil ausgeführt habe. Er sei krank, leide an Asthma und sei durch sein Leiden sehr leicht erregbar geworden. Er habe auch früher häufig Wahnideen gehabt und des Nachts Schreien gesehen. Er habe wiederholt von seiner Frau getrennt gelebt, diese habe ihn aber immer wieder zurückgeholt. In der Beweisaufnahme wurden zuerst die Sachverständigen Medizinalrat Professor Straßmann und Gerichtsarzt Dr. Strauch vernommen, die feinerzeit die Obduktion der Leiche der Verstorbenen vorgenommen hatten. Beide bekundeten übereinstimmend, daß der Hinterkopf der Verstorbenen vier schwere Verletzungen aufgewiesen habe, die den Schädel völlig zertrümmert hatten und anscheinend mit dem Rücken des Beils herbeigerufen waren. Der Angeklagte selbst sei ein infolge seines Astmaldebens, hauptsächlich aber infolge seines übermäßigen Schnapgenusses, leicht erregbarer Mensch. — Der Zeuge Kriminalwachmeister Frige bekundete, daß der Angeklagte gegen 10 Uhr vormittags auf der Polizeiwache erschienen und habe in dem ruhigsten Tone erklärt, er habe seinen seine Frau mit einem Beil totgeschlagen. Nachdem er sich überzeugt hatte, daß er es mit keinem Geisteskranken zu tun hatte, habe er den Angeklagten gefragt, wie er zu der Tat gekommen sei. Dieser habe ihm wiederholt geantwortet: „Nache ist ich. Die hat mir genug geärgert.“ In der Wohnung hat der Zeuge erst alles durchsuchen müssen, um die Leiche überhaupt zu finden. Diese lag nämlich in dem völlig zurechtgemachten Bett, so daß man außen überhaupt nichts sehen konnte.

Mehrere Hausbewohner und Verwandte des Angeklagten bekundeten übereinstimmend, daß der Angeklagte ein Gewohnheits-trinker ist und stets sehr wenig Lust zur Arbeit gehabt. Er trieb sich nachts in den Kneipen umher und soll auch wiederholt unter Drohungen von seiner Frau Geld zu Schnaps verlangt haben. Das Familienleben war infolgedessen völlig zerrüttet gewesen und Haus und Streit waren an der Tagesordnung. Die an die Geschworenen gerichteten Schuldfragen lauteten auf Mord, Totschlag und auf Antrag des Verteidigers auch auf Körperverletzung mit tödlichem Ausgange. — Staatsanwalt Dr. Jäger plädierte auf Verjahung der auf Mord lautenden Schuldfrage. — Der Verteidiger Justizrat Böhm schiederte den Angeklagten als einen infolge seines Leidens und des übermäßigen Schnapgenusses leicht erregbaren und jähzornigen Menschen. Nichts spreche dafür, daß der Angeklagte im Augenblick der Tat die Absicht gehabt habe, seine Frau zu töten. Sicher sei es jedenfalls, daß der Angeklagte in der Erregung über die Vorwürfe seiner Frau die Absicht gehabt habe, die Frau zu mißhandeln. Von einer mit völliger Ueberlegung ausgeführten Tötung könne keinesfalls

die Rede sein, sondern nur von einer Körperverletzung mit tödlichem Ausgange oder höchstens von Totschlag.

Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage wegen Totschlags. Staatsanwalt Dr. Jäger beantragte eine Justizhausstrafe von 12 Jahren und 10 Jahren Ehrverlust, während Justizrat Böhm eine erheblich mildere Strafe beantragte, da es sich um eine im Affekt begangene Tat eines leicht erregbaren Menschen handelte.

Das Gericht erkannte wegen Totschlags auf 7 Jahre Justizhaus und 10 Jahre Ehrverlust und Anrechnung von 2 Monaten der vollstreckten Untersuchungshaft.

Grube Luise und Marianne.

In der gestrigen Sitzung kam der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Dr. Goebel auf die am Sonnabend gestellten Anträge der Verteidiger, insbesondere auf den Antrag betr. die angebliche „geheime Mission“ des Angeklagten Echtermeier zurück. Der Vorsitzende bemerkt hierzu: Die der Antrag vorliegt, weiß man nicht recht, wo man ansehen soll. In den beiden bei den Affen befindlichen Briefen steht nichts, was uns angeht. Angeklagter Echtermeier, was wollen Sie damit beweisen? — Angekl. Echtermeier: Daß ich Träger dieser Briefe war. — Vors.: Es sind nur Abschriften von zwei Briefen, und man weiß nicht, an wen sie gerichtet sind. — Angekl.: In dem Moment, wo ich dies sage, ist ja doch... — Präsi.: Ja Sie müssen uns doch sagen, was Sie mit Ihrem Antrag bezwecken. — Angekl.: In der Anklage ist gesagt worden, daß ich eine Verunglückung nach Paris gemacht habe, während ich zu anderen Zwecken dort war. — Vors.: Sie befolgen die Methode: „wasch mir den Pelz und mach mich nicht naß!“ — Angekl.: Ich halte mich nicht für beugt, hieron der Öffentlichkeit nähere Angaben zu machen. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit hätte ich keine Veranlassung, etwas zu verschweigen. — Vors.: Da müssen wir doch erst wissen, um was es sich handelt. Wenn Sie wirklich eine „Mission“ gehabt haben, so ist damit doch noch nicht bewiesen, daß die Erörterung der Mission das Staatsinteresse gefährden würde. — Angekl.: Das betr. Geschäft läuft noch, und wenn die Sache in die Presse kommt, dann erfahren die betreffenden Personen, wer meine Hintermänner sind. — Vors.: Ist das denn ein Geschäft, dessen Bekanntwerden das Staatsinteresse gefährdet? — Angekl.: Ja! — Vors.: Das muß doch erst von uns geprüft werden, und dazu müssen Sie uns einige nähere Andeutungen machen. Wir wissen doch gar nicht, um was es sich handelt. Es braucht doch nicht bei der Besprechung jedes staatlichen Aktes die Öffentlichkeit ausgeschlossen zu werden! — Angekl.: Das Staatsinteresse wird aber in diesem Fall gefährdet. Aus dem Inhalt der Briefe läßt sich auf die Art des Geschäftes und der Verhältnisse schließen. Das Geschäft schwebt noch, ich habe selbst schon 10000 M. Vorschuß erhalten. — Vors.: Ihr Verteidiger hat auch noch die etwas dunkle Andeutung gemacht, daß vielleicht ein Zusammenhang zwischen dem Verschwinden Ihrer Briefe und diesem mißlichen Geschäft bestehe. Was soll das bedeuten? — Angekl.: Es sind an dem Geschäft noch Privatpersonen beteiligt für diese wäre es sehr unangenehm, wenn die Sache bekannt würde, und diese hatten vielleicht ein Interesse an dem Verschwinden der Briefe. — Vors.: Diese sollen also die Affen und Bücher bei Seite geschafft haben? Das ist doch wunderbar. — Angekl.: Mir ist damit jedenfalls ein böser Streich gespielt. Ich habe ein großes Interesse an der Aufklärung dieser Sache. — Vors.: Wird dieser Antrag aufrechterhalten? — R. A. Kaefer: Wir wollen den Antrag fallen lassen.

Damit war dieser eigenartige Zwischenfall erledigt. Die Beweisaufnahme wurde fortgesetzt. Der Prozeß dürfte vor Schluß der Woche nicht zu Ende kommen.

Verurteilung eines Gendarmen.

Wegen vorsätzlicher falscher Angabe einer dienstlichen Meldung sowie wegen Betrug in zwei Fällen wurde der Gendarm Hans Stroder aus Lupow, Kreis Stolp, zu 10 Monaten Gefängnis sowie Verurteilung in die 2. Klasse des Soldatenstandes, Degradation sowie Dienstentlassung verurteilt.

Aus der Frauenbewegung.

Jugendliche Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen.

Nach der amtlichen Statistik wurden im Jahre 1908 jugendliche Arbeiter in 91888 und über 16 Jahre alte Arbeiterinnen in 86881 Fabriken beschäftigt. Von den unter 14 Jahre alten Kindern waren 6677 männlichen und 5885 weiblichen Geschlechts, ihre Zahl hat gegen das Vorjahr um 600 bzw. 400 abgenommen. Von den jungen Leuten von 14 bis 16 Jahren waren 289000 männlichen und 150000 weiblichen Geschlechts. Gegen das Vorjahr zeigte sich bei weiblichen jugendlichen Arbeiterinnen ein Rückgang von etwa 200, während die Zahl der männlichen jugendlichen Arbeiter um 4000 gestiegen ist. Die Zahl der beschäftigten erwachsenen Arbeiterinnen betrug 116083, davon waren 45087 bis 21 und 69016 über 21 Jahre alt. Gegen das Vorjahr hat eine Zunahme der erwachsenen Arbeiterinnen um 4500 stattgefunden, wovon 1400 bis 21 Jahre und 3100 über 21 Jahre alt waren. Auf jede Fabrik, die jugendliche oder erwachsene Arbeiterinnen beschäftigt, entfielen durchschnittlich 4,9 jugendliche Arbeiter beiderlei Geschlechts und 13,8 erwachsene Arbeiterinnen. Die entsprechenden Zahlen für das Vorjahr sind 5,0 bzw. 13,6.

Die öffentliche Frauenversammlung in Pankow am 2. d. M. hatte sich eines recht guten Besuches zu erfreuen. In einem anderthalbstündigen, von wiederholtem Beifall unterbrochenen Referat verstand es die Genossin Frau Luise J. e., den zahlreich erschienenen Frauen vor Augen zu führen, in welcher einschneidender Weise gerade sie durch den letzten Steuerantrag nach jeder Richtung hin in Mißleidenschaft gezogen seien. Gegenüber dieser unerhörten Ausplünderung gebe es nur eine Stellungnahme für die Frauen. Seien sie auch gegenwärtig noch politisch rechtlos, so doch keineswegs machtlos. Das Reichsvereinsgesetz habe auch den Frauen die Möglichkeit gegeben, durch politischen und gewerkschaftlichen Zusammenschluß ihren Einfluß auf die Politik wie auf wirtschaftlichem Gebiete zur Geltung zu bringen. Je eber und zahlreicher sich die Frauen in die Kampfereihen des Proletariats einreihen, desto eher werde es möglich sein, der schamlosen Volksausplünderung Einhalt zu gebieten. — Nicht nur der Beifall am Schluß der Ausführungen der Referentin, sondern auch die Tatsache, daß sich etwa 40 Frauen in den Wahlvereinen ausrechnen ließen, bewies, wie sehr ihnen aus der Seele gesprochen war, und wie auch sie sich der Einsicht nicht verschließen können, daß sie in die Reihen des kämpfenden Proletariats hineingehören.

Lesende.

Rankwitz. Am Mittwoch, den 8. Dezember, besondertes Umstände halber kein Frauenlesende.

Vermischtes.

Sturm und Hochwasser.

Wie aus verschiedenen Meldungen aus dem Rheine und dem Anlande herborgeht, ist nach dem verbererenden Sturm, der in den letzten Tagen in Westeuropa herrschte, Hochwasser eingetreten. So wird aus Köln gemeldet: Im Ruhrgebiet ist Hochwasser eingetreten, wodurch der Verladeverkehr gebremst ist. Fortgesetzt treffen Hochspalten über Unglücksfälle ein, die durch den Druck verursacht sind. In Vocholt wurde ein Radfahrer vom Rade geschleudert und sterbend in das Hospital gebracht. Ein von Essdicken nach Düren fahrender Zug mußte umkehren, weil die Dampfsirenen mit Trümmern bedeckt war. In Neudorf wurde ein Schornstein umgeweht, dessen Trümmer eine Veranda durchschlugen und auf eine beim Kaffe sitzende Gesellschaft niederkam. Es wurde aber niemand verletzt. Besonders stark hat das Sturmweiser einige Rosfelder mitgenommen. Zahl-

H. Eiders & Dyckhoff

Ausverkauf

in fert. Herren- und Knaben-Kleidung

enorm unter Preis
wegen Filial-Aufgabe

Oranien-Str. 48

Ein Posten Damen-Jacken, Mäntel, Röcke
und Blusen aussergewöhnlich billig

Ausverkauf nur Oranien-Str., Ecke Luckauerstr.
am Moritzplatz.



Wer keinen Brantwein will und doch etwas kräftiges trinken muß, erhält durch unsere kräftigen Fruchtweine einen vorzüglichen Ersatz.

- Johannisbeerwein 1/2 Fl. 60 Pf.
- weiß und rot, herb und süß
- Stachelbeerwein, süß 60 "
- Heidelbeerwein, herb und süß . . . 60 "
- Kirschwein, süß 70 "
- Brombeerwein, süß 70 "
- Erdbeerwein, süß 70 "
- Preißelbeerwein, süß 70 "
- Schaumweine hiervon 1,35 M.
- ausgezeichnet zu Bowlen

Zu haben in allen Geschäften in Berlin und Vororten, welche unsere Waren führen. Jedes Etikett trägt unsere Firma, worauf wir zu achten bitten.

Man verlange Preislisten.

Hermann Meyer & Co.

Akt.-Ges.

N., Wattenstraße 11/12.

25. Ziehung 5. Kl. 221. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 6. Dezember vormittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

45 208 91 411 536 879 968 [1000] 1055 [500] 39 [500]	133 216 306 [1000] 404 604 73 895 2021 335 492 [500]	705 [1000] 82 62 3107 [1000] 100 317 36 475 706 47 871	979 4022 255 439 303 65 71 631 62 91 5009 27 [1000]	137 351 418 847 653 730 32 6053 296 [1000] 350 438 335	24 72 [500] 857 991 92 7039 256 317 713 43 833 97 992	[1000] 8038 260 87 730 80 827 9003 187 281 278 327 90	10833 65 [1000] 71 654 725 828 [500] 11055 69 217	50 12013 125 [1000] 75 24 236 350 630 982 13185 702 877	[1000] 985 [1000] 14025 165 [1000] 526 712 823 45 940	[500] 61 15087 547 706 67 837 59 78 [1000] 16309 [500]	24 332 562 029 718 98 [500] 874 87 249 [500] 17173	280 437 792 817 18018 58 104 [500] 41 280 429 35 334	101 301 49 924 19030 45 718 41 656 811 21	20010 486 523 45 910 21505 65 [500] 326 59 450 74	840 54 22310 29 500 11 326 456 514 33 [1000] 740 63	874 [500] 915 23002 20 252 254 35 24127 371 489 500	[1000] 687 711 812 51 74 [500] 25044 [500] 209 71 428	649 437 606 17 26019 121 606 726 879 27019 [500] 89	306 [500] 735 32 [500] 920 28187 714 87 29118 423 43	648 718 837 987	30023 128 208 553 63 477 738 52 76 31259 52 506 13	[1000] 601 66 32207 412 522 645 74 300 33064 491 24	42 584 621 [500] 42 85 704 15 28 50 34281 [500] 318 64	617 710 871 35090 [1000] 12 288 261 634 722 826 36126	64 213 [1000] 28 85 619 708 61 [500] 67 961 [500] 84 37186	67 324 [1000] 53 472 [500] 607 43 734 38016 103 400	801 39102 44 [500] 620 735 645 [500] 322	40259 333 91 483 549 739 41004 23 237 98 285 489	320 871 989 42017 94 801 67 698 773 889 940 43045 327	90 421 60 476 702 61 84 827 44272 432 [500] 610 500	954 67 45048 74 135 52 89 215 269 291 [500] 15 85 [500]	804 46307 410 [500] 530 [500] 570 728 828 47060 171	807 47 813 45189 301 60 500 515 715 [500] 27 323 35 945	40289 273 219 23 43	50970 282 357 [500] 412 603 986 51002 [500] 13 705	[500] 233 400 651 902 63 52022 283 382 93 649 653 747	48 988 [1000] 50 43 172 809 962 54278 610 840 941 55454	[1000] 510 15 47 606 778 812 43 49 903 56013 107 14 19	[500] 90 301 373 93 934 75 57417 805 58831 630 32	[500] 899 947 59212 600 11 14 719 43	60025 65 [500] 118 [1000] 328 674 801 70 98 61211	84 266 923 79 020 62099 142 [1000] 02 489 503 827 59	965 [1000] 63016 728 33 403 647 702 814 90 64135 49	66 510 23 [1000] 40 [1000] 605 88 87 [500] 268 317 63017	805 10 450 37 511 611 66318 899 921 07219 [1000] 19	333 404 562 701 15 28 851 68019 419 79 [500] 613 956	69207 749 90	70888 287 400 320 630 671 952 71079 428 43 705 871	515 72011 [1000] 201 306 [500] 102 46 63 73028 71 171	72 414 516 [1000] 02 833 907 74211 18 40 [1000] 830	33 413 603 787 [500] 863 968 75309 27 60 409 53 [1000]	73 793 874 652 [1000] 78111 236 312 322 72 91 865	77107 63 308 69 712 63 78117 264 420 932 70909 [500]	878 90	80218 23 627 745 817 81541 42 661 615 817 88 99	85 82254 [500] 64 506 603 [500] 16 61 [500] 782 803 947	83113 217 [500] 35 538 [1000] 84 [500] 687 [1000] 828	67 88 88025 489 607 43 [1000] 775 300 85 485 58084	820 60 704 827 884 86120 420 258 619 43 702 87328 690	745 [1000] 90 88015 295 275 420 654 61 885 89013 47	800 233 617 708 [1000] 43 815 913	90120 [500] 60 400 537 618 91 842 78 84 91807 50	651 [500] 809 91 786 62012 31 101 30 231 85 84 603 780	800 595 93228 27 221 708 807 900 94106 307 315 988 927	948 95000 270 487 826 96090 116 281 419 565 626 873	828 97050 442 98789 [500] 99711 408 819 729 989	100185 276 504 603 744 962 101203 512 867 809 61	[1000] 872 102189 614 750 854 94 103173 361 417 600	703 819 27 88 947 90 104759 496 19 925 105124 239	428 816 42 702 54 [500] 91 106153 416 558 [1000] 611	715 882 381 107241 248 705 27 63 879 108900 273 602	84 282 33 721 923 109080 214 687 804 80	110125 125 257 623 871 910 111005 23 114 384 [1000]	429 613 739 880 112147 250 450 246 113100 312 35 482	806 114804 126 286 315 [500] 85 425 587 605 27 788 818	118709 478 588 658 62 [1000] 116070 251 522 96 642	774 582 117054 154 118025 438 99 764 [1000] 949	119208 549 630	120023 52 133 293 323 420 61 661 786 882 121050	884 216 [1000] 421 673 833 929 49 122056 74 158 523	877 123108 510 21 678 728 39 810 28 37 815 62 124160	943 616 954 125341 80 615 42 [500] 83 611 45 126078	816 481 481 208 623 8 43 83 [1000] 335 [1000] 127119 410	81 606 [1000] 47 83 128188 771 315 473 557 806 129099	828 59 405 623	130285 623 67 [1000] 87 [500] 827 62 131212 417	85 909 132180 [1000] 251 403 812 36 63 133431 533 [500]	608 141 [1000] 844 49 34 134178 229 371 515 135350	[1000] 629 285 800 [1000] 928 31 56 71 [500] 136022 179	293 437 684 965 137197 63 [1000] 89 553 681 [1000] 752	818 138178 87 305 450 382 630 [500] 64 881 139111 62	405 897 394	140007 501 63 476 388 531 [500] 141049 151 219	850 581 66 787 896 576 142075 159 506 601 748 78 820	143005 [500] 183 233 [1000] 291 681 144125 431 372	807 87 718 46 814 145224 407 24 319 [500] 618 790 814	146195 215 71 319 80 309 733 147389 883 413 319 83	717 148134 449 788 859 81 960 149023 507 95 902 53	150027 293 382 [1000] 885 849 64 635 151173 217	490 65 671 622 27 82 [500] 747 899 152189 [500] 507	676 882 948 153105 588 [1000] 732 229 154047 163 227
--	--	--	---	--	---	---	---	---	---	--	--	--	---	---	---	---	---	---	--	-----------------	--	---	--	---	--	---	--	--	---	---	---	---	---	---------------------	--	---	---	--	---	--------------------------------------	---	--	---	--	---	--	--------------	--	---	---	--	---	--	--------	---	---	---	--	---	---	-----------------------------------	--	--	--	---	---	--	---	---	--	---	---	---	--	--	--	---	----------------	---	---	--	---	--	---	----------------	---	---	--	---	--	--	-------------	--	--	--	---	--	--	---	---	--

25. Ziehung 5. Kl. 221. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 6. Dezember nachmittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

78 [5000] 84 460 615 55 58 [1000] 793 [5000] 602 [1000]	155007 90 722 91 [1000] 158027 193 97 266 445 [500]	79 510 127 45 157007 94 193 331 41 158156 703 318	437 530 636 [1000] 707 98 [500] 935 159213 290 494	794 915	160613 797 801 902 161400 645 162213 360 854	964 163286 208 [500] 797 809 17 60 164005 209 750	89 829 165708 861 166007 234 379 476 619 637 780	807 94 167445 708 928 168017 [500] 132 95 334 435	580 678 903 79 169087 105 268 412 78 764 [1000] 268	170085 277 881 171856 520 48 605 723 172087	877 907 437 630 53 686 712 [1000] 47 803 027 173193	408 028 743 58 174008 22 602 756 175270 414 809	028 [500] 176003 180 371 482 544 47 768 950 177114	93 564 832 [1000] 43 178155 250 201 604 86 977 [10000]	78 179256 22 63 413 74 784 [500] 364 [500]	180202 206 505 80 680 [1000] 815 18 [500] 43	58 181010 176 405 51 508 78 182002 28 212 67 67	626 760 99 292 183008 106 35 212 318 855 944 [1000]	184173 292 448 588 878 185151 258 81 318 509 49	607 789 817 88 186035 54 323 25 55 567 806 923 [500]	187123 93 630 [1000] 45 789 804 188365 410 784 800	58 921 189088 65 66 675 748 970	190068 187 203 264 191349 689 192114 213	44 808 790 882 96 193009 81 889 [1000] 602 718 84 85	[1000] 823 28 268 87 [500] 194465 601 765 953 [1000]	79 [1000] 195003 245 360 478 510 [1000] 543 92 196120	[500] 203 [500] 447 91 514 [1000] 714 988 197109 364	628 98 985 [500] 198081 201 280 28 813 974 199023	80 273 347 359 370	200023 188 266 331 606 22 [500] 68 88 803 201014	52 116 39 [500] 271 342 [1000] 323 613 [1000] 84 773	894 022 202067 268 432 [500] 880 203015 307 725 803	[1000] 90 98 [1000] 258 204071 353 457 876 940	205110 238 54 75 311 478 [500] 819 718 48 90 914	206254 60 515 629 708 47 74 809 909 21 207198 213	29 [1000] 683 [500] 208081 152 82 718 209423 504	[1000] 47 744 851	210014 [5000] 717 82 851 [1000] 370 211409 51	74 08 500 70 710 813 62 978 212002 35 62 286 580 742	028 [500] 213022 73 [1000] 230 320 84 204 303 801	214075 264 [500] 274 495 509 809 25 215015 641	216187 204 274 426 629 705 801 34 [500] 75 217005 45	82 25 255 54 [500] 300 832 24 46 [1000] 832 84 218089	82 [1000] 120 60 [1000] 280 440 766 871 219019 89	312 411 85 54 608 43 746 97 994	220178 840 [500] 43 607 721 889 [1000] 221512	629 810 222000 150 238 85 265 [1000] 484 89 559 886	078 223462 612 [1000] 710 844 224387 856 904 83	225403 688 210 226097 241 [500] 624 740 [500]	227205 212 606 712 57 74 92 94 904 [1000] 22811 862	937 229110 34 239 246 609 856 755	230127 325 438 743 84 [1000] 231057 287 455	808 913 72 232087 115 31 [500] 247 447 248 233412	234400 230 [500] 235130 237 649 657 [1000] 072 46	[1000] 236011 600 811 237964 218 255 80 843 310	[1000] 238640 261 68 407 816 239011 404 15 18 537	626 42 47	240000 241 429 48 605 241006 [500] 382 63 400	701 894 97 242025 71 182 404 243144 261 343 427	244039 193 [500] 284 643 843 879 245309 498 987	246014 182 40 244 604 88 924 247064 112 743 805	25 909 248270 760 [500] 300 249041 143 [500] 223	78 25	250005 48 69 290 [1000] 424 818 977 [500]	251281 440 719 829 942 252001 135 213 227 96 856	757 82 833 263017 72 843 85 74 732 84 812 [1000] 919	51 254944 284 503 [1000] 691 701 845 90 942 73	255004 422 75 99 510 705 95 256091 [1000] 69 175	269 98 257000 239 371 92 501 789 258023 298 448	147 09 75 855 [1000] 62 259091 116 390 450 705 867 838	260131 261189 381 [1000] 88 930 25 813 262169	[1000] 295 76 88 413 682 708 948 263001 115 [500] 30	70 204 81 708 882 [500] 85 925 264004 85 122 634	37 724 43 99 265131 [1000] 62 [1000] 79 286 323 73	675 [1000] 842 266105 89 [1000] 381 417 [500] 519	672 [1000] 845 26 975 267009 223 [1000] 41 487 878	268247 [1000] 448 680 754 854 955 46 [500] 269028	321 402 654 66 735 801 903	270003 174 491 506 271499 143 871 29 272073	[1000] 238 277 37 431 507 693 702 273107 212 310 710	648 274009 733 275009 187 [500] 294 86 442 89 673	924 88 276447 80 426 603 [1000] 90 781 86 831 70	[500] 277407 886 987 920 [500] 278024 [500] 65 84	404 920 [1000] 38 279109 188 97 [1000] 305 421 60	629 725	280043 50 192 217 217 430 [500] 503 90 783 876	[500] 281002 312 47 419 525 615 801 53 282192 323	[1000] 618 283090 228 451 67 86 502 [500] 74 715 [500]	843 284143 613 66 787 842 92 908 73 285024 240 [500]	305 513 [1000] 623 [1000] 729 42 817 340 [1000] 46 80	286208 [500] 400 500 678 [1000] 287134 213 509	[500] 618 510 853 62 992 288139 [1000] 52 313 709	289019 174 406 65 508 843	290003 481 629 727 291011 58 283 340 548 97	292019 875 623 80 85 788 293006 348 508 [500] 64	648 97 763 72 837 79 822 294291 240 4 454 86 833 64	295009 125 44 240 651 61 820 296038 85 891 63	419 97 [1000] 633 88 705 888 82 856 297105 585 48 78	[1000] 719 [1000] 678 298128 811 408 30 074 299001	219 43 219 42 227 679 01 690 882 343 [1000]	300000 295 475 577 [1000] 654 [1000] 779 69	301559 02 712 302102 205 688 003 203209 50 310	[500] 548 98 612 727 610	Im Gewinnraube verbleibend: 1 Prämie von 200000 M., 1 Gewinn von 20000 M., 1 zu 10000, 2 zu 1000, 9 zu 1000, 123 zu 2000, 230 zu 1000, 340 zu 500
---	---	---	--	---------	--	---	--	---	---	---	---	---	--	--	--	--	---	---	---	--	--	---------------------------------	--	--	--	---	--	---	--------------------	--	--	---	--	--	---	--	-------------------	---	--	---	--	--	---	---	---------------------------------	---	---	---	---	---	-----------------------------------	---	---	---	---	---	-----------	---	---	---	---	--	-------	---	--	--	--	--	---	--	---	--	--	--	---	--	---	----------------------------	---	--	---	--	---	---	---------	--	---	--	--	---	--	---	---------------------------	---	--	---	---	--	--	---	---	--	--------------------------	---

25. Ziehung 5. Kl. 221. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 6. Dezember nachmittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

150081 135 882 410 72 508 [1000] 78 809 860	151044 [1000] 80 807 [500] 95 436 [500] 55 601 719	152045 196 819 543 606 53 82 86 730 153280 65 425	823 717 942 84 151329 523 899 785 [1000] 155173 274	439 [1000] 602 921 25 54 158009 29 106 19 27 205	902 157007 28 49 79 526 30 [1000] 49 807 917 158110	208 345 887 159189 231 42 319 437 613 14 621 749	[500] 824 941 [500]	160023 131 308 860 413 [1000] 361 306 66 161129	457 323 80 678 201 826 80 162033 61 228 303 413 39	37 419 72
---	--	---	---	--	---	--	---------------------	---	--	-----------

